

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Die Reichstagsnachwahl in Koblenz-St. Goar.

Man schreibt uns:

Die Reichstagsnachwahl in Koblenz-St. Goar ist, wie das bei derartigen bombensicheren Zentrumswahlkreisen üblich, in ihrem Verlaufe kaum beachtet worden. Das Zentrum besitzt diesen Kreis seit 1871; es hat sich um seine Behauptung nie Mühe zu geben brauchen. Die Liberalen blieben immer in weitem Abstände hinter den Ultramontanen zurück und die Sozialdemokraten standen lange nur auf wenigen hundert Stimmen. 1903 machten wir einen guten Fortschritt: von 773 auf 2007 Stimmen, die sich 1907 auf 2172 erhöhten. Das Zentrum erhielt bei der letzten Wahl 19 232, der Liberalismus 5972 Stimmen. Unter diesen Umständen war auch bei der jetzigen Nachwahl, die sich durch die Beförderung des bisherigen Abgeordneten, des Oberlandesgerichtsrats Wellstein, erforderlich gemacht hatte, an dem Sieg des Zentrums nicht zu zweifeln, zumal die Liberalen von einer Wahlbeteiligung Abstand genommen hatten.

Aber der Sieg in Koblenz-St. Goar wird beim Zentrum das Gegenteil von Freude und Jubel erwecken. Die Ultramontanen haben die beiden Nachwahlen in der Pfalz und in Sachsen dazu benutzt, sich den Liberalen gegenüber auf hohe Maß zu setzen und ihnen das Ergebnis von Landau-Neustadt und Stollberg-Schneeberg als ein Strafgericht für das Verhalten der Liberalen in der Reichsfinanzreform vorzuhalten. Wenn man den Ausfall der Nachwahl in Koblenz-St. Goar von demselben Standpunkte aus bewertet, dann ist das Strafgericht des Volkes hier noch viel schärfer für das Zentrum ausgefallen, als für die Liberalen in den beiden vorhergehenden Nachwahlen. Das Zentrum hat in Koblenz-St. Goar rund achttausend Stimmen eingeholt, und dabei hatte es sich, weil es den Ausfall der Wahl als ein Urteil über sein Verhalten bei der Reichsfinanzreform zu schätzen wußte, diesmal mit ganz besonderer Eifer in die Wahlagitiation gestürzt und den letzten Wähler mobil zu machen versucht. Der wie wir Gelegenheit hatte, die Stimmung der Zentrumswählerschaft zu erkunden, der weiß, daß weite Kreise der ultramontanen Gesellschaft, namentlich auch unter der ländlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung, über das Zentrum wegen seines Verhaltens in der Reichsfinanzreform erbittert ist; sie sind massenweise der Wahlurne ferngeblieben, ein Teil ist ins sozialdemokratische Lager abgewandert und hat zu unserem Stimmenzuwachs von 700 mit beigetragen. Zwei Fünftel der Zentrumswählerschaft in Koblenz-St. Goar haben sich durch die M.-Gladbacher Flugblätter, durch die Zeitungsartikel der ultramontanen Presse und durch die Wahlreden der Kaplanen und Arbeitersekretäre nicht überzeugen lassen, daß die Bewilligung von 365 Millionen indirekter Steuern eine „nationale Tat“ sei, 8000 haben durch Wahlenthaltung gegen die Steuerpolitik ihrer Partei protestiert, und viele Hunderte haben endgültig das Band zwischen sich und dem Zentrum zerrissen und den Anschluß an die Sozialdemokratie vollzogen.

In Koblenz ist vor kurzem von einem ultramontanen Abgeordneten das Wort gefallen: „Raffen Sie nur einmal in einem Wahlkampf den Kerus neutral sein, und das Zentrum liegt zerstückelt am Boden“. Was die Kerus für das Zentrum als Wahlagitator bedeutet, das hatte man diesmal in der Rhein- und Mosellecke zu beobachten Gelegenheit. Keine Versammlung, die nicht von einem Geistlichen geleitet wurde, in der nicht ein Geistlicher als Redner auftrat. Und selbstverständlich bewährten sich die Diener der christlichen Liebe auch hier wieder in ihrer bestebten Aufgabe, den Gegner mundtot zu machen, indem sie der Sozialdemokratie die wenigen Vokale abzutreiben suchten, die wir hier und da erhalten konnten — leider vielfach mit Erfolg. Und die Laienschaft folgte getreulich dem von den Seelenhirten gegebenen Beispiele. In einer von bürgerlicher Seite veranstalteten Versammlung, wo auch die Genossen Dr. Erdmann und Haas (Köln) zu Worte kamen, war beschlossen worden, die Versammlung zu vertagen und am nächsten Sonntage fortzusetzen. Flugs schlich sich der Zentrumsredner, der vorher seine Partei gegen den Vorwurf der Saalabtreibung mit der Würde gekränkter Unschuld in Schutz genommen hatte, zum Wirt, um diesen zu veranlassen, seinen Saal nicht mehr herzugeben! Der Streich wurde in der Versammlung noch bekannt und der Wiedermann festgenagelt!

In dem weit ausgedehnten, mehr als hundert Ortschaften umfassenden Kreise hatten unsere Genossen nur in etwa einem halben Duzend Orten Gelegenheit, zu den Wählern zu sprechen und immer nur unter sehr beschränkten räumlichen Verhältnissen; an einigen Orten behalf man sich mit Besprechungen im engsten Kreise. Das Reichsvereinsgesetz bewährte auch bei dieser Gelegenheit sich in seiner ganzen Herrlichkeit. An verschiedenen Stellen im Kreise hatten unsere Genossen

Grundstücke gewonnen zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel; die Gesuche dazu wurden samt und sonders abgeschlagen; in zwei Fällen wurde die erteilte Genehmigung, offenbar auf höhere Einwirkung, wieder zurückgezogen. Früher verweigerte die Behörde die Abhaltung ohne, jetzt verweigert sie die Genehmigung mit Angabe von Gründen — das ist der „Fortschritt“, den das Reichsvereinsgesetz gegen früher gebracht hat.

Unter diesen Umständen wird man die Stimmenzunahme, die unsere Genossen bei der Nachwahl in Koblenz-St. Goar errungen hat, zu schätzen wissen. Das Strafgericht, das sich in diesem bombensicheren Zentrumswahlkreise an der schwarzen Partei vollzogen hat, läßt das Beste hoffen, wenn es dereinst zur allgemeinen Abrechnung mit den Volksverrätern kommt.

Die „Koblenzer Volkszeitung“ bemüht sich, ihre Leser über die Bedeutung der Stimmenabnahme, die das Zentrum bei der Nachwahl im Kreise Koblenz-St. Goar erlitten hat, hinwegzutäuschen. „Wenn man auch“ — so schreibt das ultramontane Blatt — „die geringe Beteiligung der Zentrumswähler bei dieser Ersatzwahl bedauerlich finden mag, so liegt doch nicht der geringste Grund vor, darin einen Beweis der Dummheit und Schwäche der Zentrumsparthei zu erblicken.“ Gewiß, auch wenn sich zwei Fünftel der bisherigen Wählerschaft absetzt von der Partei gestellt haben, ist deshalb das Zentrum noch nicht ohnmächtig im Kreise Koblenz-St. Goar. Das hat noch niemand behauptet. Es handelt sich darum, was die fast 8000 Zentrumsleute veranlaßt hat, ihrer Partei die Gefolgschaft zu versagen, und da ist für jeden, der die Stimmung in dem genannten Wahlkreise zu erforschen Gelegenheit hatte, kein Zweifel, daß es das Verhalten des Zentrums bei der Reichsfinanzreform ist, das einen großen Teil seiner Anhängerschaft erbittert und zum Protest durch Wahlenthaltung bestimmt hat. Es ist bezeichnend und verrät das böse Gewissen, daß das Zentrumsblatt an dieser Frage vorübergeht. Als „Hauptergebnis“ der Wahl gilt ihm dagegen der Umstand, daß die Sozialdemokratie „trotz der umfassenden Agitation“ keinen irgendwie nennenswerten Fortschritt zu verzeichnen hat. Das Blatt weiß ganz gut, daß die Sozialdemokratie gar nicht in der Lage war, eine „umfassende Agitation“ zu entfalten, weil Kerus, Behörde und Zentrum erfolgreich bemüht waren, der Sozialdemokratie die Gelegenheit, sich an die Wähler zu wenden, bis auf ein Mindestmaß zu beschränken. Hätten wir wirklich eine „umfassende Agitation“, wie wir sie wünschten, entfalten dürfen, dann wäre es nicht bei dem Zuwachs von siebenhundert Stimmen geblieben. Es verrät die ganze heuchlerische Gesinnung des Zentrums, erst dem Gegner die Waffe aus der Hand zu schlagen und dann zu höhnen, daß er der Uebermacht keine größeren Erfolge abzurufen vermag!

Die „Koblenzer Volkszeitung“ sagt die Sache nicht viel tiefer und ernster auf. Das Blatt hätte, wenn auch nicht die Beteiligung von 1907, so doch mindestens die von 1903 erwartet, wo das Zentrum 15 585 Stimmen erhielt, aber auch gegen diesen Stand sei es bei der diesmaligen Wahl um 4000 Stimmen zurückgeblieben. Das sei sehr zu bedauern:

Gerade im gegenwärtigen Augenblicke dürfte auch der „bombensichere“ Wahlkreis nicht das Schauspiel einer solchen Wahlflucht bieten. Die Zentrumswähler mußten sich sagen, daß die Gegner schon im Hinblick auf die Reichsfinanzreform diesen Umstand zumungunsten des Zentrums weidlich ausnützen würden — um von anderen Vorgängen, die zur Freude unserer Gegner gerade im Wahlkreise Koblenz-St. Goar sich abgespielt haben, einstweilen ganz zu schweigen. Inwiefern diese Vorgänge zu dem unbefriedigenden Ergebnis der gestrigen Nachwahl mitgewirkt haben, können wir in diesem Augenblicke nicht feststellen. Jedenfalls wird man innerhalb der Zentrumsparthei, zunächst seitens der berufenen Parteiführer, nicht säumen, den Ursachen der gestern zutage getretenen Wahlflucht mit dem Ernste und der Entschiedenheit, die sie in solchen Fällen stets gelbt, nachzugehen und für ihre Abstellung Sorge zu tragen.

Auch hier die bewußte Absicht der Täuschung, als ob es sich nur um die Wahlflucht der Zentrumswähler handelte, als Ausfluß der Sicherheit, daß der Kandidat des Zentrums doch gewählt werde. Und dabei hat das Zentrum bei dieser Nachwahl eifriger agitiert als bei einer Wahl vorher, weil es sich bewußt war, was der Ausfall der Wahl, nicht für den Sieg seines Kandidaten, aber für die Beurteilung der Wirkung zu bedeuten hatte, die sein Verhalten in der Frage der Reichsfinanzreform auf seine Wähler ausübte. Und unter diesem Gesichtspunkte ist denn auch der Stimmrückgang des Zentrums bei der Koblenz-St. Goarer Nachwahl zu betrachten: zwei Fünftel der Zentrumsanhängerschaft hat die Steuerpolitik des Zentrums, die es auf die Ausplünderung der Massen und die Schonung der Reichen abgesehen hat, verurteilt und diesem Urteil durch Wahlenthaltung Ausdruck gegeben.

Wenn das Zentrum es fertig bringt, sich über diese ungewisse Tatsache mit allerhand Selbsttäuschungen hinwegzutrotzen, so ist das seine Sache. Wir haben umso weniger Anlaß, es in diesem Vergnügen zu stören, als wir an dem Beispiel von Koblenz-St. Goar den Beweis haben, daß es politische Sünden gibt, die durch sich selber aufläuternd wirken und aller Beschönigungsversuche spotten.

Die Reichsversicherungsordnung auf dem Parteitag.

Die Freitagssitzungen waren ganz der Arbeiterversicherung gewidmet. Als zweiter Referent sprach Genosse Robert Schmidt über die Unfallversicherung. In einem sorgfältigen Referat, das doch nur das Wesentliche gab, wußte Genosse Schmidt seine Erfahrungen als Arbeitersekretär trefflich zu nutzen. Viel Erfreuliches war's nicht — die Anzulänglichlichkeit des Gesetzes, die antisoziale Auslegung und Anwendung, die es durch die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsbureaucratie findet, erscheinen nur zu oft wie blutiger Hohn auf die amtlichen Lobpreisungen der „großartigen Arbeiterfürsorge“ des Reichs. Schmidt beleuchtete scharf mehrere angebliche „Verbesserungen“ des Entwurfs und zeigte, daß sie wahre Danaergeschenke für die Arbeiter sind. Zum Schluß sagte er seine Kritik zusammen in der Feststellung, daß der Entwurf weit mehr schlimme Verschlechterungen denn Verbesserungen enthalte. Die Arbeiterkassen aber habe Fortschritt zu fordern.

Nicht minder trefflich war der Genossin Ziegler Bericht über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Einleitend tat sie die verlogene Behauptung, daß die Sozialdemokratie keine Verbesserung der Arbeiterlage und deshalb auch keine Arbeiterversicherung wolle, mit gutem historischen Material ab. Dann gab sie eine eindringliche Charakterisierung des Wesens der Versicherungs-gesetzgebung, der eigentümlichen Motive, die die Bourgeoisie zu ihrer Schaffung bewogen, eine kurze Rechtfertigung der ablehnenden Stellung, die die Sozialdemokratie zu ihren Anfängen einnahm.

Eine temperamentvolle Darstellung der zahllosen Mängel und Anzulänglichkeiten des bestehenden Gesetzes und des neuen Entwurfs, eine scharfe Geißelung der die Uebel der paragrafierten Bestimmungen noch verschlimmernden arbeitserfeindlichen Auslegung und Ausführung bildeten den Hauptteil des Referats, dem sich eine überzeugende Begründung der Forderungen, die das Proletariat stellen muß, anschloß.

In der Debatte sprachen vornehmlich Genossen, die als Arbeitersekretäre und Leiter von Krankenkassen über die beste Sachkunde verfügten. Alle forderten zum energischen Kampfe gegen den Beschlag des Entwurfs auf; die Empörung der Arbeiterkassen muß die bürgerlichen Parteien zwingen, die Entschlüsse auf die Rechte der Arbeiter, die Verschlechterungen des geltenden Rechts abzulehnen und die Forderungen des Proletariats zu erfüllen. Genosse Maurer wandte sich dabei gegen die in dem beim Fraktionsbericht behandelten Antrag Eisners gestellte Forderung, einen Gegenentwurf auszuarbeiten — eine vergleichende Kassenarbeit! Gegen den von Maurer empfohlenen Antrag, der auf einen Kongress von Sachverständigen hinauslaufe, wandte sich Genosse Frähdorf; er hält Konferenzen der Fraktion mit Sachverständigen für besser. Er hob besonders die Notwendigkeit hervor, das Selbstverwaltungrecht der Krankenkassen mit aller Energie zu verteidigen. Braun-Wönigsberg und Rössinger deckten den Mißbrauch auf, den die Unternehmer mit Betriebskrankenkassen treiben; Sachs-Buchum brachte die besonderen Leiden der Vergarbeiter zur Sprache, die in ihren Anoppschaftsklassen noch weniger Rechte als die übrigen Proletarier haben, und Genossin Baumann zeigte, wie sehr die Proletarierinnen unter der Anzulänglichlichkeit der Versicherung leiden.

Die Resolution der Referenten wurde sodann einstimmig angenommen und die übrigen Anträge dem Parteivorstand und der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Nach einem Hinweis des Vorsitzenden auf das Protokollschreiben des „Vorwärts“ wurden sodann die Verhandlungen um 1 1/2 Uhr auf Sonnabend vertagt, da der Nachmittag zur Besichtigung der Gebäulichkeiten und Einrichtungen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz veranlaßt werden soll.

Fort mit dem Schnaps!

Der Beschluß des Parteitages über den Schnapsbottel findet überall begeisterten Widerklang, und wir dürfen hoffen, daß der Kampf Erfolg haben wird. Vor allem wird es ein immenser Erfolg sein, wenn die eifrige Agitation der Genossen es dahin bringt, daß mancher Arbeiter, der heute infolge der Schnapspeuche indifferent ist, für unsere Bewegung gewonnen wird. Ferner aber dürfte den Schnapsjunkern das Geschäft gründlich verdorben werden, denn ihnen die Diebesgabe abzujauchen, ist gar nicht so schwer, wie es scheinen mag. Allerdings machen wir uns keine Illusionen, daß wir mit einem Schläge den unglücklichen Lumpenproletarier dem Schnapssteufel abspenstig machen. Auch die Landarbeiter in verlorenen Winkeln Osteliens, die einen starken Teil des Fuhels konsumieren, hören heute noch wenig auf unser Wort; sie werden für uns gewonnen werden, aber mit unserer Boykottaktion werden wir nicht sofort diesen Konsum lahmlegen. Dafür aber müssen und werden wir Erfolg haben bei jenen Arbeitern in Industrie, Bergbau und Schiffahrt, die heute noch als Konsumenten von Schnaps in gemäßigtem Umfange in Betracht kommen. Das aber genügt, um die Diebesgabe verschwinden zu lassen.

Die Diebesgabe beruht bekanntlich darauf, daß den Schnapsbrennern ein Kontingent vorgeschrieben ist, das zu dem „normalen“ Satz versteuert werden muß, während der Branntwein, der über dieses Maß hinaus produziert und

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialzeitung oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

verkauft wird, 20 Mk. pro Hektoliter mehr zahlt. Das Kontingent ist so bemessen, daß auf den Kopf 4 1/2 Liter reinen Alkohols kommen, und dieses Maß ist durch das neue Steuer-gesetz auf 10 Jahre festgelegt. Da aber der Konsum größer als das Kontingent ist, so ist die Spirituszentrale in der Lage, auch für den kontingierten Branntwein einen Preis zu erzielen, der dem höheren Steuerfusse entspricht, und so auf jedes Hektoliter den Brennern 20 Mark Extraprofit zu verschaffen. Im letzten Jahre, für das die Ergebnisse vorliegen, 1907/1908, war das Kontingent rund 23 Millionen Hektoliter Alkohol, während tatsächlich produziert wurden 4 Millionen und konsumiert 39 819 000 Hektoliter. Gelingt es nun, den Konsum so stark herabzudrücken, daß nicht mehr als 2,8 Millionen Hektoliter getrunken werden, so verschwindet die Liebesgabe gänzlich. Ist die Reduktion nicht ganz so groß, so wird immerhin die Liebesgabe geschmälert, weil es nicht mehr gelingen wird, den Preis des kontingierten Branntweins um 20 Mk. zu erhöhen. Wir können und werden es aber erreichen, daß der Konsum so stark zurückgeht, um die Liebes-gabe der Schnapsjunker zu vernichten.

Ein Schmierfink in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ bringt es nun fertig, mit einer unverschämten Drohung zu kommen. Er erklärt: Geht der Konsum zurück, so sinkt die Einnahme des Reiches aus der Schnapssteuer, und dann werden abermals neue indirekte Steuern eingeführt, z. B. eine Steuer auf alkoholfreie Getränke, und wenn das nicht ausreicht, weitere Steuern auf Gegenstände des Massenkonsums. Nun, das wollen wir erst einmal abwarten. Die nächsten Wahlen finden unter der Parole statt: gegen die indirekten Steuern, und wehe dem bürgerlichen Politiker, der sich erschrecken sollte, sich dem Willen des Volkes zu widerlegen. Das Volk läßt sich nicht ewig foppen.

Oesterreichlicher Krach.

Aus Wien wird uns vom 15. September geschrieben:

Die österreichische Herrschaft hat nicht lange Bestand gehabt, und das Reich, das man vor ein paar Monaten der erstaunten Welt als ein solches, lebenskräftiges und imponierendes Staatswesen vorgeführt hat, ist in sehr kurzer Zeit in sein altes Jammerleben zurückgefallen. Es ist nichts mit dem neumodischen Imperialismus, der sich eingebildet hat, alle Uebel und Leiden des unmöglichen Staatsgebildes seien verschwunden, weil die Einberufung der Wahlen während des Annerionsrummels glatt vor sich gegangen war und weil die Feigheit der bürgerlichen Parteien es ermöglicht hat, daß der Militarismus ungezählte Millionen ohne parlamentarische Bewilligung ausgeben konnte: die Täuschung hat nicht lange vorgehalten und die Konjunktur des Patriotismus ist rasch verflogen. Das alte Elend grüßt wieder aus allen Winkeln hervor, und wo man hinschaut, sieht man eine Krise, nimmt man unblutige und zerrüttende Streitigkeiten wahr. Es war nichts mit der Renaissance eines Staates, dessen Unnatur jeden Tag neue Schwierigkeiten gebiert.

Da haben wir zuerst die glorreiche Annexion selber, die bekanntlich von den Großmächten mit Ach und Weh „anerkannt“ worden ist, die aber bis heute in den gesetzgebenden Körperschaften ihre Regelung noch nicht gefunden hat. Die Annexion Bosniens ist bekanntlich dadurch vollzogen worden, daß der Kaiser seine Souveränität auf die zwei Länder „erstrekt“ hat, welcher Staatsakt in Form von Gesetzen von den beiden Staaten zu genehmigen ist. Aber weder der österreichische Reichsrat, noch der ungarische Reichstag haben das betreffende Gesetz bis heute erlassen, so daß der bemerkenswerte Zustand eingetreten ist, daß die Annexion in ganz Europa erledigt ist, mit Ausnahme Oesterreich-Ungarns! Nicht minder beschämend steht es um die Verfassung für die annektierten Länder, mit deren Unaufschiebbarkeit die Annexion bekanntlich gebilligt werden sollte; sie ist heute, obwohl es in drei Wochen bereits ein Jahr sein wird, seit die Annexion vollzogen, noch nicht verknüpft, und wann sie erscheinen wird, ist gar nicht abzusehen. Und das, trotzdem die Feststellung der Verfassung durch kein Parlament gehen muß, bei ihrer Konzeption und Erlassung nur die Regierungen beteiligt sind, von denen radikale Forderungen in Hinsicht der Demokratie wohl nicht zu gewärtigen sind! Aber es ist weder mit dem bosnischen Verfassungsleben ein Anfang gemacht, auch die finanzielle Rechnungslegung über die Annexionsabenteuer ist bis heute unterlassen worden. In jedem anderen Staate hätten sich die Regierungen, wenn sie schon ohne gesetzgeberische Ermächtigung so tief in den Staatsfäden gegriffen haben, wenigstens mit dem Ansuchen um die Indemnität beiläufig, in Oesterreich-Ungarn konnte die Einberufung der Delegationen, die für die Kontrolle der gemeinsamen Angelegenheiten das befugte Organ sind, bis heute unterlassen werden. Allerdings wird sich die List dieser tendenziösen Verschleppung, auf die sich der neugebaute Graf Lehrenthal wahrscheinlich nicht wenig einbildet, an ihren Urhebern voraussichtlich bitter rächen. Es kann nämlich durch die ungarische Krise leichthin dazu kommen, daß man heuer die ungarische Delegation überhaupt nicht zusammen bekommt oder daß, wenn sie zusammentritt, die verwegenen Selbstaussage einen sehr schlimmen Empfang gewärtigen müssen. Es ist eben der patriotische Hauch gründlich verfliegen und geblieben ist nur der Raubjammern des wahnsinnigen Müßens des Militarismus, der für das heutige und für das nächste Jahr mit einer Mehrforderung von einer halben Milliarde ausbrückt.

Diese ungarische Krise, die in Hochsommer kurzerhand vertagt wurde, indem das demissionierte Ministerium wieder eingesetzt worden ist, ist nun mit voller Wucht ausgebrochen, und keine Möglichkeit winkt, ihrer Herr zu werden. Erstens veranlaßt sie der ungarische Bankstreit: die Krone will die selbständige ungarische Bank unter keinen Umständen konzedieren und der maßgebende Teil der Unabhängigkeitspartei, dem sich, mehr oder minder gezwungen, auch Kossuth anschließt, will auf sie nicht verzichten, so daß die eigentümliche Lage gegeben ist, daß heute in ungarischen Reichstagen weder eine ausgesprochene Mehrheit für die selbständige, noch eine für die gemeinsame Bank vorhanden ist; davon abgesehen, daß der Gegensatz der Meinungen auch die Regierung ergriffen hat, und von den Aspirationen der Unabhängigkeitspartei zu den Ansichten der Krone keine Brücke führt. Ebenso stark sind die Gegensätze in Sachen der Wahlreform: die Krone hält noch, wenigstens ihre Zuverlässigkeit mannigfachen Zweifeln ausgesetzt ist, an dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht fest, wogegen die Mehrheit des Reichstages für den verhängnisvollen Falschungsentwurf des Andrássy mit seiner infamen Dreistimmenpluralität ist, wobei noch starke

Differenzen zwischen den Feudalen (Andrássy) und den radikalen Elementen der Unabhängigkeitspartei (Zust) schweben, die mit der Begrenzung der Pluralität auf zwei Stimmen, wovon jetzt die Rede geht, schwerlich ausgeglichen werden könnten. Aber die Magyaren wollen die günstige Gelegenheit ausnützen, die ihnen Molochs Riten bieten, und die militärischen Neuforderungen nur bewilligen, wenn ihnen dafür ihre alten Schmerzen, die militärisch-nationalen Forderungen, abgelöst werden. Aber das stößt wieder auf den entschiedensten Widerstand des um den Thronfolger gesammelten Neu- und Altpöbelchums, und so ist nicht einmal der Anfang zu einer Auflösung dieser komplizierten, aus alten und neuen Sünden erwachsenen Krise zu erspähen. Die Auflösung des Reichstages scheint ebenso wenig Aussichten zu bieten als die Wiederholung eines antiparlamentarischen Regimes; man muß sich also auf ein langes Stöcken des parlamentarischen Verkehrs gefaßt machen, das naturgemäß auch auf die gemeinsamen und dadurch wieder auf die innerösterreichischen Angelegenheiten zurückwirken muß. Der Verkaufungsprozess nimmt also wieder seinen Fortgang.

Fast ebenso übel ist es um Oesterreich selbst bestellt, das an der Kaserne des nationalen Hoffes krank und nach dem kurzen Aufschwunge der Wahlreform wieder die alten Gebreche aufweist. Eine gewisse, freilich nur sehr bescheidene Hoffnung kann man vielleicht daraus schöpfen, daß die Stagnation des böhmischen Landtages überwunden und wenigstens die Konstituierung dieser merkwürdigen Körperschaft zu Stande kommen wird, die glücklich ist, wenn sie nach anderthalb Jahren zu ihrer Konstituierung gelangt. Unzweifelhaft würde eine Verbesserung der Verhältnisse in Prag aus dem Reichsrat sehr wohlwärtig wirken und von dem Abgeordnetenhaus wenigstens den Bann der Obstruktion lösen, die seine Arbeitsfähigkeit in der Sommeression jäh zerschneidet.

Da aber in der Zusammensetzung des Wienerischen Kabinetts, dem das Problem unerreichbar ist, eine mütterliche Arbeitsmehrerheit zu begründen, die Konfliktscheime immer gegeben sind, so ist die Hoffnung, das Haus des allgemeinen Wahlrechtes werde sich als stark genug erweisen, die österreichische Krise zu überwinden, nicht übermäßig groß. Und das schlimmste ist, daß die verruchten Ansprüche des Militarismus die Budget zerrütten, den Staat an den Rand des Bankrotts treiben und dadurch das große Werk der Sozialversicherung aufs ärgste gefährden. Ein Staatswesen, wie es das dualistische Habsburgerreich ist, das ununterbrochen in Frage gestellt wird, das überhaupt noch lange nicht auf festem Grunde ruht und stetig gestürzt und gepölyt werden muß, um nur das nackte Leben zu fristen, für einen Großstaat dieser Beschaffenheit ist der Imperialismus Gift und seine Erzeugnisse müssen zur völligen Zerrüttung führen.

Also begreift man die schneidende Fronte des alten Trostwortes, daß der Oesterreicher ein Vaterland habe und Ursach, es zu lieben. Es ist schon eine wahre Dual, in diesem Staate der Unfertigkeit und Unmöglichkeit wirken zu sollen und Politik zu machen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. September 1908.

Um das Mandat für Eisenach-Deimbach

Ist unter den bürgerlichen Parteien lebhafter Streit entbrannt, trotzdem Herr Schack einstweilen noch immer Vertreter dieses Wahlkreises ist und anscheinend von seinen Freunden auch nicht zur Mandatsniederlegung gedrängt werden soll. Ein Deutschsozialer hat sogar einen neuen drohenden Grund entdeckt, warum Schack sein Mandat einstweilen überhaupt nicht niederlegen könne. Da Schack im Verdacht der Geisteskrankheit stehe, könne er gar nicht in rechtsverbindlicher Weise sein Mandat niederlegen. Danach müßte das Mandat gerade dann im Besitz Schacks bleiben, wenn seine geistige Krankheit festgestellt würde: Schack bliebe Abgeordneter, weil er geisteskrank wäre! —

Die „Tägliche Rundschau“ empfiehlt den Deutschsozialen, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und sich mit dem gesamten Bürgertum auf einen liberalen Kandidaten zu einigen. Als geeigneter Kandidat wird ein bekannter jungliberaler Führer in Vorschlag gebracht. Der „Deutschen Tagesztg.“ ist diese Anregung nicht genehm; sie glaubt auch nicht, daß der Vorschlag befolgt werden wird, da sonst das gleiche Resultat zu verzeichnen wäre wie bei der Nachwahl in Stollberg-Schneeberg. Dort hätten die Konservativen auf die Aufforderung eines eigenen Kandidaten verzichtet und den Nationalliberalen das Feld überlassen. Die Folge sei gewesen, daß der liberale Kandidat, auf den das „gesamte Bürgertum“ sich geeinigt hatte, 5000 Stimmen weniger erhielt als der freikonservative Kandidat, der bei den letzten allgemeinen Wahlen aufgestellt war und jetzt verzichtet hatte. „Angesichts dieser Erfahrung“ — so schreibt das Blatt — „sollte man denn doch unterlassen, eine nochmalige Probe zu empfehlen, selbst wenn man noch so tiefe Dinnigung zum Liberalismus empfindet.“

Regierung und Kapitalisten.

Wie bereits mitgeteilt, hat im Reichshofgarten eine Besprechung zwischen dem Staatssekretär Bermuth und einer Anzahl Vertretern von Aktiengesellschaften über die Talonsteuer stattgefunden. Offiziös wird dazu bemerkt, es handle sich darum, einen Weg zu ermitteln, vermöge dessen den Aktiengesellschaften, die in der Zeit zwischen dem 10. Juli und dem 1. August neue Dividendenbogen ausgegeben haben, die Ungelegenheiten erspart werden, die die formellen Vorschriften eines neuen deklaratorischen Gesetzes für sie mit sich bringen würden, und gleichzeitig dem Fiskus das durch die vorzeitige Ausgabe von Zinsbogen ihm entgangene Steueraufkommen unter geeigneter Maßnahme auf die Aktiengesellschaften zu sichern. Die Konferenz sei nur als eine vorläufige zu betrachten. Es verheißt sich, daß im weiteren Verlaufe mit sämtlichen Aktiengesellschaften in Verbindung getreten werden soll, die eine vorzeitige Ausgabe von Zinsbogen bewirkt haben.

Wie nett von der Regierung: sie will den Aktiengesellschaften Ungelegenheiten ersparen! Wie kommt sie dazu? Entweder — oder. Entweder besteht das Gesetz über die Talonsteuer zu Recht, dann handelt die Regierung pflichtvergessen und skandalös, indem sie den Drückerbergern, die gegen das Gesetz handeln, goldene Brücken baut, statt sie auf die Anklagebank zu bringen, wofür sie gebührt. Oder aber das Gesetz gestattet den Gesellschaften, in der genannten Weise zu handeln, dann begibt sich die Regierung in eine lächerliche Situation, indem sie von den Kapitalpotenzialen erbettelt, was ihr nicht zukommt.

Daß es so kommen mußte, ist die Schuld des verantwortlichen Staatsmannes, des Herrn v. Westmann Hollweg, der diesen Beschluß des Schnapsblocks adoptierte und nun die gesamte Regierung zum Gespött macht, indem er derartige Verhandlungen zuläßt.

Am Erfolg der Bemühungen zweifeln wir nicht. Das Großkapital kann die paar Millionen Talonsteuer leicht verschmerzen und wird Gnade üben, wofür die Regierung sich bei Gelegenheit erkenntlich zeigen wird.

Wir haben Grund Herrn v. Westmann Hollweg dankbar zu sein für diesen neuen Beleg der Abhängigkeit der Regierung von den Beherrschern des Kapitals. Nur so weiter! Je mehr die Regierung durch ihre Unfähigkeit die Karten aufdeckt und die Staatsgewalt diskreditiert, desto bessere Dienste leistet sie für die Aufklärung der ausgeplünderten Volksmassen.

Hausabund und technische Angestellte.

Bekanntlich sucht der neugegründete Hausabund und die Reihen seiner Mitglieder nicht nur aus der Industrie- und Bankwelt zu stärken, er bemüht sich auch sehr, die Angestellten dieser Kreise für seine Zwecke zu gewinnen. Es ist ihm dies allerdings nicht überall gelungen und wird auch für die Zukunft nicht so ganz einfach sein. In der „Frankfurter Zeitung“ meldet sich jetzt der Vorsitzende des Münchener Ausschusses von Vereinen technischer Privatangestellten, Herr Josef Neumann, und macht gegen die Forderung der Industriellen, der Bund solle sozialpolitisch Stellung nehmen, Front. Er verlangt, daß der Hausabund nun nicht mehr länger zögern solle, ein genau umschriebenes Arbeitsprogramm aufzustellen. Er schreibt, so einfach und selbstverständlich die Erklärung klinge, der Hausabund solle nur die gemeinsamen Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie vertreten, so schwierig sei es, im einzelnen festzustellen, was unter diesem Begriff falle. Es sei also besser, sich keinen Täuschungen hinzugeben, sonst könnten leicht Enttäuschungen die Folge sein.

Herr Neumann erklärt weiter, daß der Bund auf die Mitarbeit der Angestellten verzichten müsse, wenn er sich sozialpolitisch reaktionären Bestrebungen gebrauchen ließe. Wörtlich fährt er dann fort:

„Es könnte eingewendet werden, auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik beständen Interessen, die Arbeitgebern und Angestellten gemeinsam sind. Gewiß, auch der Angestellte hat ein Interesse daran, daß Handel und Industrie nicht durch übermäßige sozialpolitische Belastung auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig gemacht werden. Andererseits meinen nicht nur die Angestellten, sondern auch zahlreiche namhafte Nationalökonomten, daß eine Pensions- und Hinterbliebenenversicherung dem Besten von Handel und Industrie, auch der Arbeitgeber diene, weil dadurch der Proletarier durch die Versicherungen entgegengewirkt, ihre Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit gehoben würde. Wie weit aber die Gemeinsamkeit der Interessen geht, darüber wird zwischen Arbeitgebern und Angestellten niemals Einmütigkeit erzielt werden können. Darum bleibt kein anderer Ausweg übrig, als die Sozialpolitik von dem Betätigungsfelde des Hausabundes von vornherein prinzipiell auszuschließen.“

Die Auslassungen klingen zum Schluß in eine Mahnung aus, daß die Gefahr bestehe, daß bei den nächsten Reichstagswahlen das Heer der sozialdemokratischen Wähler aus den Kreisen der Angestellten einen großen Zuwachs erfahren könnte.

Neue Reibungen.

Den „Berliner Neuesten Nachrichten“ wird von „Besonderer“ Seite geschrieben:

„Wer an die Spitze der Reichskanzlei treten wird, sobald Herr von Loebeil aufsteigt, darüber gerüchtelt man sich in politischen Kreisen um bestwillen besonders den Kopf, weil die Reibung vorhanden ist, auch bei dieser Gelegenheit wieder dem Auswärtigen Amte einen Einfluß auf die Behandlung der inneren Angelegenheiten einzuräumen, der ihm weder verfassungsmäßig, noch auf Grundlage der gemachten Erfahrungen zusteht. Das Auswärtige Amt läßt besser, sich in Zukunft mehr um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern und von der Prävention zu lassen, auch in inneren Fragen entscheidend zu wirken. In den letzten Jahren ist der hier angedeutete Einfluß des Auswärtigen Amtes keineswegs immer ersprießlich gewesen.“

Da scheinen sich ja die regierenden Bureaukraten wieder einmal im Kampf um die Macht in die Haare gefahren zu sein. Deutsche Verfassungszustände!

Nationalpolnisches Agrarierturn.

Daß die nationalpolnischen Reichstagsabgeordneten bei der Reichsfinanzreform gegen die Erbschaftsteuer und für das Branntweinsteuergesetz mit der Bewerzung der Branntweinliebesgabe im Interesse der polnischen Großgrundbesitzer stimmten, war keineswegs etwas zufälliges: Dieses Verhalten der Polenfraktion war nur ein weiterer Schritt auf dem Wege, den sie im Deutschen Reichstage von Anfang an in wirtschaftlichen Fragen gegangen ist. Im Jahre 1879 begann Fürst Bismarck seine Schutzpolitik. Die Polenfraktion stimmte bei der zweiten Lesung der Bismarckschen Steuer- und Tarifvorlagen für die Finanz- und Schutzzölle. Die Mehrheit der Polenfraktion stimmte 1879 für den Kaffeegoll. Die ganze Polenfraktion stimmte 1879 für den Antrag des Grafen Mirbach auf Erhöhung des Getreidezolles von 50 Pf. auf 1 Mk. pro Doppelzentner.

Die Polenfraktion hat sich demnach schon im Jahre 1879 für die Politik der Ausplünderung der Volksmassen durch Lebensmittelszölle ausgesprochen. Im Jahre 1883 stimmte die Polenfraktion für den Regierungsentwurf, der eine höhere Besteuerung des Zuckers brachte.

Im Jahre 1885 stimmte die Polenfraktion für den Entwurf des Abgeordneten von Kardorff auf Erhöhung der Agrarzölle auf Getreide und Wählensfabrikate. Im Jahre 1887 verlangten die deutschen Agrarier eine weitere Erhöhung der Agrarzölle. Die Polenfraktion stimmte mit den deutschen Junkern für diese neue Besteuerung der Lebensmittel. Am 17. Juni 1887 stimmte die Polenfraktion für den Branntweinsteuergesetzentwurf samt der Liebesgabe.

Gegen Schluß des Jahres 1890 beantragten die Sozialdemokraten: Aufhebung der Agrarzölle auf Getreide und Wählensfabrikate. Im Januar 1891 sprach sich die Polenfraktion gegen den Antrag aus und stimmte auch gegen einen dem Antrage entsprechenden sozialdemokratischen Gesetzentwurf. Im April 1891 stimmte die Polenfraktion gegen den Regierungsentwurf, nach dem die Zuckerausfuhrprämie reduziert und vom 31. Juli 1895 ab ganz aufgehoben sollte. Am 24. Mai 1894 stimmte die Polenfraktion für das neue Branntweinsteuergesetz, das für die Brennereien neue Vorteile enthielt. Am 15. Mai 1894 stimmte die Polenfraktion gegen die Novelle zum Zuckersteuergesetz, weil die durch die Novelle vorgesehene Kontingentierung und Betriebssteuer den polnischen Zuckerproduzenten in der Provinz Posen bedenklich erschien. Im Jahre 1898 stimmte die Polenfraktion für die Branntweinsteuergesetznovelle, die die Kontingentierung beruht regulierte, daß die Liebesgabe nicht außer Wirkung treten konnte. Im Dezember 1902 stimmte die Polenfraktion für den neuen Zolltarif mit seinen Wucherzöllen auf Lebensmittel. Im Jahre 1905 enthielt

sich die Polenfraktion der Abstimmung über die neuen Handelsverträge, die auf dem Zuckerzolltarif basierten. Im Dezember 1906 erklärte sich die Polenfraktion gegen das Verlangen der sozialdemokratischen Abgeordneten, die Grenzen für die Einfuhr des Viehes zu öffnen. Im März 1907 stimmte die Polenfraktion bei der zweiten Lesung für den Entwurf, der die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Warenereien besser — im Interesse der Großgrundbesitzer — regeln sollte. Im Dezember 1907 schloß die Polenfraktion zu der sozialdemokratischen Interpellation wegen der Lebensmittelteuerung, wobei die Wiedereinführung des Identitätsnachweises, sowie Aufhebung aller Lebensmittelzölle verlangt wurde. Im Juni 1908 brachte die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation ein, die die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Zölle auf Futtermittel, sowie Abschaffung der Ausfuhrzölle verlangte, um auf diese Weise der Teuerung entgegen wirken zu können. Die Polenfraktion erklärte sich zwar für die erste Maßregel, schloß sich aber über die zweite aus, obgleich ein Zusammenwirken beider nötig ist.

Endlich frönte die Polenfraktion ihr Werk der Beschädigung des Gebiethes der polnischen Junker, indem sie zuletzt bei der Reichsfinanzreform gegen das Erbschaftsteuergesetz und für die Branntweinliebhaberei stimmte.

Von den Reichsfinanzen.

Das Deutsche Reich ist durch seine unverantwortliche Rüstungspolitik so in Geldschwierigkeiten geraten, daß die erst kürzlich bewilligten 600 Millionen Mark bei weitem nicht ausreichen, um die Finanzen, Minne wenigstens einigermaßen zu regeln. Vor allem ist noch ein großes Loch auszufüllen, das durch Rückstände aus den Jahren 1906 bis 1909 entstanden ist. Diese Rückstände setzen sich zusammen aus Selbstbeträgen des Staats und aus rückständigen Matrixalarbeitern in einer Höhe von 518 Millionen; ferner aus den Befoldungserhöhungen für 1900 im Betrage von rund 90 Millionen und für 1908 von 60 Millionen. Hieraus ergibt sich eine Summe von rund 670 Millionen Mark. Der Betrag vermindert sich jedoch durch die Mehreinnahmen aus den neuen Steuern und die Winderlöse aus den Stempelsteuerbeträgen für 1900; beide Posten zusammen können jedoch höchstens mit 140 Millionen veranschlagt werden. Mit hin bleibt ein Bedarf zur Deckung der Reste von 530 Millionen Mark, der durch Nachtragsetats gedeckt werden muß. Im ganzen genommen kann man also behaupten, daß das Reich für die letzten vier Jahre fast 600 Millionen, davon 200 für das Jahr 1909 und 400 für 1908 bis 1908, zu zahlen hat, ehe es überhaupt die neue Finanzära beginnen kann. — Von den Nachtragsetats aus Anlaß der Befoldungserhöhungen für 1908 in Höhe von rund 90 Millionen Mark entfallen auf die Reichspost 55, die Armee 24, Marine und Reichseisenbahnen je 8, das Reichsamt des Innern 1½ Millionen. Der Rest verteilt sich auf die kleineren Verwaltungen.

Die „Frankfurter Zeitung“ über die Ablehnung der Berliner Resolution.

Frankfurt a. M., 17. September. (Privatdepesche d. „Vorm.“)

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich heute in einem großen Artikel mit dem Sozialdemokratischen Parteitag und besonders mit der Ablehnung der Berliner Resolution. Es heißt in dem Artikel:

„Man hat nicht geglaubt, daß den sogenannten Revisionisten auf dem Leipziger Parteitage Erfolge blühen würden. Wenn es aber liberale Blätter gibt, die sich darüber vor Freude kaum fassen können, so scheint uns das nicht nur unbegründet, sondern auch wenig politisch zu sein. Wir können uns nicht ungeduldi-mäßig denken. Mag der Revisionismus noch soviel, viel mehr als man glaube, an Kraft gewonnen haben, so ist es doch eine Unterschätzung der Wirksamkeit der marxistischen Gedanken, wenn man glaubt, die Sozialdemokratie würde alsbald darüber hinweg dem Liberalismus die Hand reichen. Die Ablehnung jener Resolution ist nur zum Teil ein Symptom der Stärke des Revisionismus. Denn es ist anzunehmen, daß auch Radikale gegen sie gestimmt haben und dies natürlich nicht aus Reizung zum Liberalismus, sondern einfach aus der politischen Erwägung, daß man sich nicht überflüssigerweise die Hände zu binden brauche. Uebrigens ist ja diese Angelegenheit auf dem Leipziger Parteitage noch nicht ganz erledigt. Man hat eine neue Resolution eingebracht, die den Eindruck jener Ablehnung abschwächen soll und es würde uns gar nicht wundern, wenn jetzt die Radikalen einen Erfolg erzielen, gerade infolge der unvorsichtigen Äußerungen einiger Blätter.“

Herr Karl Trimborn.

Der Vertreter von Köln-Stadt im Reichstoge, hat endlich seinen Wählern Bericht erstattet, nachdem man ihn, sozusagen an den Haaren zum Rednerpult schleifen mußte. Der Schluß wollte möglichst viel Gras über die kirchlichen Steuereraten wachsen lassen. Darum spielte er den Kranken, von den parlamentarischen Strapazen erschöpften Mann. Erst als mehrere Zentrumskontingente rebelliert hatten, bequeme sich die Kölner Parteileitung dazu, anzukündigen, daß Herr Trimborn in vierzehn Tagen seinen Redenschaftsbericht erstatten werde. Wie es in Wirklichkeit mit dem Wohlbehinden Trimborn ausfah, konnte man an der Tatsache erkennen, daß der dem Eucharistischen Kongreß Anfang August und nachher dem Katholikentag in dem weit entfernten Dresden von Anfang bis zu Ende beiwohnen konnte, und insbesondere auf dem letzteren fiel Herr Trimborn durch eine ungewöhnlich sprudelnde Fröhlichkeit auf. Auch jetzt in der Kölner Versammlung hatte man den Eindruck, daß die Entschuldigung mit den Gesundheitsverhältnissen Trimborns eitel Plunkerei der Kölner Parteileitung gewesen ist. Herr Trimborn sprach zwei Stunden ohne jedes Zeichen der Ermüdung. Sein Vortrag bewegte sich in dem Rahmen, den man schon aus den Erzberger-, Spahn- und sonstigen Reden, sowie aus den schwarzen Preherzergnissen kennt. Durch die Form der Versammlungseinladungen hatte man von vornherein die Gegner ausgeschlossen. Dennoch erdienten kräftige Psalme, als Herr Trimborn die Zentrumspolitik zu rechtfertigen suchte, und als er gegenüber der Streichholzsteuer das fabelmäßige von der dadurch herbeigeführten Verminderung der Brände zu präsentieren wagte, da scholl ihm der empörte Ruf „Karnavalstanz!“ entgegen.

Im Bruchstücke stützlicher Entrüstung erwiderte Herr Trimborn: „Das Zentrum treibt keine Karnavalstanz!“ In der Tat: etwas Scherzhaftes hat der zentrumliche Volksbetrug nicht an sich. Uebrigens hatte Herr Trimborn, der Jurist und Parteiführer, die Unversenktheit, auf die Stufe der Agitatoren dritter und vierter Ordnung herabzusinken und der Sozialdemokratie nachzuliegen, sie habe gegen die Unterführung der Tabalarbeiter gestimmt. Zum Schluß unternahm Trimborn den zurzeit wieder sehr beliebten Zentrumstanz, den Kulturkampf an die Wand zu malen, um die Erregung der Wähler in die Sadasse abzulenken.

Nach Trimborn sprach Wiesberis. Er schüttelte mit Eifer den berechtigten Bittensack der Münchener-Gladbacher, deren Oberster er einer ist.

Freie Aussprache gab es natürlich nicht! Nur ein Mittelhändler und ein Postbeamter durften Anfragen stellen, wozu sie offenbar vorher beauftragt worden waren.

Polizei und Reichsvereinsgesetz.

Eine eigenartige Auslegung des Reichsvereinsgesetzes erlaubte sich vor einigen Wochen die Polizeiverwaltung in Wermelskirchen (Kreis Remscheid-Lennep-Remm). In einem dortigen Lokale tagte eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung, die sich mit der Ausperrung der Arbeiter bei der Schuhfabrik N. und A. Pfeifer befahte. Obwohl in den Ausführungsbestimmungen zum neuen Reichsvereinsgesetz deutlich genug gesagt ist, daß Gewerkschaftsversammlungen der polizeilichen Überwachung nicht unterliegen, erschienen dennoch zwei Bechelte in der Versammlung und verlangten zu allem Ueberflus die Entfernung der Jugendlichen unter 18 Jahren. Lediglich um die Versammlung nicht durch die Polizei stören zu lassen, kam der Vorsitzende derselben, Genosse Berg-haus, dem völlig unberechtigten Verlangen nach. Der Schuhmacherverband (Zentrale Wermelskirchen) wandte sich darauf mit einer Beschwerde an die Polizeiverwaltung in Wermelskirchen, worauf folgende Antwort einlief:

„Auf Ihre am 29. Juli 1908 hier eingegangene Beschwerde gegen die Polizeibeamten Horstmann und Aobn wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß die benannten Beamten den gesetzlichen Bestimmungen nachgekommen sind und ihre Befugnisse in keiner Weise überschritten haben. Es liegt deshalb zu einem Einschreiten gegen dieselben kein Anlaß vor. Bez. Biel.“

Das könnte eigentlich für einen beschränkten Untertanenverstand genügen. Was geht es auch die Polizeiverwaltung in Wermelskirchen an, daß in Gewerkschaftsversammlungen die Polizei überhaupt nichts zu suchen hat und daß das Jugendverbot für solche Versammlungen erst recht nicht besteht. Indessen glaubte sich der Beschwerdeführer mit dieser eigenartigen Entscheidung nicht zufrieden geben zu können und wandte sich an den Landrat des Kreises Lennep-Remscheid-Remm, von dem folgender salomonischer Spruch eintraf:

„Die Entscheidung über Ihre Beschwerde vom 19. ds. Mts. ist davon abhängig, ob die fragliche Versammlung vom 20. Juli ds. J. als eine öffentliche politische Versammlung anzusehen ist oder nicht. Diese Frage wird in dem gegen den Leiter der genannten Versammlung eingeleiteten Strafverfahren demnächst zur gerichtlichen Entscheidung kommen. Die Entscheidung über Ihre Beschwerde wird daher einstweilen ausgesetzt, bis ein rechtskräftiges gerichtliches Urteil in dieser Sache vorliegt. Bez. Senken.“

Abgesehen von allem anderen berührt es sonderbar, daß in diesem Schreiben von einem Strafverfahren gegen den Leiter der Versammlung die Rede ist, während diesem davon nichts bekannt war. Erst nach der Beschwerde an den Landrat wurde dem Genossen Berghaus ein Strafmandat von 15 M. präsentiert, und zwar wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung!

Also einen vollen Monat hat die Polizeiverwaltung in Wermelskirchen gebraucht, um zu konstatieren, daß es sich um eine öffentliche politische Versammlung handelte. Es wäre aber von der preußischen Polizei zu viel verlangt, zugabeden, daß sie sich geirrt habe; da greift man lieber zur allen bewährten Methode, spannt den Staatsanwalt vor den festgefahrenen Polizeilarren und versteht seinen Reifall hinter eine zu inszenierende Gerichtsaktion. Nun, vielleicht erhalten die in Frage kommenden beiden Behörden von da aus die entsprechende Rechtsbelehrung, wie das Reichsvereinsgesetz auszulegen ist.

Die Volksbildung macht der Herr Landrat.

Das Greifswalder Tageblatt“ erzählt:

„In Grimmen fand kürzlich eine Versammlung des Vereins zur Vorbereitung von Volksbildung statt. Das Kreisblatt brachte nicht nur die jedenfalls ordnungsmäßig bezahlten Anzeigen für diese, es veröffentlichte unter „Lokales“ warme Hinweise auf die segensreiche und weitverzweigte Tätigkeit des Volksbildungsvereins. Die Versammlung fand statt und nahm einen angeregten, erfolgreichen Verlauf; es wurden Beschlüsse gefaßt, die ein erhebliches „lokales“ Interesse für Grimmen und den ganzen Kreis hatten, aber vergeblich suchte man auch nur eine Zeile eines Berichtes im Kreisblatt. Warum dieser plötzliche Frontwechsel? Aber der Verein zur Verbreitung von Volksbildung sollte nicht nur totgeschwiegen, er sollte auch totgeschlagen werden, so will es, ja wer denn? natürlich lediglich die Konsequenz und die Unabhängigkeit der Kreisblätter. An derselben Stelle unter „Lokales“ bringt das „Grimmer Kreis-Wochenblatt“ mit der Spitzmaße: „Die Schmutz- und Schundliteratur“ folgenden unterkennbaren Angriff aus dem Hinterhalt gegen den Volksbildungsverein: „Es werden in letzter Zeit allerlei Anstrengungen gemacht, hier auswärtige Bibliotheken mit literaturwerten zweifelhaften Charakter einzuführen, und man kann nichts dagegen haben, wenn die Werke geeignet sind, eine auf christlicher Grundlage aufgebaute Kultur zu verbreiten. Vorwärts ist jedoch die Wutter der Weisheit, und darum gehe man bei der Auswahl der Lektüre sorgfältig zuwege!“

Schließlich erklärte sich aber auch das „Kreisblatt“ wieder für „Volksbildung“. „Man wolle sich“ — so schrieb es zum Schluß — „dieserhalb nur an die hiesige Kreisverwaltung wenden.“

Steuerleistung und Landtagswahlrecht in Sachsen.

In dem Artikel über die Landtagswahlen in Sachsen in Nr. 215 des „Vorwärts“ wurde mitgeteilt, daß nach den Entscheidungen der Wahlbehörden alle Landtagswähler aus den Wählerlisten gestrichen würden, die innerhalb der letzten fünfzehn Jahre noch einen unbeglichen Steuerrest hätten. In erster Linie war es der Stadtrat in Dresden, der also voranging. Von der „Dressener Volkszeitung“ wurde das Verfahren scharf kritisiert und dabei auch darauf hingewiesen, daß sowohl der § 80 des Einkommensteuergesetzes wie eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts eine dreijährige Verjährungsfrist für Steuerreste festgesetzt hätten. Jetzt hat der Rat zu Dresden durch einen Beschluß eingewinkt. Er will jetzt nur Steuerreste als wahlentrichtend gelten lassen, die bis 1906 aufgefunden sind, ältere aber nicht mehr als Grund für Streichungen aus der Wählerliste gelten lassen. So hat denn die sozialdemokratische Kritik doch Erfolg gehabt.

In der Sitzung vom 16. September des Dresdener Stadtratskollegiums wurde von unseren Genossen in scharfer Weise das rigorose Vorgehen des Wahl- und Wähleramtes über Auslegung des Wahlgesezes kritisiert. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Rat an diesem Verfahren keinen Anteil und sofort eingegriffen habe, als er Kenntnis davon erhielt. — Es bleiben aber immer noch über 7800 Personen übrig, die wegen Steuerresten in den letzten drei Jahren ihr Wahlrecht einbüßen. Diese ungeheure Zahl der Steuerrestanten ist ein Beweis für die Schwere der wirtschaftlichen Krise in den letzten Jahren. Es soll versucht werden, auch noch für diese Personen das Wahlrecht zu erlangen und zwar dadurch, daß sie um Steuererlaß einkommen.

Oesterreich.

Nationale Mandatpolitik.

Wien, 10. September. Der Niederösterreichische Landtag ist heute zusammengetreten, und hat den Antrag der Christlich-sozialen und des konservativen Großgrundbesitzes angenommen, in welchem dem tiefsten Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß der Gesetzentwurf betreffend die Festlegung der deutschen

Unterrichtssprache an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen bisher zur Sanktion noch nicht unterbreitet worden ist und das Präsidium des Landtages aufgefordert wird, bei den beteiligten Mitgliedern der Regierung in dieser Angelegenheit horstlich zu werden. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, welche die Kompetenz des Landtages in dieser Angelegenheit bestritten. Die Landtagsmehrheit beschloß zur Wahrung der Interessen der Deutschen in Niederösterreich, aus den deutsch-bürgerlichen Parteien des Landtags in Verbindung mit Reichsratsabgeordneten einen deutschen „Volksrat“ in Niederösterreich einzusetzen. —

Schweiz.

Wieder eine Auslieferung an Rußland.

Zürich, 10. Sept. (Fig. Ver.) Wir berichteten kürzlich von der in Genf erfolgten Verhaftung des Russen Viktor Wassiliew wegen Beteiligung an einem am 28. Januar 1908 in Karotsherkast (Kaukasus) von Mitgliedern der russischen anarcho-sozialistischen Gruppe ausgeführten Bankraub. Die gegen das von der russischen Regierung gestellte Auslieferungsbegehren von Wassiliew gerichtete Einsprache, daß der betreffende Banküberfall ein politisches Verbrechen sei, ist vom Bundesgericht in Lausanne einstimmig zurückgewiesen und die Auslieferung des Verfolgten bewilligt worden.

Das „Zürcher Volksrecht“ bemerkt zu diesem neuesten Liebesdienst der Schweiz gegenüber dem russischen Zensuraten: „Die russischen Zensuranten wollen also wieder einen Unglücklichen aus den Händen unserer republikanischen Polizei in Empfang nehmen. Väterchen muß und lieb gewinnen.“

Spanien.

Beschleunigtes Norden.

Madrid, 17. September. Wie aus Barcelona berichtet wird, werden die Kriegsgerichte von nächster Woche häufiger zusammentreten, um Revolutionäre abzurufen. Die Voruntersuchungen gegen zahlreiche Angeklagte sind beendet.

England.

Eine Krise in der konservativen Partei.

London, 17. September. „Daily Chronicle“ verzeichnet an herborragender Stelle das Gerücht, Lord Lansdowne werde in kurzem den Vorsitz der Unionisten im Oberhause niederlegen, da die der extremen Torypartei angehörigen Peers es mißbilligen, daß er nicht geneigt ist, die Verantwortung für die Ablehnung des Budgets auf sich zu nehmen. Das Blatt fügt hinzu, der Earl of Cadogan sei zu Lansdownes Nachfolger ausersehen.

Rußland.

Die Karikatur einer Wahlkampagne.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Eingigartig sind die Manieren, die die russische Verwaltung jeder Wahlkampagne gegenüber handhabt. Augenblicklich, da in Petersburg, Moskau und Odesa wichtige Wahlen zur Duma bevorstehen, tritt die ganze Kraft der Ordnungshüter ungeniert in die Erscheinung. Für die sogenannte Propaganda soll der den Wahlen vorangehende Monat vorwärts-gelassen anheimgestellt sein, aber diese also ungenierte Frist der totalen Redefreiheit bleibt unter dem außerordentlichen oder verstärkten Schutz nur ein toter Buchstabe: die überwachen und wissenden Tschinowitsch dulden nicht die geringste Kritik der Regierung und schließen gewöhnlich aus den harmlosesten Anlässen die Wählerversammlungen. Um jedoch die ganze Kampagne ad absurdum zu führen, ist für die diesmalige Propaganda eine besonders charakteristische Verschärfung ausgeübelt worden; die Kandidaten, die als Redner auftreten wollen, sind dazu nur innerhalb ihres Wohnbezirks und vor den Wählern dieses Wohnbezirks bezeugt, so daß den anderen Wählern die Möglichkeit genommen sein soll, ihren Kandidaten kennen zu lernen. Während jedoch diese Einschränkungen für die genannten Städte im allgemeinen zur Anwendung gelangen sollen, hat der findige Odesaer Gebieter Tolmatschow durch eine lokale Spezialverordnung den Vogel abgeschossen. Er berief einfach in seiner Satrapie Odesa die Zeitungsredakteure zu sich und erklärte ihnen kurz und bündig, daß er jede Stellungnahme zugunsten der oppositionellen Kandidaten aufs strengste bestrafen und die Druckereien, in denen eventuell zuwiderhandelnde Blätter erscheinen, ohne weiteres schließen würde. Dagegen ist es den ecktrussischen Organen gestattet, über die Kandidaten die schmutzigsten Verleumdungen zu verbreiten, ohne daß sie desabowiert werden dürfen. Denn Tolmatschow hat es schon vor langer Zeit den Verbänden versprochen, daß er einen ihn genehmen „Patrioten“ bei den Wahlen durchbringen werde, und das nennt sich in Odesa parlamentarische Wahlkampagne!

Stärkung des Absolutismus.

Petersburg, 16. September. Ein Ullas über den Artikel 69 des Grundgesetzes entzieht alle Fragen der Organisation der Land- und Seestreitkräfte sowie der Landverteidigung, ferner die Fragen betreffend die Armee- und die Flottenverwaltung, indessen sämtliche Verfügungen des Militär- und Marineerlasses der Kompetenz der Duma, die damit vollends zu einer reinen Scheinvertretung degradiert wird.

Türkei.

Die Lage in Jemen.

Konstantinopel, 17. September. Die Lage in Jemen ist wieder bedenklich. Außer den beschlossenen neuen Truppen-sendungen wird die Porte eine besondere Kommission nach dem Jemen entsenden, um mit den Araberführern Iman Jabis und Saib Jabis auf gutlichem Wege zu unterhandeln und eine endgültige Lösung der Jemenfrage anzubahnen. —

Marokko.

Das Ende des marokkanischen Prätendenten.

Tanger, 17. September. (W. L. W.) Wie aus Fez vom 13. d. M. gemeldet wird, ist der Koghi Buhamara am 12. in Gegenwart seines Harems erschossen worden.

Indien.

Eine Expropriation?

Kalkutta, 10. September. In dem Postwagen des gestern überfallenen Personenzuges befanden sich 1500000 Rupien, Eigentum der Bank von Bengalen. Die Polizei nimmt bestimmt an, daß der Überfall das Werk der Extremisten ist, die nach ihren eigenen öfteren Erklärungen für ihre politischen Zwecke Geld nötig haben.

Gewerkschaftliches.

Kostengeist amerikanischer Gewerkschaften.

Auf der kürzlich in Paris abgehaltenen Internationalen Gewerkschaftskonferenz nahm bekanntlich auch die Frage des Uebertritts der ins Ausland gehenden Gewerkschaftsmitglieder in die dortigen Verbände einen breiten Raum ein. Es wurde — und mit Recht — lebhaft darüber Klage geführt, daß zureisenden Gewerkschaftsmitgliedern in England und Amerika viele Schwierigkeiten gemacht würden, wenn sie ihren Uebertritt in die zuständigen Organisationen vollziehen wollten.

Nun hat ja auch der Präsident der American Federation of Labor, Samuel Gompers, in einem kürzlich vor Berliner Arbeitern gehaltenen Vortrag erklärt, daß jeder Einwanderer, der nach Amerika komme und sich als Mitglied einer Gewerkschaft legitimieren könne, auch in den amerikanischen Gewerkschaften Aufnahme finde und daß die amerikanischen Arbeiter in jedem Einwanderer, der nicht die Lage der Arbeiter verschlechtern will und bereit ist, in ihren Reihen zu kämpfen, ihren Bruder sähen. Ob dieser Ausspruch generell zutreffend ist, soll in folgenden Zeilen näher untersucht werden.

Ein Berliner Ofenseker ging vor zirka 3 Jahren nach Amerika, um sich dort als Fliesenleger ein weiteres Fortkommen zu suchen. Er war in Deutschland eifriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei und gehörte auch noch dem Deutschen Töpferverbande als Mitglied an. Jedenfalls ein Beweis dafür, daß es ihm um die Arbeiterorganisation bitter ernst ist. Dieser vollkommen einwandfreie Genosse berichtet nunmehr, daß es ihm nach langem vergeblichen Bemühen erst jetzt, nach drei Jahren, gelungen ist, Mitglied der Union der Fliesenleger in St. Louis zu werden. Und auch dies hatte er nur einem reinen Zufall zu verdanken. Nach den Mitteilungen dieses Genossen ist es das Hauptprinzip der Unionmänner von St. Louis, so wenig Mitglieder wie nur irgend möglich aufzunehmen. Sie sichern sich damit stete Arbeitsgelegenheit; denn Arbeiter, die der Union nicht angehören, sind außerstande, irgendwie in St. Louis auf dauernde Arbeit zu rechnen. Ein Nicht-Union-Mann findet schon von vornherein selten Arbeit, weil der Meister, der ihn etwa anstellt, damit auch das Risiko einer allgemeinen Arbeitseinstellung des Unorganisierten wegen auf seinem Bau übernimmt.

Auch der genannte Ofenseker hatte infolgedessen nur selten dauernde Beschäftigung und ging deshalb bereits ernstlich mit dem Plane um, den „gottlichen Gesilden“ St. Louis wieder den Rücken zu kehren, als ihn ein Meister in Arbeit nahm, der eine besondere Fliesenarbeit (Zementfliesen) zu machen hatte, mit der die vorhandenen Unionsleute nicht gut fertig werden konnten. Der Genosse aber, der als gelernter Ofenseker verstand, mit Hammer und Saumesser umzugehen, war in der Lage, diese Arbeit zur Zufriedenheit des Meisters zu verrichten. Die Unionsleute stellten den Genossen aber auf dem Bau bald zur Rede und ersuchten ihn, die Arbeit einzustellen. Als er nun wieder seine Bereitwilligkeit erklärte, die Mitgliedschaft bei der Union zu erwerben, wurde er zur Versammlung geladen. Aber auch jetzt noch mußte er drei Versammlungen abwarten — selbst hatte er als Nichtmitglied zu diesen nicht Zutritt —, ehe er endlich aufgenommen wurde. So, er erhielt vorher eines Tages nochmals die kategorische Aufforderung, den Bau zu verlassen. Ein Arbeitgeber jedoch sorgte nunmehr dafür, daß er immer allein auf dem Bau zu arbeiten hatte, und nun erst streckten die Unionsmänner die Waffen und nahmen den Genossen in ihre Gemeinschaft auf. Sie verlangten aber von ihm 100 Dollar Eintrittsgeld, also nach deutschem Gelde zirka 420 M. Der Genosse erklärte sich (wir betonen nochmals, daß er noch heute Mitglied des Deutschen Töpferverbandes ist) auch hierzu bereit und hat auch bereits 25 Dollar als Anzahlung erlegt. Er darf aber auch jetzt trotz der Mitgliedschaft nicht eher an den Versammlungen der Union teilnehmen, bis die 100 Dollar Eintrittsgeld bis auf den letzten Rest bezahlt sind.

Wir haben diesen Fall deshalb etwas ausführlich behandelt, weil es sich hier um einen vollkommen zuverlässigen Genossen und Gewerkschaftler handelt und weil im übrigen dieser Fall für Amerika — besonders für St. Louis — typisch zu sein scheint. Der Genosse teilt mit, daß es eben in St. Louis fremden Arbeitern nur in Zeiten besonders günstiger Konjunktur, und dann auch nur vereinzelt, gelingt, Mitglieder der dortigen Union zu werden. Alle diese Unions aber nennen sich striktweg „international“ und sind der American Federation of Labor angeschlossen.

Wie verhält sich nun diese Tatsache mit der eingangs erwähnten Versicherung Samuel Gompers?

Es mag ja möglich sein, daß Gompers solche Dinge unbekannt sind oder auch, daß er solche bedauerlichen Zustände bekämpft. Unser Gewährsmann berichtet aber auch, daß Gompers, falls er sich mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität für Abschaffung solcher egoistischen und dem Solidaritätsgedanken der Arbeiter ins Gesicht schlagenden Zustände ins Zeug legen würde, dabei jedenfalls wenig Erfolg hätte, denn alle diese Unions stehen — trotz ihrer Zugehörigkeit zur American Federation of Labor — auf dem Boden der Lokalorganisation und lassen ihre örtlichen Beschlüsse völlig selbständig. Unser Gewährsmann will auch vorwärts halber den hier beschriebenen Fall nicht auf alle amerikanischen Gewerkschaften als zutreffend bezeichnen. Aber fest steht nach seinen eigenen positiven Wahrnehmungen, daß die Fliesenlegergewerkschaft St. Louis auf dem beschriebenen egoistischen Standpunkte steht und mit ihr noch viele andere Gewerkschaften.

Wie ersichtlich, bedarf es noch riesiger Aufklärungsarbeit, um die amerikanischen Gewerkschaften von ihrem Kostengeist und ihren egoistischen Gepflogenheiten abzubringen. Solche Zustände sind nicht nur bedauerlich, sie müssen als eine Schmach bezeichnet werden. Und es wird Aufgabe der gewerkschaftlichen Internationale sein, vor allem hier Remedur zu schaffen, damit Arbeitsgenossen von ihresgleichen nicht auf solche Weise das Fortkommen erschwert und unmöglich gemacht wird.

Hoffentlich geht die Zusicherung Gompers, daß die American Federation of Labor sich nunmehr auch der Internationale anschließen wird, in Erfüllung. Es wäre damit die Gelegenheit geschaffen, solche insolidarischen Zustände zu beseitigen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes! In den am 16. d. M. abgehaltenen Bezirksversammlungen ist überall einstimmig beschlossen, dem Antrag der Ortsverwaltung zu-

zustimmen, wonach für die streikenden schwebischen Arbeiter weitere 10 000 M. aus unserer Lokalkasse überwiesen werden.

Die Ortsverwaltung.

Die Lohnbewegung der Maler.

Bekanntlich läuft der größte Teil der Tarifverträge, welche der Verband der Maler mit der Arbeitgeberorganisation abgeschlossen hat, am 31. Dezember d. J. ab. Bis dahin sollen zwischen den beiderseitigen Organisationen Verhandlungen geführt werden zum Zweck des Abschlusses neuer Verträge. Der Verband der Maler hat seine Forderungen schon vor einigen Monaten eingereicht.

Mit Rücksicht auf diese Sachlage fand am Donnerstag eine Versammlung der Berliner Mitgliedschaft des Malerverbandes im Gewerkschaftshause statt. Die Versammlung war ungewöhnlich stark besucht. Ein Zeichen des lebhaftesten Interesses, welches die Verbandmitglieder der bevorstehenden Tarifverhandlung bezw. Lohnbewegung entgegenbringen. Als Referent war der Verbandsvorsitzende Töbler-Hamburg zur Stelle. Eingehend schilderte er den gegenwärtigen Stand der Bewegung und führte aus: Nach den vorliegenden Äußerungen aus Arbeitgeberkreisen wollen die Arbeitgeber den Abschluß eines neuen Tarifs, und für den Fall, daß ein solcher nicht zustande kommt, drohen sie mit der Aussperrung. Aber von einer Lohnbewegung wollen die Arbeitgeber nichts wissen. Sie meinen, die Arbeiter sollten sich auf Erhaltung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschränken. Daß davon keine Rede sein kann, haben die inzwischen eingereichten Forderungen der Arbeiter gezeigt. Für Berlin, Hamburg und Bremen wird die Verkürzung der ständigen Arbeitszeit auf 8½ Stunden und die Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pf. gefordert. In allen anderen Orten sind erheblich geringere Forderungen aufgestellt. Sie sind keineswegs, wie die Arbeitgeber glauben machen wollen, auf das Abhandeln eingerichtet, sondern enthalten nur das, was unbedingt gewährt werden kann und gewährt werden muß. Da es sich nun um einen Vertragsabschluß für längere Zeit handelt, so kann keine Rede davon sein, daß die alten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche zur Zeit einer ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur vereinbart wurden, auf neue festgelegt werden. Wenn die Arbeitgeber einen Tarifvertrag und Ruhe im Gewerbe haben wollen, dann müssen sie wesentliche Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen. Ohne die Erfüllung dieser Forderungen kann kein Tarifvertrag zustande kommen.

Der Vortrag fand allseitig lebhaften Beifall.

Der Streik der Stellmacher bei der Firma Erdmann u. Rossi, Linienstr. 130-140 beschäftigte eine am Donnerstag im Rosenhale Hof tagende Versammlung der Stellmacher. Der Branchenleiter Trippena u. ermittelte den Bericht. Die Ursache des Zustandes ist in dem bei der Firma herrschenden Ueberstundenwesen zu suchen. Fast täglich mußten die Arbeiter Ueberzeitarbeit leisten, die sehr oft bis 11 und 12 Uhr nachts dauerte. Die Ueberstunden wurden bisher in den Wagenbaugeschäften mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt; dem hat der Arbeitgeberverband für das Wagenbaugeschäft ein Ende gemacht, indem er seine Mitglieder verpflichtete, keine Mehrbezahlung für Ueberstunden zu leisten. In der letzten Zeit nahm die Ueberzeitarbeit bei Erdmann u. Rossi einen immer untraglicheren Umfang an. Um dem entgegenzuwirken, verlangten die Arbeiter die Weiterzahlung des Zuschlags. Dem entsprach die Firma nicht; sie wollte die Arbeiter am Wochenlohn mit einem Trinkgeld für die Ueberzeitarbeit abfinden. Diese weigerten sich nun, Ueberstunden zu machen. Dem Vertrauensmann, der mit diesbezüglichen Verhandlungen betraut war, wurde mit der Entlassung gedroht. Darauf legten am 6. September von 21 Stellmachern 19 die Arbeit nieder, obwohl nur 6 von ihnen organisiert waren. Der Holzarbeiterverband, dem nun die Ausständigen beitraten, nahm für die Sache an. Der Verbandsvorsitzende Reichle versuchte mit der Firma zu unterhandeln, wurde aber mit dem Bemerkten abgewiesen, daß es zu spät sei, weil die Angelegenheit bereits dem Arbeitgeberverbande übergeben worden ist. Die Streikenden wollen aber nicht eher wieder zur Arbeit zurückkehren, bis die Firma ihr Verlangen, Ueberstunden zu leisten, zurücknimmt und die Beseitigung einer Reihe anderer Uebelstände zugesagt hat. Insbesondere wird über fortgesetzte Reduzierungen der Akkordlohnsätze geklagt. Die Arbeiter verlangen deshalb die Ausarbeitung eines festen Akkordtarifs.

Inzwischen sucht die Firma die Plätze der Ausständigen mit Arbeitswilligen zu besetzen. Ihren Bemühungen ist es denn auch geglückt, außer den zwei schon geliebten noch zwei Arbeitswillige zu erhalten. Diese sind aber durchaus kein vollwertiger Ersatz für die Ausständigen. Diese nützlichen Elemente werden jetzt besonders behütet. Nicht nur, daß unsere allezeit zur Hilfe für die Unternehmener bereitstehende Polizei eifrig bestrebt ist, ein Zusammenreffen mit den Streikenden zu verhindern; die Arbeitswilligen sind jetzt gänzlich im Betriebe interniert. Auch die Nächte verbringen sie in ihm; dieser Tage sind Bettstellen für sie im Betrieb aufgestellt worden. Die Firma befindet sich in arger Verlegenheit. Sie versucht deshalb, die Arbeiter an Kleinmeister zu vergeben. Aber unter diesen wollen sich, infolge der geringen Preise, die die Firma zahlt, keine Kandidaten finden. So steht also der Streik für die Ausständigen sehr günstig und bei festem Zusammenhalt derselben muß die Firma nachgeben, wenn sie nicht die etwa 50 Arbeiter der anderen Verufe, nachdem der Vorrat an Stellmacherarbeiten aufgebraucht ist, entlassen will. In der Diskussion gaben die Ausständigen ihre Wahrnehmungen zum besten. Einige der Diskussionsredner hielten es für besser, wenn sich die Arbeiter der anderen Verufe, insbesondere die Sattler, dem Ausstand angeschlossen hätten; die Firma hätte dann sofort nachgeben müssen. Eine Resolution, durch die die Versammelten die aufgestellten Forderungen der Ausständigen billigten und ihre Solidarität bekundeten, sowie jede erforderliche Unterstützung zusagten, wird darauf angenommen.

Die Barbier- und Friseurgehilfen regen sich wieder. Die Vertrauensleute derselben für Berlin und Vororte waren am 13. d. M. vollzählig versammelt, um Stellung zu nehmen zu den Beschlüssen der Innung, den Gehilfen den Wodenausgang zu rauben resp. die Sonntagruhebestimmungen derart zu ändern, daß derselbe fortfällt. Auch darum handelte es sich, Maßnahmen zu treffen zwecks Einführung des Achtstundenschlusses. Nach längerer eingehender Diskussion wurde beschlossen, gegen jede Verschlechterung der Sonntagruhebestimmungen Front zu machen. Für den Achtstundenschluß soll eine lebhafteste Agitation eingeleitet werden, die sich auch auf die Provinz Brandenburg erstrecken soll. Die Anregung der Mitglieder, für eine Lohnerhöhung einzutreten, rief eine lange hitzige Debatte hervor. Beschlüsse wurden hierzu noch nicht gefaßt, die Angelegenheit vielmehr vertagt.

Deutsches Reich.

Aussperrung der Schreiner.

In Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg streiken die Schreiner. Der Verband der Schreinermeister hat beschlossen, gemeinsam mit der Landesorganisation deutscher Schreinerinnungen bis zur Erledigung dieses Streiks sämtliche Schreiner in allen Städten Süd- und Südwest-Deutschlands auszusperrern. Mit dieser Generalaussperrung soll am Sonnabend in Frankfurt a. M. der Anfang gemacht werden. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Fliesenlegerstreik in Breslau ist nach vierzehntägiger Dauer mit einem Erfolge der Streikenden beendet worden. Die Stundenlöhne, die bisher 66 Pf. betragen, werden vom 1. Oktober 1900 ab um 5 Pf., vom 1. Oktober 1901 ab um 10 Pf. erhöht; die

Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde täglich verfürzt. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am Mittwochnachmittag.

Der Kampf der Lithographiesteinarbeiter in Solingen ist von den Christlichen nun beendet worden. Es kam wohl ein Tarifvertrag zwischen dem „Schuhverband der Lithographiesteinindustriellen“ und den Christlichen zustande, jedoch dürften die Unternehmer leider glänzend gefloht haben, da die Einstellung namentlich geschieht. Es werden nur noch 180 Arbeiter eingestellt, so daß über 500 einem trostlosen Winter entgegensehen. Dem dortigen Kampfe wurde von allen Seiten der deutschen Bevölkerung und Presse großes Interesse entgegengebracht. Bekanntlich liehen es sich die christlichen Führer sehr angelegen sein, den „Deutschen Steinarbeiter“ in unbeschreiblicher Weise zu verkleinden. — Während des Kampfes sind annähernd 180 christlich organisierte Streikbrecher geworden.

Der Ausgang des Kampfes wird in Anbetracht der dortigen armen Bevölkerung auch von bürgerlicher Seite sehr bedauert.

Ausland.

Anschluß der schweizerischen Eisenbahner an die Gewerkschaftsbewegung. Der 1500 Mitglieder zählende Verein schweizerischer Lokomotivführer hat in seiner jüngst abgehaltenen Delegiertenversammlung den Anschluß an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund beschlossen. Ferner wurden 800 Frank zur Unterstützung des schweizerischen Generalstreiks bewilligt.

Eine Maßregelung wegen des schweizerischen Heimarbeiterschaftskongresses. Der Seidenbandweber Waldner im Kanton Basel-Stadt ist nachträglich von seinem „Vorgesetzten“ gemahregelt worden, weil er auf dem Heimarbeiterschaftskongress die schändliche Ausbeutung der heimarbeitenden Seidenbandweber durch die Unternehmer schilderte und ferner nachwies, daß von der Elektrifizierung der Heimarbeit nur die Unternehmer neue Vorteile und erhöhte Gewinne, die Heimarbeiter aber nur neue Nachteile haben. Und darum wird der Mann brotlos gemacht. So sieht die „Schweizerfreiheit“ für die Arbeiter aus!

Aus der Frauenbewegung.

Agrarische Frauenausbeutung.

Nach einer Reichsgerichtsentscheidung sind die Molkereigenossenschaften nicht als landwirtschaftliche Nebenbetriebe, sondern als gewerbliche Betriebe anzusehen, ebenso diejenigen Gutmolkereien, die neben ihrer eigenen Milch noch mindestens ebensoviel zugekaufte Milch verarbeiten. Infolgedessen müssen die ostpreussischen Agrarier, die im Besitz von Molkereien sind, die Bestimmungen über den Arbeitersinnenschutz einhalten, was ihnen durchaus nicht gefällt. Sie wollen den Arbeiterinnen eine 11stündige Nachtruhe nicht gewähren und wehren sich auch dagegen, daß sie in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen.

Dieser Tage hat der Verbandstag landwirtschaftlicher Genossenschaften in Gutzang eine Resolution angenommen, in der er wünscht, der Bundesrat möge für die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Molkereien usw. Ausnahmen zulassen, und zwar die Beschäftigung der Arbeiterinnen nur für die Zeit von 9 Uhr abends bis 3¼ Uhr morgens verbieten, die ununterbrochene Ruhezeit auf 8 Stunden festsetzen und statt einer einstündigen Arbeitspause nur eine halbstündige zulassen, wo eine zweischichtige Arbeitszeit besteht. Ferner soll in den Molkereien am Sonntag den ganzen Tag gearbeitet werden dürfen. Jedoch soll innerhalb der Zeit von Sonnabendabend 6 Uhr bis Montag früh 6 Uhr der Arbeiter nicht länger als 18 Stunden beschäftigt werden dürfen.

Das ist die „soziale Fürsorge“ der ostelbischen Junker.

Der unerreichte Bund.

Auf dem kürzlich abgehaltenen großen Kongress der englischen Trades-Unions, der von 494 Männern und drei Frauen besucht war, wurden auch Fragen erörtert, die von ganz besonderem Interesse für die proletarischen Frauen sind. Einem längeren Bericht in der „Woman Worker“ (Die Arbeiterin) entnehmen wir darüber folgendes:

Eine außerordentlich wichtige Resolution war die, welche gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen forderte. Die nüchternere Tatsache ist die, daß Frauen die Männer auf jedem Gebiete verdrängen, nicht nur in der Fabrik und Werkstatt, sondern auch im Bureau. Sie arbeiten für geringeren Lohn und drücken infolgedessen die Löhne der Männer herab. Vielfach verzichten sie auch Streikbrecherdienste, indem sie bei Lohnbewegungen den Unternehmern zu Hilfe kommen und in die Stellen der streikenden Männer einbeugen. Es ist sogar soweit gekommen, daß in vielen Teilen von Lancashire und Yorkshire die Frau zur Arbeit geht, während der Mann zu Hause bleibt und die Kinder hütet.

Eine andere Resolution, die den Standard des Lebensunterhaltes berührt, forderte die Beseitigung des Halbzeitsystems, durch welches Kaufleute von kleinen Lohnslaven ausgebeutet werden, weil die jämmerlich niedrigen Löhne ihrer Väter und Mütter sie zwingen, in Werkstatt und Fabrik eine Zubuße zum Familien-Einkommen zu erarbeiten.

In einer leidenschaftlichen Rede rief Robert Smillie, der Delegierte der schottischen Bergarbeiter, seine Zuhörer mit fort, als er sie aufrief, die Gesetzgebung zu veranlassen, daß sie die Kapitalistenklasse am Gebrauch ihrer brutalsten Waffe hindere, der Ausweisung der Frauen und Kinder aus den Wohnungen, wenn die Väter im Streik sind. Undarmherzig sei diese Waffe nicht nur in England und Schottland, sondern auch in Irland gebraucht worden, wo wiederholt Greise und kleine Kinder mitten im Winter auf die Straße geworfen wurden.

Ueberwältigend war auch die Verurteilung des von der Heilsarmee im Namen der Religion gehandhabten Schwitzsystems.

Streben wir danach — so schließt der Artikel —, daß jene einzigartige Verbindung von Männern und Frauen, die als Kameraden Schulter an Schulter in den bereinigten Armeen des Sozialismus und der Gewerkschaften für die Befreiung der Menschheit kämpfen, zu einem unzerreißbaren Bunde werde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vietkrieg.

Frankfurt a. M., 17. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In einer Konferenz zwischen Vertretern des Brauereiverbandes, der Bittervereinigungen und des Gewerkschaftsartikels einigte man sich heute auf einen Zuschlag von 2,50 M. pro Hektoliter und 1 Pf. pro Dreiecktel- und Bierzeckel-Vierzehner. Ob die Arbeiter mit dieser Vereinbarung einverstanden sein werden, ist noch sehr fraglich, denn auch in den letzten Vollversammlungen wurde bekanntlich gegen die Beschlüsse des Gewerkschaftsartikels rebelliert.

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 17. September 1909.

Vormittags-Sitzung.

Wipfki eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Zum zweiten Referat über die Reichsversicherungsordnung

b) Unfallversicherung

erhält das Wort

Robert Schmidt-Berlin:

Unter unseren Forderungen zur Unfallversicherung stand immer die Forderung im Vordergrund, daß die Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen ausgedehnt werden soll. Leider bleibt es im Entwurf der Regierung bei der Verschiedenheit der Kreise der Versicherten in den drei großen Versicherungszweigen. Und doch waren die Voraussetzungen der Einheitspflicht durchaus gegeben. Nach wie vor wird halt vor bestimmten Berufsgruppen gemacht. So wird ein großer Teil der im Handwerk beschäftigten Arbeiter nicht der Versicherungspflicht unterstellt. Die dafür angeführten Gründe sind in keiner Weise stichhaltig. Für den Arbeiter ist es doch gleichgültig, ob er den Unfall im Dienste eines großen oder eines kleinen Betriebes erleidet. Es ist eine außerordentliche Ungerechtigkeit, daß das Handwerk nicht in die Versicherungspflicht hineingezogen worden ist. Ein geringer Ersatz dafür ist die Hineinziehung der Stallleute, Automobilfahrer, der bei Flugapparaten und Luftschiffen beschäftigten Personen. Die bisher sehr vagen Bestimmungen über die Versicherungspflicht der Kaufmännischen Betriebe sind neu geregelt; aber die neuen Bestimmungen sind wieder sehr vage. Die Angestellten der ganz kleinen kaufmännischen Betriebe werden auch fernerhin nicht versichert werden. — Wir fordern vor allen Dingen eine Ausdehnung der Entschädigungspflicht und des Begriffs: Betriebsunfall.

Der Begriff des Betriebsunfalls darf nicht auf die enge Stelle des Betriebes beschränkt werden. Wenn Arbeiter auf der Dampfstraße zu den Schiffswerften, wenn Schornsteinfeger auf dem Gange von einem Hause zum anderen einen Unfall erleiden, so muß das als Betriebsunfall angesehen werden. Die Praxis des Reichsversicherungsamtes geht leider dahin, den Begriff der Krankheit infolge eines Betriebsunfalls möglichst einzuschränken. So werden Palaria und Scharlach bei Seeleuten und Vergiftungen in chemischen Fabriken nicht als Krankheiten infolge von Betriebsunfällen angesehen. Autoritäten wie Professor Lewin von der Berliner Universität wenden sich gegen diese Auffassung, und die englische Gesetzgebung hat diese Frage in entschieden weitherzigerem Sinne gelöst. Sie hat Scharlach, Palaria, Quecksilber- und Arsenvergiftungen und die Wurmkrantheit für Betriebsunfälle erklärt. 18 weitere Erkrankungen werden in der englischen Gesetzgebung als Unfallkrankheiten angesehen und berechtigten die Betroffenen zur Begleichung der Entschädigung für Unfallverletzungen. Darunter befinden sich 8 Krankheitsarten der Arbeiter in chemischen und 5 Erkrankungen der Bergarbeiter. Es ist bekannt, wie außerordentlich schwer gerade die Bergarbeiter unter Krankheiten leiden, die mit ihrer Tätigkeit in Verbindung stehen. Denken Sie ferner an die Zustände in den Zink- und Bleihütten. Nach den Ausführungen des Gewerbeinspektors von Oberhessen werden in den dortigen Zink- und Bleihütten die Arbeiter langsam dem Tode entgegengeführt. Die Hütten bekommen daher auch nur noch ausländische Arbeiter, Ruthenen, nicht einmal Galizier. Ich erinnere weiter an die Thomasschlackenindustrie, an die Steinarbeiter und so weiter. Es ist dringend nötig, daß die deutsche Gesetzgebung gleich der englischen den Begriff des Betriebsunfalls auf eine Reihe Berufskrankheiten ausdehnt.

Wir verlangen in unserer Resolution ferner, daß der Schaden den Versicherten voll ersetzt wird und nicht bloß, wie bisher, zu zwei Dritteln des Schadens, sowie daß die

Witwenrenten von 20 auf 33 1/2 Proz.

erhöht werden. Wir verlangen ferner, daß die Entschädigungspflicht der Berufsgenossen gleich und nicht erst von der 14. Woche an eintritt. Wir verlangen einwandfreie Festlegung des Begriffs der Erwerbsminderung. Einige Bestimmungen des Entwurfs könnten den Anschein erwecken, als ob es sich um unsere Forderungen in diesem Punkte annäherte, aber weitere Bestimmungen des Entwurfs lenken wieder von dem Wege ab, der zur größeren Berücksichtigung der Berufsinvaliden führt. Verletzte, die nach dem Unfall den gleichen oder höheren Verdienst erlangen, sollen sich eine Kürzung der Rente gefallen lassen, wobei von der örtlichen Verschiedenheit des Arbeitslohnes, dem Steigen der Preise und der Löhne usw. ganz abgesehen wird. — Unannehmbar ist die Bestimmung, wonach der Unfallrentner jede ihm zugewiesene Arbeit annehmen muß. In der Abweichung dieser Bestimmung sind die Berufsgenossenschaften mit uns einig. Sie wünschen nicht in die Zwangslage veretzt zu werden, allen ihren Krüppeln Arbeit verschaffen zu müssen. — Höchstbedenklich ist die Bestimmung des Entwurfs, daß künftige Renten bis 20 Proz. ohne Zustimmung des Verletzten abgefunden werden können. (Hört! hört!) Die Bestimmung bedeutet, daß den also Abgefundenen

für alle Zukunft Ansprüche abgeschnitten

werden. Dabei ist es doch bekannt, wie oft noch anscheinend geringe Unfälle nach Jahren die schwerwiegendsten Folgen bringen können. Aber wir haben auf dem Berufsgenossenschaftstag gehört, daß das Reichsversicherungsamt bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung überhaupt nicht gehört worden ist. Ein Praktiker mit etwas sozialpolitischem Empfinden würde auch nie diese Bestimmung in Vorschlag gebracht haben. — Eine weitere Verschlechterung des bestehenden Zustandes ist die Bestimmung, daß Renten bis zu 20 Proz. zeitig begrenzt werden können. Bisher dauerte die Rentenfestsetzung bis zu einer neuen Prüfung des Zustandes des Verletzten. — Unberechtigt ist ferner, daß Löhne über 1500 M. nur bis zwei Drittel angerechnet werden sollen. Ganz besonders ungünstig sind die ländlichen Arbeiter gestellt, denn für diese wird nicht der tatsächliche Lohn zu Grunde gelegt, sondern ein für bestimmte Orte und Kreise von den unteren Verwaltungsbehörden festgesetzter Normalarbeitslohn. Wir haben in einzelnen Distrikten Jahresarbeitslöhne, die bis zu 200 M. heruntergehen. (Hört! hört!) Wir verlangen die

Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den Industriearbeitern. (Sehr richtig!) Wie die Sachen jetzt liegen, erheben die Bäcker mit vollem Recht Einspruch gegen die Versuche, sie als ländliche Arbeiter zu betrachten. Höchst ungerecht werden die Ausländer in dem Entwurf behandelt. Bisher bezogen auf Grund der Bundesratsverordnung die Ausländer, z. B. die Italiener, ein Teil der Schweizer, die Oesterreicher, Holländer usw. auch im Auslande ihre Rente weiter. Jetzt sollen sie, wenn sie ihren Wohnsitz wieder ins Ausland verlegen, abgefunden werden können. Die Berufsgenossenschaft kann sich also mit einem Schlage aller weiteren Verpflichtungen entledigen. Das ist eine Verneinung der Berufsgenossenschaften und geradezu ein Anreiz für unsere Arbeitgeber, Ausländer in erhöhtem Maße zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Nun könnte man ja allerdings einwenden, der Rentenempfänger könne in Deutschland wohnen bleiben. Aber wir kennen ja den Legitimationszwang und die Ausweisungspflicht. (Sehr

richtig!) Wir haben oft erlebt, daß ausländische Renteneinpfänger aus Deutschland ausgewiesen werden und damit zugleich ihren Anspruch verlieren, oder mindestens höchst ungenügend abgefunden werden. Wenn die deutsche Industrie Ausländer oftmals als Lohnrücker verwendet, so sollte sie diese Leute auch unterstützen, wenn sie Unfälle erleiden. (Sehr richtig!)

Die Regierung tut sich groß damit, daß in dem Entwurf ein Teil der Rentenfestsetzung den Berufsgenossenschaften genommen wird und die Voruntersuchung dem Versicherungsamt übertragen wird, das mit Hinzuziehung von Arbeitern über diese Dinge entscheiden kann. Ich schäme diese Konzeption außerordentlich gering ein (Sehr richtig!) und möchte sie sogar ablehnen. Es ist weiter nichts als eine Scheinkonzession, deren an sich sehr geringer Wert mehr als aufgewogen wird durch die Verzögerung, die dadurch eintritt. Schnelle Rentenfestsetzung ist gerade das, was nottut. (Sehr richtig!) Wenn man keine wirkliche Mitwirkung der Arbeiter bei der Rentenfestsetzung geben will, dann lieber gar keine. — Nun ein paar Worte zu der Frage der ärztlichen Gutachten, die besonders wichtig ist für uns in der Praxis stehende Arbeitersekretäre. Die Bestimmung, daß nur dann ein anderer Arzt gehört werden muß, wenn der begutachtende Arzt in einem Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft steht, hat sich in der Praxis gar nicht bewährt, weil die Rechtsprechung den Begriff des Vertragsverhältnisses außerordentlich eng gefaßt hat. Es ist somit höchst selten, daß mit Erfolg gegen einen Arzt der Einwand erhoben werden kann, daß er in einem Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft steht. Ganz besonders die Knappschaftsberufsgenossenschaften befolgen die Praxis, die Hinzuziehung anderer Ärzte nach Möglichkeit zu verhindern. Im Bezirk Bochum wagt es auch so leicht kein Arzt, sich mit der Knappschaftsberufsgenossenschaft in Konflikt zu bringen. Es sind mangelhafte Vorschläge, zum Beispiel vom Kollegen Niendorf, gemacht worden, um diesem Mißstand abzuhelfen. Ich halte es für das wirksamste, darauf hinzuwirken, daß wir in den Gewerkschaften und Arbeitersekretariaten eine Anzahl Ärzte mit sozialpolitischer verständiger Auffassung zur Verfügung haben. Wir müssen die Ärzte sondieren, selbstverständlich nicht nach der Meinung, sondern nach den Kenntnissen auf den einzelnen Gebieten. Die Unfallkrankheiten haben sich zu einem besonderen Wissenszweig ausgewachsen; es ist eine höchst umfangreiche Literatur auf diesem Gebiete entstanden, die naturgemäß nicht jeder Arzt beherrsicht oder beherrschen kann. Dazu kommt, daß sich über die Entstehung von Krankheiten die Theorien Schmorl's gegenüberstehen. Das Maß sozialpolitischer Empfindens, das der einzelne Arzt besitzt, scharft oder trübt den Blick für Zusammenhänge der Krankheit mit der Berufsarbeit, respektive mit Berufsunfällen. Es gibt bedeutende ärztliche Autoritäten, die ein reiches Maß sozialpolitischer Empfindens und Verständnisses haben; aber einer großen Anzahl Ärzten mangelt es vollständig daran. (Sehr richtig! Zuruf: 90 Proz.) Ich bin geneigt, in der Arztfrage die Selbsthilfe der Gewerkschaften für besser zu erachten, als alle gesetzlichen Vorschläge. — Auch darin ist ein Rückschritt zu erblicken, daß künftighin das Reichsversicherungsamt nicht mehr als Rekursinstanz, sondern nur noch als Revisionsinstanz fungieren soll. Man wird einen Augenblick über diese Auffassung stutzen sein und einwenden, daß wir doch in dem Schiedsgericht die größeren Einsätze erhalten haben. Aber die Sache ist jetzt so. In der Tat fällt die Entscheidung meist der Vorstände, zumal in der Auswahl der Weisiger zu den Schiedsgerichten in unserem Kreise nicht die genügende Sorgfalt geübt wird. Einigermassen mit der Materie vertraute Personen würden sich diese Art der Behandlung durch den Vorsitzenden nicht gefallen lassen. (Sehr wahr!) Aber mancher reißt das Maul auf in der Versammlung und sagt stumm da im Schiedsgericht. Ich möchte aber auch dringend davor warnen, erprobte Weisiger durch andere zu ersetzen. Uebrigens haben wir eine Reihe einwandfreier Schiedsgerichte mit höchst wohlwollenden und einsichtigen Vorsitzenden. (Sehr wahr!) Daß das Reichsversicherungsamt nicht Rekurs-, sondern nur Revisionsinstanz sein soll, wird mit keiner Ueberlegung begründet. Gewiß hat es umfangreiche Geschäfte zu erledigen. Aber da doch

für militärische Zwecke nicht gekaufert

wird, so sollte man doch auch Geld für die Vermehrung der Beamten des Reichsversicherungsamtes übrig haben, umso mehr, als die Unfallgefahr in den Betrieben immer mehr zunimmt. Uebrigens zeigt ein Blick in die Statistik, daß das Gerede von der Reinigung der Arbeiterschaft, die ganzen Instanzen durchzulassen, völlig den Tatsachen widerspricht. — Ein paar Worte über die Rentenfestsetzung. Bei vielen Berufsgenossenschaften liegt diese in der Tat lediglich in der Hand des Geschäftsführers. Die anderen Mitglieder der Entschädigungskommission unterschreiben oftmals das Protokoll des Geschäftsführers, ohne es gelesen zu haben. (Hört! hört!) Uebrigens würden auch bei wirklicher Mitwirkung der Mitglieder der Entschädigungskommission keine höheren Rentenbeträge herauskommen; aber die Art des Verfahrens zeigt die Notwendigkeit der Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Rente. (Sehr richtig!) Gegen die Ueberwachung der Unfallverhältnisse in den Betrieben haben sich die Berufsgenossenschaften mit großer Schärfe als gegen einen

Eingriff in ihre Selbstverwaltung

erklärt. Die Arbeiter haben ein großes Interesse, an der Unfallverhütung mitzuwirken. Die Unfallverhütung ist uns noch weit wichtiger als die Entschädigung. Keine Entschädigung gleicht den erlittenen Schäden aus. Daher haben wir auch das größte Interesse an der strengen Handhabung der Unfallverhütungsvorschriften. Leider ist die Ueberwachung außerordentlich zerstückelt. Gewerbeinspektor, Polizei und technische Beamte der Berufsgenossenschaft teilen sich darin. Wir würden eine einheitliche Behörde wünschen, bei deren Revision die Arbeiter mitwirken. (Sehr richtig!)

Ich kann unsere Stellung dahin zusammenfassen: der Entwurf enthält recht wenig Bestimmungen, die einen Fortschritt bedeuten, wohl aber schlimme reaktionäre Verschlechterungen. Wir fordern, daß die Arbeiterversicherung und so auch die Unfallversicherung fortgeschritten und nicht rückwärts geht. (Lebhafter Beifall.)

Zu ihrem Referat über

c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

erhält das Wort

Frau Zieg-Verlin:

Schon im Jahre 1868 hat Bahlteich die Invalidenversicherung gefordert und im Jahre 1878 forderte Genosse Vebel die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung. 1888 erklärte sich Grüdenberger prinzipiell für die Invalidenversicherung und betonte damals bereits, wie notwendig es sei, damit die Hinterbliebenenversicherung zu verbinden. Das genügt wohl, um die Verleumdungen unserer Gegner zu widerlegen, daß wir um die Verelendung der Massen zu fördern, Gegner der Arbeiterversicherung seien. Fortgesetzt haben unsere Genossen im Reichstage an dem Ausbau der Versicherungs-Gesetzgebung mitgewirkt. Wo eine Revolte Verbesserungen brachte, haben sie dafür gestimmt. Vorschläge von unserer Seite, die erst als Utopie in der Versammlung verhallen, sind später von den bürgerlichen Parteien und der Regierung in die Gesetze aufgenommen worden. In sehr instruktiver Weise hat das Genosse Mollenhuth dargelegt. Denken Sie weiter an die Auffassung, die wir unter den Massen über den schwerverständlichen Inhalt der Versicherungs-Gesetze verbreitet haben, an die fleißige Tätigkeit der Arbeitersekretäre, an die eingehende Beschäftigung der

deutschen und der internationalen Parteitage mit der Versicherungsfrage. Das sind wohl Beweise genug, daß wir keine Gegner der Versicherungs-Gesetze sind. Die Versicherungs-Gesetzgebung soll dem

hien- und knochengermirbenden Kapitalismus einen Damm entgegensetzen

(Sehr richtig!), indem sie vorbeugend gegen Krankheiten und Invalidität wirkt, wenn diese aber doch eintraten, den Betroffenen und ihren Familien hinreichende Fürsorge, mindestens ein Existenzminimum gemähren. Unsere Gegner fassen ja allerdings die Versicherungs-Gesetzgebung anders auf. Die Versicherungs-Gesetze, formell betrachtet, ein Durcheinander von Verordnungen, waren und sind als Zuckerbrot für die Arbeiter gedacht. Bekanntlich begann man mit der Verabfolgung dieses Zuckerbrotts zur Zeit, als die Weisheit des Hand-Gesetzes auf die Arbeiterschaft herniederfauchte. (Zustimmung.) Ein weiteres Moment bei der Schaffung der Versicherungs-Gesetzgebung war der Wunsch, die Bourgeoisie vor zu großer Steigerung der Armenlasten zu bewahren. Speziell die Invalidenversicherung wurde auch von bürgerlichen Sozialpolitikern als Armenfürsorge und nicht als Sozialgesetz aufgefaßt. Dr. v. d. Vöggt, Handelskammersekretär in Aachen, und andere, z. B. der konservative Sozialpolitiker Rudolf Meyer hielten sogar dafür, daß es sich um eine verkleinerte Armenfürsorge handelte. Rudolf Meyer schrieb: „Vebel und Genossen nähmen an Gehirnerweichung leiden, wenn sie mitmachen würden, den Arbeitern die

Armenlasten der Gemeinden aufzubürden

unter der Fiktion „Invalidenversicherung“ (Hört! hört!) Und da Vebel und Genossen nicht an Gehirnerweichung litten, stimmten sie gegen das Gesetz. Das Zentrum stimmte gegen das Gesetz, weil es den Arbeitern noch zuviel bot, und weil es in ihm eine Verneinung der bekannlich mit Gewissenszwang verbundenen kirchlichen Wohlfahrtspflege sah. Auch die mancherlichen Freisinnigen, ein Teil der Nationalliberalen und Konservativen und der damalige einzige Antifemite des Reichstags stimmten gegen das Gesetz. Seit dem Jahre 1904 vollends ist die Ausführung des Invalidengesetzes eine schändliche, arbeiterfeindliche geworden. Infolge der damals vom Reichsamt des Innern proklamierten Spartheorie setzte die Rentenquetsche in der rückwärtslosesten Weise ein. Das Reich sparte zugunsten von Militarismus und Weltpolitik auf Kosten der Armen 827 000 M. (Hört! hört!) Unbeschreiblich ist das Elend, das durch das System der Rentenquetschen über zahlreiche Proletarierfamilien gebracht wird. Die Invaliden sehen sich genötigt, ihre Kinder zu der fürchterlichsten Heimarbeit anzuhalten, die ihnen Jugend und alles raubt. (Lebhafter Zustimmung.) Oder aber der abgewiesene Invalide führt mit Hilfe des Arbeitersekretariats den aufregenden und nervenzerschütternden Kampf um die Rente. Verächtliche und Arbeiterfeindliche belommen bis zur Reize den bürokratischen Schematismus der Invalidenversicherung zu kosten. (Sehr richtig!) Die R.V.-D. enthält keine Verringerung dieses Zustandes. Die Hinterbliebenenversicherung will abschließend an die Invalidenversicherung nur den invaliden Witwen Renten gewähren. Wir wissen nun aber, wie schwer es ist, schon für Männer die Invalidität nachzuweisen. Wie viel schwieriger ist es für Frauen, zumal wenn sie keiner Krankenversicherung unterliegen. Dazu kommt die schwere Verständlichkeit der Gesetze, die durch das schauerhafte Deutsch geäußert wird, in der sie abgefaßt sind. (Heiterkeit und sehr wahr!) Wir haben es erlebt, daß unter den abgewiesenen Frauen

Krüppel

waren, die nur noch auf Krücken sich bewegen konnten, die zu jeder Arbeit unfähig waren, die Armenunterstützung erhielten (Bewegung). Bei der Rentenhöhe ist nicht Rücksicht genommen auf die zunehmende Verteuerung der Lebenshaltung. Man hat darauf Rücksicht genommen bei Offizieren und Beamten, aber nicht bei den versicherten Arbeitern. Die Invalidenrente besteht im Höchstsfall bei 2500 Marktragswochen aus 450 M. jährlich. Aber die Invaliden sind zu zählen, die 2500 Marktragswochen aufzuweisen haben. In der ersten Lohnklasse kommt der Renteneinpfänger bei 2500 Marktragswochen bis 185 M. höchstens, wie soll da ein Invalide mit seiner Familie leben? Das ist selbst den allerbedürftigsten Landarbeitern nicht möglich. (Sehr wahr!) Die Renten sind keine Renten, sondern nur Bettelstämme. Um so größer sind die Kapitalansammlungen der Versicherungsanstalten. Bis zum Schlusse des Jahres 1907 waren 1 400 818 737 M. angesammelt, weit mehr als die Versicherungsmathematiker bei Schaffung des Gesetzes berechnet hatten. Und trotzdem sieht die Reichsversicherungsordnung nicht die geringste Steigerung der Renten vor. Trotz der Invalidenversicherung fällt der invalide Arbeiter der Armenklasse zur Last. Die Reichsversicherungsordnung sieht kein obligatorisches Teilverfahren vor, keine Ausdehnung der Versicherungspflicht, wenigstens nicht in dem Umfange, wie wir es fordern, denn nur durch Wundersratsverordnung soll die Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden ausgedehnt werden können. Höchstens könnte man das erweiterte Recht der Selbstversicherung sowie das Recht, Zusatzmarken zu lieben, als Fortschritte betrachten.

Nun soll ja bekanntlich die Witwen- und Waisenversicherung der Invalidenversicherung angegliedert werden. Auf die Witwen- und Waisenfürsorge hat die Arbeiterschaft wohl begründeten Anspruch durch ihre Leistungen im Produktionsprozess. In öffentlicher Reichstags-Sitzung ist der Arbeiterschaft das

feierliche Versprechen

gegeben worden, daß 1910 diese Versicherung in Kraft treten soll. Bekanntlich sollte die Lex Trimbom den Zollwucher des Zentrums bemänteln, gerade so wie einmalks König Stumm am schönsten aber künstliche sozialpolitische Wohlstand sprach, wenn es galt, von uns beantragte Verbesserungen zu hintertreiben. Wirklicher Ernst ist es dem Zentrum mit dem Antrag nicht gewesen. Es hat selbst die Zahl der Vollpositionen, aus denen der Hinterbliebenenfonds gespeist werden sollte, herabgesetzt. Bis heute sind gerade 42 Millionen Rücklagen gemacht worden. (Hört! hört!) Inzwischen hat das Zentrum einschließlich Trimbom seine Stellung völlig geändert. Jetzt sollen nur noch die invaliden Witwen eine Rente bekommen. Auf diesen Standpunkt stellt sich auch die R.V.-D. Das ist ein schamloser Bruch des bei den Volldebatten gegebenen feierlichen Versprechens. (Sehr wahr!) Mindestens 90 Proz. der Witwen würden vom Rentenbezug ausgeschlossen werden. Selbst der Abg. Stumm hat es früher einmal als ungerührt gebrandmarkt, daß die Witwe eines Mannes, der sich bei der Arbeit die Schwindsucht geholt hat, leer ausgeht, während doch die Witwe eines Unfallgetöteten eine Rente erhalte. Das Prinzip, nur invaliden Witwen Renten zu zahlen, wird doch auch nicht angetwandelt bei den Beamten des Meeres, des Reiches und der Einzelstaaten. Es liegt auch die Gefahr vor, daß man die Bestimmung — später auch in die Unfallversicherung eingeschlossen wird. (Sehr richtig.) Und nur erst die Waisenrenten! Sie betragen im Höchstsfall in der ersten Lohnklasse 171 bis 187 M. für acht Kinder, in der fünften Klasse 104 bis 200 M. (Hört! hört!) Das sind

erbärmliche Klusoen,

keine Rente. (Lebhafter Zustimmung.) Selbst in der fünften, also höchsten Klasse kommen noch nicht sieben Pfennig täglich auf ein Kind. (Hört! hört!) Eine ostpreussische Bauernmutter bekommt mehr an Alimenten gezahlt, obwohl diese doch nach der Lage der Mutter bemessen werden. Auch die Armenpflege findet sich nicht mit so armseligen Bettelstammigen ab. Eine pharisäische moralheuchlerische Bestimmung des Entwurfs belagt daß nur eheliche Kinder und die getraute Frau des

Mannes Renten erhalten sollen. Das dieses schreiende Unrecht im Unfallversicherungsgezet bereits lobigst ist, ist kein Grund, es jetzt auch auf die Hinterbliebenenversicherungen auszuweiten. Im Gegenteil muß diese Bestimmung überall gestiftet werden. Es gehört wahrlich viel dazu, die vorgezeichnete Versicherung als Krönung des herrlichen sozialen Gebäudes zu bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung.) Selbstredend ist der Entwurf auch schreiend ungerecht gegen die Ausländer, deren Hinterbliebene keine Renten erhalten sollen. Als billige Arbeitskräfte, als Lohnbrüder und Streikbrecher sind die Ausländer hoch willkommen, aber wenn sie Rechte beanspruchen, dann sind sie lästig und werden abgeschoben.

Was haben wir nun gegenüber diesem mehr als langem Unfängericht zu fordern? Unser Prinzip ist, Uebernahme der gesamten Versicherung durch das Reich unter Heranziehung der Gesamtheit zu den Kosten, am besten durch eine progressive Einkommensteuer. Selbst wenn die gesamte Arbeiterschaft, was bekanntlich nicht der Fall ist, von der Einkommensteuer befreit wäre, würden die Renten dadurch doch nicht den Charakter der Armenunterstützung bekommen; sieht doch mit Recht niemand die Beamtenpensionen als solche an. Daß die Unternehmerbeiträge als Produktionskosten zu betrachten sind, hat auch Graf Posadowski zugegeben. Daß unsere grundsätzliche Forderung nicht erfüllt wird, wissen wir ja. Wie könnte man das auch von einer Regierung erwarten, die es in den Zeiten wirtschaftlicher Depression fertig bringt, das notleidende Volk um neue 400 Millionen zu schröpfen! Wir verlangen weiter Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen bis zu einem Einkommen von 5000 M. Wir wenden uns gegen eine besondere Privatbeamtenversicherung. Die Proletarier des Kopfes und der Hand gehören zusammen. Wir haben aus den Vorkommnissen in Augsburg und Schlesien gesehen, wie die

Jammerfälle dieser Privatbeamten

beschaffen sind, die hungernd mit Schädel und Hirn pflegen (Zustimmung.) Daher keine besondere Versicherung, sondern Zuzugung höherer Klassen!

Eine immer wiederkehrende Forderung der Arbeiter geht auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Anspruch auf Altersrente. Wir wissen sehr wohl, und Wollensbube hat es mehrmals hervorgehoben, daß diese Forderung ihre Nachteile hat, weil sie den Arbeitgebern gestattet, den Altersrentner um den Lohn zu kürzen. Trotzdem dürften die Vorteile einer solchen Herabsetzung die Nachteile überwiegen und namentlich den Rentnern die Scherezeilen um die Invalidenrente sparen. Wir fordern ferner die Herabsetzung der zur Anwartschaft nötigen Beitragswochen. In Zeiten der Arbeitslosigkeit wird die Beitragsleistung oft unterbrochen, um so nötiger ist die Erleichterung der Anwartschaft. Dringend fordern wir, daß das Heilverfahren obligatorisch gemacht wird. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Versicherungsanstalten, ohne erst die Genehmigung des sozialpolitisch rüchständigen Bundesrats einholen zu brauchen, Ueberlässe zur Förderung von wirtschaftlichen Interessen der Rentenempfänger und ihrer Angehörigen zu verwenden haben. Die Vorbeugung der Invalidität hat eine der wichtigsten Aufgaben der ganzen Versicherungsgegebung zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Bei der Hinterbliebenenversicherung verlangen wir Renten für alle Witwen, und zwar als Minimum 20 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Mannes. Ist die Witwe invalide, d. h. hat sie 50 Proz. der Erwerbsfähigkeit ihres Verstorbenen verloren, so soll die Rente mindestens auf 83 1/2 Proz. erhöht werden. Das ist noch kein Idealzustand, aber ein tüchtiger Schritt nach vorwärts. Wir fordern ferner, daß die Rente für jedes Kind gleichfalls mindestens 20 Proz. des versicherten Jahres-einkommens des Vaters betragen soll. Selbstredend ist die

moralisch-ethische Ausschließung der unehelichen Kinder

und der nicht angeheirateten Frauen sowie die der Ausländer zu beseitigen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verlangen ferner, daß die Vertreter zu den Versicherungsämtern aus den allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlen aller Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts hervorgehen. Vom passiven Wahlrecht der Frauen ist wohl in den Notiven, nicht aber in der Reichsversicherungsordnung die Rede! Ein Beweis für die große Sorgfalt des Entwurfs. (Sehr gut!) Und doch handelt es sich hier um die ureigenste Sache der Frau. (Sehr wahr!) Gewiß werden die Beiträge zu steigen sein, aber für angemessene Renten wird die Arbeiterschaft auch gern mehr zahlen. (Sehr richtig!) Um aber die Arbeiterbeiträge nicht zu sehr zu steigern, soll der Reichszuschuß erhöht und mit den forcierten Kapitalansammlungen der Versicherungsanstalten gebräuchelt werden. Heranziehung der Gemeinde schlage ich aus guten Gründen nicht vor. (Zustimmung.) Die Gemeindefiskalisten müssen für kommunalen Mutterchutz, Kinderfürsorge usw. frei bleiben.

Wie gelangt auch die Erfüllung unserer Forderungen schafft keinen idealen Zustand, aber sie würde die schlimmste Not und speziell die Kinderausbeutung zum großen Teil beseitigen. Der Parteitag darf sich aber nicht mit einer Resolution begnügen, sondern die Delegierten müssen heimgelehrt in ihre Wahlkreise,

alles an die Erfüllung unserer Forderungen setzen.

Nicht Almosen will die Arbeiterschaft, sondern eine Versicherung, die diesen Namen wirklich verdient. (Stürmischer Beifall.)

Zur Debatte werden gestellt die Resolution 271 mit den Unteranträgen 279 und 280, außerdem die Anträge 82, 85 und die Resolution 278.)

Maurer-München

dankt den Referenten für ihre ausgezeichneten Vorträge. — Als das verkehrteste würde ich ansetzen, die Reichsversicherungsordnung ohne weiteres zu verwerfen. Die Spuren schreden. Mit solcher rein negativen Haltung besorgen wir nur die Wünsche der Gegner. Einen Entwurf in unserem Sinne erhalten wir doch nicht bei dieser Regierung und diesem Reichstag, der eine Koalition des Rückschritts und des Schwarzmachertums darstellt. Einen Gegentwurf auszuarbeiten wäre eine vergebliche Niefenarbeit. Die Regierung würde den Entwurf einfach unberührt lassen, wie sie alle Entwürfe der sachmännischen Konferenzen, die sie selbst einberufen hatte, unberührt gelassen hat. Uns bleibt also nichts übrig, als in der Debatte die großen Gesichtspunkte aufzurollen und im übrigen wie bisher gründlich mitzuarbeiten an der Verbesserung des Entwurfs. Es wäre töricht, dieses als Kleinram, als Paragrafenwirtschaft zu bezeichnen. Die verhängnisvolle Wirkung, die einzelne Paragraphen wie der § 25 des heutigen Unfallversicherungsgezetes

*) 32. Frankfurt a. M.: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion:

1. Sofort mit Genossen, die in der Arbeiterversicherung tätig sind, in Verbindung zu treten und eine Aussprache über die parlamentarische Behandlung der Reichsversicherungsordnung herbeizuführen;

2. eine Anzahl von Sachleuten zu beauftragen, je einen Ausschnitt der Reichsversicherungsordnung zu bearbeiten und die im Interesse der Versicherten notwendigen Änderungen zu formulieren und mit Begründung der Fraktion vor der Beratung in der Kommission zuzustellen.

279. Unter B. II ist als Ziffer 9 folgendes hinzuzufügen: Dem Versicherten ist die Möglichkeit zu geben, im Bedarfsfalle auf Kosten der Versicherung ein Gutachten durch einen von ihm zu bestimmenden Arzt zu erlangen.

Riendorf. Genügend unterstützt.

280. Abänderungsantrag zur Resolution zur R. G. D. 271). IV. Hinterbliebenen-Versicherung. Statt 1, 2, 3 zu setzen: Die Höhe der Witwen- und Waisenrente soll gleich sein der Höhe dieser Renten in der Unfallversicherung.

So. Genügend unterstützt.

für die Arbeiterschaft gehabt haben zeigt, wie notwendig die Mitarbeit unserer Praktiker ist. Hand in Hand mit den Arbeitervertretern muß die Reichstagsfraktion an der Verbesserung des Entwurfs mitarbeiten. (Beifall.)

Frähdorf-Dresden

begründet den Antrag 273 und warnt vor den Anträgen München, Frankfurt usw., die zu nichts weiter führen werden als zu einem neuen Kongreß von Sachverständigen. Ein solcher Kongreß würde nicht zweckmäßig sein. Sein Antrag verpflichtet dagegen die Fraktion zu Konferenzen mit den Sachverständigen. Diese Sachverständigen sollen der Fraktion das nötige Material zugehen lassen. Die Reform der Arbeiterversicherung ist zurzeit die wichtigste parlamentarische Aufgabe. (Sehr richtig!) Es handelt sich dabei nicht bloß um Verbesserung von Verschlimmerungen. Man wird auf wesentliche Verbesserungen bedacht sein müssen. Unsere Fraktion darf sich nicht auf die Defensiv-Defensiv beschränken, sondern muß zur Offensiv übergehen. Das Selbstverwaltungsrecht muß mit allem Nachdruck verteidigt werden. Steht doch selbst der größte Teil der Arbeitgeber in dieser Frage auf unserer Seite gegen die westfälischen Großunternehmer. Nach dem Steuer-raub dürfen sich die Schwarzmacher nicht den Raub an den Krankenkassen erlauben. Das würde dem Zentrum und dem Liberalismus noch manches Mandat kosten. Rufen wir die Situation aus, dann fehlt auch nicht der Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

Braun-Königsberg

Bekanntlich wird die beabsichtigte Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts in der Krankenversicherung mit der ohne die Spur eines Beweises aufgestellten Behauptung begründet, daß die sozialdemokratische Partei die Verwaltung der Ortskrankenkassen zu parteipolitischen Zwecken mißbrauche. Hat die Regierung ernstlich die Absicht, einen Mißbrauch von Versicherungs-einrichtungen unmöglich zu machen, so will ich ihre einen Finger-zeig geben. Die Innungs- und Krankenkassen werden von verschiedenen Arbeitgeberorganisationen für ihre schärfmächterischen Zwecke ausgenutzt. So wurde in einer Großstadt nach einem verlorenen Streik der Maurer eine Baumungslasse zu einem solchen Zwecke gegründet. Ich hatte Gelegenheit, in einen in diese Klasse gerichteten Brief Einsicht zu nehmen. Er enthält eine ordnungsmäßige Abmeldung von drei Personen und folgendes Anschreiben:

„Der Zimmergeselle S. und der Arbeiter E. sind Traunkensolde und sollen, um sie von diesem Laster zu befreien, einige Zeit keine Arbeit erhalten.“

Dieser Unrechtsbrief wird verständlich dadurch, daß diese Arbeitgeberorganisation im Bureau der Krankenkasse und durch deren Personal ihren Arbeitsnachweis besorgen läßt. Ich verliere kein Wort über den Tiefstand sozialen Empfindens und Verständnisses, protestiere aber gegen diesen schamlosen Mißbrauch, der mit schärfmächterischen getrieben wird, und zwar von Personen, die die Heuchelei besitzen, diesen Vorwurf gegen die Arbeiter-Klasse zu erheben. (Bravo!)

Riendorf-Stiel begründet den Antrag 279 und beantragt, sämtliche Anträge, die zur Materie vorliegen, dem Parteivorstand zur Veräußerung zu überweisen.

Mößinger-Magdeburg

Die Reichsversicherungsordnung ist für uns unannehmbar, weil sie die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung beseitigt. Von diesem Gesichtspunkte aus muß die Vorlage behandelt werden. Die Ausführungen des Referenten über die Betriebskrankenkassen kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. In Magdeburg haben wir sie in großer Zahl. Eine der größten Firmen legt nur einen einheitlichen Lohnsatz von 8 M. bei der Berechnung des Krankengeldes zugrunde und erspart auch so jeden Unfallzuschuß. Wer nicht mehr ganz leistungsfähig ist, wird einfach auf die Straße gesetzt, damit die Betriebskrankenkasse nicht belastet wird. So ist es auch mit der Aufnahme von Arbeitern, und ich weiß aus der Provinz Sachsen, daß Leute, die in die Verwaltung der Betriebskrankenkasse gewählt waren, einfach vom Arbeitgeber entlassen wurden. Eine Erweiterung der Unfallrente über den Betriebsunfall hinaus ist unbedingt notwendig.

Der Redner führt einen drastischen Fall an und erörtert durch Vorführung von Einzelfällen in Anlehnung an die Ausführungen der Referententatter auch die Verhältnisse der Invalidenversicherung. Wir müssen die Vorlage benutzen zu einer mächtigen Agitation unter den Massen; die Einbringung einer solchen Vorlage ist eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, wie sie schimmer nicht gedacht werden kann. (Sehr wahr!) Der Antrag Frähdorf muß angenommen werden. Durch Heranziehung von Leuten aus der Provinz wird unsere Fraktion in die Lage versetzt, gewaltiges Anklagematerial vorzubringen und im Reichstage für einen Ausbau der Versicherung einzutreten, wie ihn die Arbeiter mit Recht verlangen können. (Lebhafte Beifall.)

Sachs-Bochum

Unser Antrag bezweckt Ausdehnung der Reichsversicherung auf die Knappschafts-lassen. Der preussische Landtag hat die geheime Wahl für die Knappschafts-lassen ausdrücklich abgelehnt, die sogar von der Regierung beantragt war. In Sachsen ist schon in den 80er Jahren eine erhebliche Knappschaftsreform erreicht worden, weil wir hier eine nennenswerte Landtagsfraktion hatten unter Führung von Webel und Liebkecht, die sich die redlichste Mühe gegeben haben, diese Forderungen durchzusetzen. Es sind freilich auch noch genügende Forderungen in Sachsen zu erheben. Wir fordern ferner Einführung des Anrechnungszwanges und Wenderung des Aufrechnungsverfahrens. Es besteht zwar jetzt ein Rückversicherungsverband der Knappschafts-lassen, aber diesem Verband gehört noch nicht einmal der dritte Teil der Knappschafts-lassen an. Wir verlangen ferner, daß alle diese Bestimmungen auch auf die Fabrik-, Werks-, Pensions- und Alters-lassen ausgedehnt werden. — Mit der Resolution bin ich einverstanden, aber nicht in bezug auf die Witwenrente. Hier, glaube ich doch, müßten wir höhere Anforderungen stellen. — Das Wahlverfahren müssen wir vereinfachen und direkte Wahl an die Stelle der Siebung setzen. (Bravo!)

Leutert-Wolfa macht darauf aufmerksam, daß durch die Bestimmungen des Gesetzes bei gleichen Fällen verschiedene Renten gewährt werden können und daß dadurch eine große Ungerechtigkeit entsteht.

Linken Baumann-Hamburg

Die verheerenden Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Frauen und Kinder der Arbeiterklasse sind geradezu himmelschreiend. Fast ungeschätzt sind die Frauen gegenüber den Söhnen der Mutterkraft. Diese schädlichen Folgen kommen ja selbst den Vertretern der herrschenden Klasse zum Bewußtsein, aber als Vertreter und Diener des Kapitals erkennen sie wohl die Folgen, aber nicht die Ursachen dieser furchterlichen Erscheinung. Hat doch kürzlich auf dem Medizinischen Kongreß in Budapest ein Hofrat aus München gesagt: Woher kommen die vielen Krämpfe, die vielen Kurzsichtigen, die vielen Frauen, die ihre Kinder nicht selbst stillen können, die vielen Untauglichen bei der Aushebung der Truppen, die vielen Opfer der künftigen Liebe, die vielen Nervösen, die vielen Werrückten? Nun, wir brauchen nach den Ursachen nicht zu fragen, wir kennen sie. Aber Abhilfe zu schaffen, ist in der heutigen Gesellschaft sehr schwer, denn die herrschenden Klassen sind nicht gewillt, die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise auszumergen und ihre Opfer zu schätzen. Wir Vertreterinnen des weiblichen Proletariats erklären, daß die Durchführung der Forderungen der Resolution das Mindeste ist, was wir verlangen müssen, wenn etwas zum Schutze der Frauen als Mütter erreicht werden soll. (Bravo!)

Damit schließt die Debatte. Die Referenten verzichten auf das Schlusswort. Der Antrag 282 und die so veränderte Resolution werden einstimmig angenommen. Die Anträge 82, 85, 273

und 279 werden dem Parteivorstand und der Fraktion zur Veräußerung überwiefen.

Die weiteren Verhandlungen des Parteitages werden auf Sonnabend vertagt.

Singer: Dem Parteitag ist zu meinen Händen ein Schreiben der Redaktion des „Vorwärts“ zugegangen, welche sich darüber beschwert, daß der Genosse Fischer bei seinen gestrigen Ausführungen, bei denen er seine vorgestern gehaltenen Rede wiederholt hat, nicht auch den Artikel des „Vorwärts“ verlesen hat, auf den er sich bezog. Die Erklärung enthält diese Notiz, die durch die Verteilung des „Vorwärts“ bereits zur Kenntnis des Parteitages gekommen ist. Ich sehe davon ab, diesen Artikel noch einmal zu verlesen, ich verweise auf die verteilten Exemplare, werde aber veranlassen, daß bei den Fischerschen Ausführungen auch der Artikel des „Vorwärts“, auf den er sich bezogen hat, im Protokoll aufgenommen wird.

Damit ist der Parteitag einberstanden.

Lipinski:

Die „Arbeiter-Esperantovereine“ in Kopenhagen senden dem Parteitag Grüße. (Zuruf: In Esperanto?) Natürlich. (Geisterkeit.)

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr. Nachmittags findet eine Besichtigung des Konsumvereins in Leipzig-Plagwitz statt.

Der Vertreter des „Vorwärts“ auf dem Parteitage, Genosse Davidsohn, ersucht uns festzustellen, daß er nach der zu Protokoll gegebenen Erklärung des Genossen Fischer gegen den „Vorwärts“ sogleich das Wort zu einer Gegenerklärung erbeten, aber nicht erhalten habe.

Bekanntlich hatte Fischer sich in seiner Erklärung darauf berufen, daß der auf dem Parteitage antretende Vertreter des „Vorwärts“, eben Genosse Davidsohn, die Rede Fischers gegen den „Vorwärts“ als weniger provozierend empfunden habe, als seine Berliner Kollegen. Genosse Davidsohn wollte demgegenüber feststellen, daß Fischers Behauptung durchaus unrichtig war.

Unser Kollege Davidsohn hatte nicht nur das lebhafteste Interesse an einer solchen sofortigen Feststellung, sondern unserer Ansicht nach auch das unzweifelhafteste Recht dazu.

Genosse J. Karsti ersucht uns, die Erklärung, die er dem Parteitag zugehen ließ und die dort nur zum Teil verlesen wurde, zu veröffentlichen. Sie lautet:

An das Präsidium des Sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig.

Werte Genossen!

Da Genosse Richard Fischer persönliche Befeldigungen gegen mich geschleudert hat, ersuche ich Sie, vor dem Parteitage folgendes festzustellen:

1. Der Artikel „Unsere Fraktion und die Reichsfinanzreform“ wurde von mir auf ausdrückliche Aufforderung der Redaktion des „Vorwärts“ geschrieben.

2. Ich habe überhaupt über taktische Fragen der Partei niemals eine Zeile geschrieben, ohne von der betreffenden Parteiredaktion dazu aufgefordert zu sein.

3. Meine Verechtigung zur Mitarbeit an der deutschen Presse führe ich unter anderem auch darauf zurück, daß der Parteivorstand beim Genossen Lunow anregte, mir die Abfassung einer Serie von Artikeln über Getreideteuerung und Einfuhrzölle zu übertragen, die die Interpellation der Reichstagsfraktion einleiteten, was auch geschehen ist.

4. Da ich seit 1888 mit kurzen Unterbrechungen in Deutschland für die sozialdemokratische Partei tätig bin, so glaube ich bisher, daß nur die Polizei mich als Ausländer betrachtet. Dieser muß ich leider meinen Vorleser, dem Genossen Richard Fischer nicht.

5. Wenn Genosse Richard Fischer meint, es sei ja „auch nur Karsti“, der den Artikel geschrieben, so tröste ich mich damit, daß es ja „auch nur Richard Fischer“ ist, der mich angreift, und lege es zu dem übrigen, um, trotz Fischer und trotz Polizei, der Partei zu dienen, solange ihre Instanzen meiner Dienste bedürfen werden.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

J. Karsti

Vom Kampf in Schweden.

Unter denjenigen Unternehmern, bei denen die Arbeit noch dem vorläufigen Uebereinkommen vom 1. September wieder aufgenommen sein sollte, die also nicht der Schwedischen Arbeitgebervereinigung angehören, ist noch immer eine, wenn auch geringe Anzahl, die der ehrslichen Durchführung jenes Uebereinkommens Widerstand entgegensetzt. Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse, der Tarifverträge, Einführung persönlicher Kontrakte anstrebt oder die Arbeiterschaft auf andere Weise wegen ihrer Beteiligung am Massenstreik zu schikanieren sucht. Nach und nach kommen allerdings diese Unternehmer auch zu der Einsicht, daß dergleichen zwecklos ist und daß es besser ist, Frieden mit den Arbeitern zu schließen. So konnte am Dienstag im Goldschmiedgewerbe in sämtlichen Fabriken und Werkstätten die Arbeit wieder aufgenommen werden, mit Ausnahme bei einer Firma, Hallbergs Goldschmiede- u. Utiengesellschaft, die der Schwedischen Arbeitgebervereinigung angehört, und bei der der Kampf also noch fortwährt. — Die Utiengesellschaft Pomrii, die das alkoholfreie Getränk dieses Namens herstellt, suchte gegen ihre am Streik beteiligten Arbeiter mit Maßregelungen vorzugehen. Da aber die ja zum großen Teil abstinenten schwedische Arbeiterschaft der Hauptkonsument des Pomrii ist und nun die Firma boykottierte, sah diese sich genötigt, nachzugeben, die Streikenden sämtlich wieder einzustellen, die Streikbrecher, die man angenommen hatte, zu entlassen, die alten Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder anzuerkennen und, was bisher nicht geschehen war, sie tariflich festzulegen.

Im Wärdereigewerbe hat die Unternehmerorganisation sich noch nicht zum Friedensschluß bereit finden können, wenngleich in einer großen Zahl von Städten schon sämtliche, in anderen ein Teil der Wärdemeister — z. B. in Stockholm 45 — den bestehenden Tarifvertrag wieder anerkannt und der Arbeitsaufnahme auch sonst keine Hindernisse bereitet haben. Die Organisation der Wärdereiarbeiter, die die Tarifverhältnisse verschlechtern will, sucht nun durch Materialboykott jenen Meistern, wie vor allem auch den Arbeitergenossenschaftsbüroreien, die Existenz unmöglich zu machen. Schwedens Wärdemeistervereinigung hat an die Lieferanten von Wehl, Pfeffer usw. die Aufforderung gerichtet, an die „sozialistischen Kooperationsunternehmen“ und an jene „kolonialen Kollegen“ feinerer Waren mehr zu liefern, und zwar in einem geheimen Rundschreiben, das jedoch von „Socialdemokraten“ veröffentlicht wurde. Die Genossenschaftsbüroreien der Arbeiterschaft waren auf diese Maßregel vorbereitet und haben schon Vorproben getroffen, daß ihr Betrieb nicht stockt. Die freitwilligen Wärdemeister werden denn auch mit ihrem Boykott nichts anderes erreichen, als daß die große Masse des Volkes sich mehr als bisher den Wärdereien der Arbeiterschaft zuwendet.

In den Schlächtereien und Fleischwarenfabriken Stockholms erklärten die Arbeitgeber den Tarifvertrag, der noch bis zum 1. November 1909 Geltung hat, durch die Beteiligung der Arbeiter am Massenstreik für gebrochen, obwohl in diesem Ver-

trag keine Bestimmung enthalten ist, die eine solche Auffassung rechtfertigt. Sie wollten persönliche Kontrakte einführen. Die meisten Firmen haben nun allerdings schon davon Abstand genommen; 7 Firmen bestehen aber noch immer darauf, so daß bei diesen der Kampf fort dauert. Es sind die durch den verunglückten Streikbrecherimport aus Braunschweig bekannt gewordene Sialteribolag Normalm, ferner Bröderna Kohler, Hermann Westbald, Carl Schüb jun., Centralflaktieriet, C. H. Buhlers und Knut Jansson. Es wird nach wie vor notwendig sein, daß auch die deutsche Arbeiterschaft dafür sorgt, daß die Streikbrecheragenten, die vielleicht in Deutschland wiederum nach Arbeitswilligen für schwedische Unternehmer Umschau halten, keinen Erfolg haben.

Auch im Buchdruckgewerbe scheint diese Mahnung nach wie vor notwendig. Die Verhältnisse in den Buch- und Zeitungsdruckerien Schwedens sind noch keineswegs überall zufriedenstellend geregelt. In Stockholm z. B. sind noch 300 Mitglieder des Typographenverbandes nicht wieder eingestellt. Außerdem besteht die Prinzipalorganisation darauf, daß ihre Mitglieder sich durch Lohnabzüge für die durch den Streik verursachten Verluste schadlos halten. Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien über diese Frage haben zu keiner Einigung geführt, da die Prinzipale vom Typographenverband eine Garantiesumme von 150 000 Kronen verlangen.

Ferner sind u. a. auch bei den Straßenbahnen in Stockholm die Verhältnisse noch nicht geregelt. Der Vorkott, den die Arbeiterschaft hier verhängt hat, wird die Gesellschaften aber jedenfalls in nicht allzu langer Zeit zwingen, ein annehmbares Übereinkommen zu treffen. Auch gegen die Stockholms Dampfbootaktiengesellschaft sieht die Arbeiterschaft sich genötigt, mit Vorkott vorzugehen, da hier die am Streik beteiligten gewesenen Maschinenisten und Heizer nicht wieder eingestellt sind. Merkwürdigerweise ist unter denen, die ihre Angestellten wegen des Streiks maßregeln, auch das angeblich humane und sozialen Zwecken dienende „Wästerås-system“ in Stockholm, die Monopolgesellschaft für Branntweinauskauf, die im übrigen in ihren Wirtschaften auch Speisen serviert und deswegen nicht etwa nur Branntweinrentner zur Kundenschaft hat. Die organisierten Arbeiter dieser Gesellschaft traten mit der übrigen Arbeiterschaft am 4. August in den Großstreik. Das war jedoch für die Gesellschaft gar kein Schaden, weil sie so wie so wegen des Spritverbotes ihre Schankstätten und Verkaufsstellen schließen mußte. Jetzt will sie keinen der Stellen wieder einstellen und nimmt statt dessen weibliche Bedienung an. Die Folge ist, daß die Arbeiterschaft, soweit sie bisher jene Wirtschaften überhaupt besuchte, anderwärts essen geht und natürlich auch gern auf den Schnaps verzichtet.

Nach den Zahlen, die die Regierung über die Lage am 9. September veröffentlicht hat, sollen sich bis zu diesem Tage bei den Arbeitgebern, die nicht der Schwedischen Arbeitgebervereinigung angehören, 103 221 „Arbeitswillige“ zur Arbeit gemeldet haben. — Das sind also diejenigen, die auf Grund des Übereinkommens die Arbeit wieder aufnehmen wollten. — Wieder eingestellt wurden, nach den Angaben der Regierung, 87 397; die übrigen sind entlassen. Außerdem sind 18 597 bei jenen Arbeitgebern fortwährend arbeitslos, also als Streikende zu betrachten. Weiter sagt der Regierungsbericht, daß bei den Arbeitgebern von der Arbeitgebervereinigung 15 956 zur Arbeit zurückgeführt sind, während die Arbeitsniederlegung fortwährend 95 931 Personen umfaßt. Von einigen Stellen waren jedoch bestimmte Angaben über die Zahl der Arbeitslosen nicht zu erhalten, weshalb diese wahrscheinlich die oben angegebene etwas übersteigt.

Daß die neueste Zählung der Regierung ungenau ist, geht schon daraus hervor, daß sie bei ihrer vorigen Zählung, am 2. September, die Anzahl der noch durch Streik oder Aussperrung Arbeitslosen auf 239 853 angab, während jetzt die Anzahl der in Arbeit getretenen und der noch arbeitslosen und streikenden Personen alles in allem nur 228 805 betragen soll, also über 11 000 gänzlich verschwunden sind. Daß mindestens 11 000 zu den von der Regierung als noch durch den Kampf Arbeitslosen angegebenen Personen hinzuzuzählen sind, um auf die richtige Anzahl zu kommen, zeigt sich darin, daß in der verflochtenen Woche rund 186 000 Arbeiter beim Landessekretariat zur Untersuchung angemeldet wurden. Dabei ist zu bedenken, daß immer noch eine Anzahl Kämpfer vorhanden sind, die auf die Unterstützung verzichten. Der Kampf umfaßt also immer noch eine für ein Land wie Schweden gewaltige Zahl von Arbeitern. Sie jetzt, solange der Kampf noch dauert und Opfer kostet, vor der bittersten Not zu bewahren, wird mit Hilfe der großen Masse des internationalen Proletariats ein leichtes sein.

Ueber die

Situation in Schweden

geht und folgende Privatdepesche zu:

Stockholm, 17. September. Die Verhandlungen zwischen dem Landessekretariat der Gewerkschaften und dem Vorstand des Schwedischen Arbeitgebervereins haben heute begonnen. Hingezogen sind Vertreter der verschiedenen Berufe, in denen Differenzen zu schlichten sind. Eine Aufhebung der Aussperrung beziehungsweise des Streiks erfolgt nicht eher, als eine Einigung zwischen den beiden Parteien erreicht sein wird. Diese Einigung hat indes noch große Schwierigkeiten zu überwinden, insbesondere als die bürgerliche Presse einschließlich der liberalen Blätter alles tut, um die beiden feindlichen Parteien noch mehr auseinander zu halten.

Streikbrecher-Gesuch!

Im Annoncenteil von Berliner Blättern finden wir folgende Annonce:

10 Konfessionsschneider für Schweden sofort verlangt. 1 Jahr Arbeit garantiert. Hoher Lohn. Freie Reise. Meldung: Arbeitsnachweis Oranienstr. 105. Sonnabend 10—11.

Offenbar handelt es sich um den Versuch, Streikbrecher anzuwerben!

Aus der Partei.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt in ihrer Freitagnummer: Den Schluss der gestrigen Abend Sitzung des Parteitag's glaubten die Genossen Hug, Went und Frankmann noch zu einem kleinen Vorstoß gegen die „Leipziger Volkszeitung“ benutzen zu können, um dessen sofortiger Zurückweisung der Vertreter der „Leipziger Volkszeitung“ aus Gründen der Geschäftsordnung gehindert war. Am Mittwoch vormittag waren bekanntlich die Revisionisten nach Schluss der Debatte ganz unvermutet mit einem Entschlusse hervorgetreten, der den Parteitag aufforderte, der Zustimmung der Reichstagsfraktion zur Erbschaftsteuer seine ausdrückliche Billigung zu erteilen. Überlieferte wurde der Parteitag um so erregter, als bereits ein Antrag Geiger vorlag, der auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag's die Steuerfrage gesetzt wissen wollte. Genosse Weibel erklärte unter allgemeiner Zustimmung diesen

Antrag für einen Ueberrumpelungsversuch, was der Genosse Frank freilich bestritt, es aber doch vorzog, den Antrag zurückzugeben. Nach der sachlichen Erklärung des Genossen Hug nun über die Entstehung des Antrages, die der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ nicht bekannt war, hatten wir den Vorwurf eines subjektiven Ueberrumpelungsversuchs nicht mehr aufrecht. Daß der Eindruck eines derartigen Versuches entstand, dem Genosse Weibel so entristet Ausdruck gab, haben sich die betreffenden Genossen aber nur selber zuzuschreiben, nachdem sie es nicht für angemessen gehalten hatten, von der Einbringung ihres Antrages während der Unterhandlungen über den Schluss der Debatte Abstand zu nehmen oder wenigstens ihn nach Annahme des Schlusssatzes von selbst zurückzugeben. So zog Genosse Frank den Antrag erst zurück, als er durch die Empörung des Parteitag's dazu gezwungen war.

In unserer gestrigen Leitartikel hatten wir nun geschrieben, daß der Genosse Frank dies mit „gut gemintem Erstaunen“ getan habe. Darob große Entrüstung! Mit allen Donnern des moralischen Pathos wies man diese „Beschimpfung eines Delegierten“ zurück, und da sich schließlich immer ein paar Delegierte finden, die Bravo rufen, wenn es gegen die „Leipziger Volkszeitung“ geht, so fehlte es dem Genossen Frank nicht an dem Beifall seiner engeren Freunde, der sich in den freundlichen Tönen: Frechheit, Ohrfeigen usw. ausloste. Wir nehmen von der Erklärung des Genossen Frank Kenntnis, daß er sein Erstaunen über die berechtigte Empörung des Parteitag's nicht gemint habe. Wenn der Genosse Frank aber zum Schluss erklärte: es ließe den Parteitag beleidigen, wenn ich annehmen wollte, daß nicht die Gesamtheit des Parteitag's das Wort eines anständigen Parteigenossen in Ehren hielte, so können wir dem nur erwidern: alle Achtung vor dem Wort des Genossen Frank, aber der Genosse Ledebour ist schließlich doch wohl auch noch ein anständiger Parteigenosse. Als er aber am gleichen Tage sein Schlusswort zum parlamentarischen Bericht hielt, da prasselten die Vorwürfe der Unwahrheit nur so auf ihn nieder. „Sie wissen das Gegenteil“, rief man ihm aus dem Lager des Genossen Frank zu. Damals, als es sich um einen radikalen Genossen handelte, haben wir den Protest des Genossen Frank gegen diese „Beschimpfung eines Delegierten“ durch Genossen, die das Wort eines anständigen Parteigenossen nicht in Ehren halten, mit Verdrüssnis vernimmt. Um so großer ist unsere Mißgunst, daß just in dem gleichen Augenblick die Achtung des Genossen Frank vor dem Wort eines anständigen Parteigenossen neu erstrahlt, wo es sich — um sein eigenes Wort handelt.

Diese Kennzeichnung der Taktik jener um Frank und David, die sich stets als die verfolgte Unschuld hinstellen, ist sehr treffend und berechtigt.

Reichstagskandidatur.

Im Wahlkreise Altona-Islerlohn-Lüdenscheid wurde der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes, Genosse Spiegel-Düsseldorf, als Reichstagskandidat aufgestellt. Vorher kandidierte der Genosse Haberland-Barmen, der aber nach dem Tode des Genossen Meist in dem Wahlkreise Kennep-Weimann aufgestellt wurde.

Behörden im Kampf gegen Arbeitervereine.

In unserer gestrigen Notiz unter dieser Überschrift ist der Name des Orts, in dem das angebotene Kasino unterhalten wird, durch einen Druckfehler entstellt worden. Der Ort heißt nicht Reucha-Brandis, sondern Deucha-Brandis.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine erstbete Staatsaktion. Gegen den Genossen Zieffe vom Garburger „Volksblatt“ hatte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet wegen Anstiftung zum Diebstahl, begangen durch den Abdruck eines Briefes im „Volksblatt“. Jetzt wird dem Genossen Zieffe mitgeteilt, daß das Verfahren wieder eingestellt worden ist. Das ist vernünftig.

Jugendbewegung.

Die tschechische Jugendorganisation.

Am 22. August fand eine Konferenz der tschechischen Jugendvereinigungen Oesterreichs in Prag statt. Für den Vorstand, der aus drei Vertretern der Jugendlichen, drei Vertretern der Turnvereine und je einem Delegierten des Parteivorstandes, der Prager Gewerkschaftskommission und der Arbeiterakademie zusammengesetzt ist, berichtete Genosse Ebel. Er erwähnte, daß der geplante gangwährende Erziehungskursus für Funktionäre wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht abgehalten werden konnte. Interessant ist es, daß die Jugendlichen Bücher des Parteiverlages um 30 Proz., Broschüren um 40 Proz. billiger bekommen, wenn die politische Organisation ihres Ortes eine Jugendbibliothek anlegt. Die Partei machte auch die Zusage, die Anstellung eines Sekretärs zu ermöglichen. Der Referent über „Organisation“, Genosse Dite, hob hervor, daß in den 15 berichteten Kreisen (fünf haben nicht berichtet) 380 Sektionen bestehen, die anfangs 1908 8226 männliche und 949 weibliche Mitglieder zählten, während die Zahl Ende 1908 auf 9173 (2000 weibliche und 7083 männliche) Mitglieder stieg. Im Jahre 1908 wurden 87 Genossen angeklagt; wegen politischer Delikte wurden 21 Genossen mit 148 Tagen und 10 Stunden Haft und 95 Kronen Geldbuße bestraft. Sodann erbatte Genosse Ebel ein Referat über „Sozialistische Erziehung“. Weiter wurde der Antrag, überall Jugendorganisationen zu errichten, wenn schon Turnvereine bestehen, trotz des Widerspruchs des Parteidelegierten angenommen. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, für die Lehrlinge eine Verbilligung der Parteifeuer zu erwirken.

Die Jugendorganisation in Italien.

Der Vorstand der Jugendorganisation Italiens nahm im Juli an einer Sitzung des Parteivorstandes teil, in der die Frage der Agitation erörtert wurde. Nach einer eingehenden Debatte, in der die Parteivorstandesmitglieder dem zweckmäßigen Wirken der Jugendorganisation Lob zollten, wurde beschlossen, die Parteioorganisationen öffentlich aufzufordern, die Jugendorganisationen in ihrer Bewegung zu unterstützen und die Errichtung neuer Jugendorganisationen dort, wo sie noch nicht bestehen, zu fördern.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Handel auf dem Weltmarkt.

Nachdem nunmehr die wichtigsten Kulturstaaten Mitteilungen über ihren Außenhandel im Jahre 1908 veröffentlicht haben, läßt sich eine Uebersicht darüber gewinnen, wo die wirtschaftliche Krise am stärksten ihren Einfluß geltend gemacht hat. Das Ergebnis ist, daß Deutschland am erheblichsten gelitten hat und noch leidet. In fast keinem Industrieland ist der Außenhandel in dem Maße zurückgegangen wie in Deutschland; in manchen Staaten ist er gar in gleicher Höhe geblieben oder hat sich noch gehoben.

Das Jahr 1908 ist seit einer sehr langen Reihe von Jahren das erste, in dem im gesamten Weltmarkt eine Abnahme der Umsätze eintrat. Vom Jahr 1907 auf 1908 verminderte sich in Deutschland die Gesamteinfuhr von 9589 auf 8301 Millionen Mark, die Gesamtausfuhr von 7441 auf 7018 Millionen Mark, in Großbritannien die Einfuhr von 13 174 auf 12 100 Millionen Mark, die Ausfuhr von 10 598 auf 9320 Millionen Mark, in Frankreich die Einfuhr von 4978 auf 4872 Millionen Mark, die Ausfuhr von 4476 auf 4217 Millionen Mark, in der Schweiz die Einfuhr von 1849 auf 1191 Millionen Mark, in Mexiko die Einfuhr von 487 auf 465 Millionen Mark, die Ausfuhr von 520 auf 509 Millionen Mark.

In Italien erhöhte sich die Einfuhr von 2904 auf 2424 Millionen Mark, die Ausfuhr verminderte sich allerdings von 1559 auf 1436 Millionen Mark. Ein ähnliches Bild zeigt Oesterreich-Ungarn. Dasselbst erhöhte sich die Einfuhr von 2126 auf 2152 Millionen Mark, wogegen sich die Ausfuhr von 2088 auf 1970 Millionen Mark verminderte. In Rußland war es ebenso: die Einfuhr vermehrte sich von 1515 auf 1614 Millionen Mark, indes die Ausfuhr von 2142 auf 2026 Mill. R. abnahm. In Spanien verkehrte sich die Einfuhr von 752 auf 767 Millionen Mark, während die Ausfuhr von 742 auf 712 Millionen Mark zurückging. Zugewonnen hat Einfuhr sowie Ausfuhr in Kanada, und zwar ganz erheblich, Argentinien, Britisch-Südafrika usw. In einigen Staaten ging zwar die Einfuhr etwas zurück, doch hielt sich die Ausfuhr auf gleicher Höhe oder vermehrte sich, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Norwegen u. a.

Man braucht nicht lange nach den Gründen zu suchen, aus welchen der Außenhandel Deutschlands besonders den Krebsgang gegangen ist: die Zoll- und Steuerpolitik erklärt alles. Sie verschließt uns den Weltmarkt, powert den Arbeiter aus und macht ihn leistungsunfähig.

Kartoffelpreise. Die Berichte und Ansichten über die Kartoffelernte 1909 lauten zusehends besser, so daß man mit mäßigen Kartoffelpreisen im Jahre 1909/10 rechnen darf. Bis heute sind aber die Kartoffelpreise noch recht hoch, vor allem auch im Detailvertrieb. Im Durchschnitt stellte sich für die größeren preussischen Städte der Preis für ein Kilogramm Kartoffeln in Weimigen wie folgt:

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
8	8	9	9	9	9	12

Die Preissteigerung im Juli war dadurch bedingt, daß an die Stelle der Kartoffeln aus der alten Ernte neue Kartoffeln treten, die naturgemäß im Preise höher stehen. Aber auch ohne Berücksichtigung des Zulupreises war der Preis ziemlich hoch. In den Detailpreisen freilich laßt nur ein Teil der Konsumenten ein, darunter allerdings die Arbeiterfamilien in den Großstädten. Im Großhandel stellte sich bis Juli dieses Jahres der Preis für Kartoffeln im allgemeinen niedriger als im Vorjahre, wenn auch in der Preisbewegung bei Brenn- und bei Speisekartoffeln keine völlige Einheitlichkeit herrscht. Seit Juli ist nun keineswegs die Preisbewegung im Sinne der Konsumenten vor sich gegangen. Die Preise stehen vielmehr im allgemeinen wieder über dem Niveau des Vorjahres, während es bis Juli meist umgekehrt war. Nach den Preisnotizen der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates, die allerdings nur für Wagenladungen von 10 000 Kilogramm gelten, wurden Mitte September 50 Kilogramm an nachstehenden Orten zu folgenden Preisen in Mark veräußert:

	1908	1909
Berlin, magnum bonum	1,80—1,75	1,75—1,80
Piegnitz, weiße runde	1,55—1,60	1,60—1,50
Stettin, Rosen (frühe)	1,60	1,40—1,50
Magdeburg, magnum bonum	1,70	1,90
Hamburg, neue lange	2,40—2,60	2,80—3,00
Dortmund, magnum bonum	2,20—2,30	2,50
Köln, magnum bonum	2,40	2,80—2,85
Frankenthal, gelbfleischige weiße	2,35—2,50	2,65

Die Preise stehen also, wie man sieht, fast ausnahmslos höher als im Vorjahre.

Der Kameratrust breitet sich aus. Außer den drei Dresdener Gesellschaften sollen noch mehrere andere Betriebe der Vereinigung beitreten. Nach dem „N. Z.“ hat sich die Kameranabteilung der Firma Karl Zieh in Jena und die Firma Dr. R. Krügener in Frankfurt a. M. angeschlossen. Mehrere andere größere optische Anstalten sollen, wie verlautet, von dem neuen Trust zum Anschluß aufgefordert werden.

Aus der Frauenbewegung.

Sozialistenübtinnen.

Auch in England ruft das unaufhaltsame Anschwellen der sozialistischen Flut die Gegner zu immer neuen Gegenmaßnahmen auf. Der neueste Versuch auf diesem Gebiete ist die Gründung einer Rednerinnen-Schule, in der Damen Anweisung zur Bekämpfung des Sozialismus erhalten sollen. Ein Parlamentariermitglied Mr. Bull, seit langem bekannt als eifriger Sozialistenhater, will sich dieser nicht leichten Aufgabe unterziehen. Die von ihm ausgebildeten jungen Ladies sollen dann andere lehren, wie man den Argumenten der Sozialisten zu begegnen habe. Nach Verlauf eines Jahres hofft Mr. Bull dann, junge Frauen überall im ganzen Lande auf den Straßen Vorträge halten, in den Versammlungshäusern debattieren und bei öffentlichen Meetings sprechen zu sehen. Jede Kandidatin soll 30 Schilling wöchentlich erhalten. Unsere Genossinnen begrüßen diesen Plan mit gutem Humor und wünschen dringend die Verwirklichung der antisozialistischen Frauenpropaganda. Sie sind der Meinung, daß jede dieser gegen den Sozialismus gerichteten Reden der Partei neue Anhänger verschaffen wird.

Leseabende.

Treptow-Baumshulenweg (Ortsteil: Baumshulenweg). Die in den Sommermonaten ausgefallenen Leseabende der Frauen werden mit einer am Montag, den 20. September, abends 8½ Uhr bei Speer, Baumshulenstr. 78, stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung, in der die Genossin Wilm-Schuch über: „Die Proletarierin als Mutter“ spricht, wieder aufgenommen. Auch die Genossinnen werden er sucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7 Uhr bis 9 Uhr wöchentlich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachschub und eine Zahl aus Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Für die Verantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

S. 117. 1. Rastenburg in Ostpreußen. 2. Charlottenburg, Kirchhofstraße 3. 3. Für Schöneberg und Wilmerdors Hauptstr. 107 in Schöneberg. — M. P. 65. Stiftungsbüreau, Poststr. 16, 1. Et. — W. P. 7. Tegele. Wird für gemächlich zu Amerika gerechnet. Eine bestimmte Zuteilung nach dieser Richtung ist jedoch noch nicht erfolgt. — S. 10. Im Zentralbureau, Leipziger Platz 14. — M. P. 102. Deputation der städtischen Hochschulen, Klosterstr. 41. — Tempelhof 7. Obergoldbureau Berlin, Alt-Neubau 143—144. Präsident von Schmidt, Westl. Weg. Oberfinanzrat. — S. P. 65. Herr Julius Meyer, Oranienstr. 104, Restaurateur, gibt Ihnen hierüber gern Auskunft. — S. P. 28. 1—3. Nur der Arzt ist hierfür kompetent. — S. D. 100 und Auswanderer 99. Bureau für Auswanderer, Schellingstr. 4. — M. P. 100. Vereinigte Bureau, Rathaus, Zimmer 21.

Witterungsübersicht vom 17. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad C.
Stettin	765,0	SW	1	Regen	14	Wien	772,0	SW	4	wolkig	11
Berlin	767,9	SW	2	Regen	12	Frankfurt	778,0	SW	1	wolkig	9
Hamburg	768,0	SW	1	Regen	13	Stettin	764,0	SW	2	halb b.	13
Frankfurt	768,0	SW	2	bedekt	13	Hamburg	769,0	SW	3	Dunst	12
München	768,0	SW	2	wolkig	9	Berlin	764,0	SW	1	halb b.	10
Wien	767,0	SW	1	Regel	12						

Wetterprognose für Sonnabend, den 18. September 1909. Nimmlich kühl, zunächst meist trübe mit etwas Regen und schwachen nordwestlichen Winden; später langsam aufklarend.

Freie Jugendorganisation Berlin, Gruppe Süd-Ost.
 Heute abend 8 Uhr, pünktlich, Gruppensammlung im Gewerkschaftshaus,
 Engelauer 15. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Walter Zimmermann
 über das Thema: „Die alten Kulturländer des Ostens.“ Ferner: Berichte,
 Anträge, Wahlen und Verschiedenes.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 19. September, vormittags
 9 Uhr, in der Halle Rappell-Platz 15/17: Freireligiöse Vorlesung. 10^{1/2} Uhr
 in der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn Professor
 Dr. H. Gehle: „Religion und Sittlichkeit.“ Damen und Herren als Gäste
 sehr willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin.
 Heute abend 8 Uhr in Rahuras Klubhaus, Landsberger Str. 85: Sitzung.
 G. w. Aufnahme von Mitgliedern.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter
 (E. S. 29 Damburg.) Filiale Berlin 3. Mitgliederversammlung am Sonn-
 abend, den 18. September, abends 8^{1/2} Uhr, bei Kaiser, Reichenderger
 Straße 154. — Filiale Berlin 4. Mitgliederversammlung, am Sonnabend,
 den 18. September, abends 8^{1/2} Uhr, bei Reclowski, Andreasstr. 28. —
 Filiale Berlin 9. Versammlung am Sonnabend, den 18. September, abends
 9 Uhr, bei Gumbach, Waldenfer Str. 19. — Filiale Charlottenburg. Sonnabend,
 abends 8^{1/2} Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Mitgliederversammlung. —

Filiale Rixdorf. Versammlung am Sonnabend, den 18. September, abends
 8^{1/2} Uhr, bei Böh, Steinmehlr. 111.

**Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über
 den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch:**
 Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise unverändert. **Fisch:** Zufuhr
 knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. **Geflügel:** Zufuhr reichlich,
 Geschäft ziemlich lebhaft, Preise etwas nachgebend. **Fische:** Zufuhr
 genügend, Geschäft ruhig, Preise nachgebend. **Butter und Käse:**
 Geschäft still, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Süd-
 fruchte:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Preiswerte Angebote in Lebensmitteln

Von Sonnabend, den 18. bis Dienstag, den 21. September cr., solange Vorrat:

Fleischwaren

Rotwurst Pfd. 45 Pf.	Pa. Kassler Rippespeer Pfd. 90 Pf.	Feine Leberwurst Pfd. 95 Pf.
Zwiebelwurst Pfd. 45 Pf.	Pa. Kalbfleisch Pfd. 80, 85, 90 Pf.	Schlackwurst Pfd. 1.00
Berliner Mettwurst Pfd. 60 Pf.	Rehblätter Stück 1.75-2.25	Salamiwurst Pfd. 1.00
Fleischwurst Pfd. 85 Pf.	Oderbrucher Fettgänse Pfund 58-68 Pf.	
Landleberwurst Pfd. 85 Pf.		Thüringer Schlackwurst Pfd. 1.25
Mettwurst Braunschweiger Art. Pfd. 85 Pf.		Thüringer Salamiwurst Pfd. 1.25
		Fetter und magerer Speck Pfd. 90 Pf.

Kolonialwaren

Hutzucker ungebaut in ganzen Broden Pfund 22 Pf.	Mischung V IV III II I				Gemischte Marmelade I 1.20 5 Pfund-Eimer.
	Gebrannter Kaffee Pfund 90 Pf. 1.05 1.30 1.50 1.70				

Konfitüren

Deutscher Kakao garantiert rein Pfund 85 Pf., 1.10, 1.25	Haushalt-Kakes Pfund 45 Pf.
Haushalt-Schokolade garantiert rein in Tafeln Pfund 68 Pf., in Blocks Pfund 75 Pf.	Residenz-Kakes Pfund 55 Pf.

Frisches Obst

Ital. Weintrauben Pfd. 10 Pf.	Preißelbeeren Pfund 14 Pf.	Tomaten Pfund 8 Pf.	Blaue Pflaumen ; Pfund 4 Pf.
---	--	---	--

Am 1. Oktober cr. tritt die Steuer für **Zündhölzer** in Kraft. Es empfiehlt sich daher, den Bedarf möglichst schnell zu decken.

1 Karton Inhalt zirka 4000 Stück mit 4 Reibeblättern Karton **85** Pf.
Echte Schweden Jönköpings Paket gleich 10 Schachteln **15** Pf.
Prima Zündhölzer, 10 Pakete a 10 Schachteln **1.25**

Kein Laden, nur 1 Tr. Kein Laden, nur 1 Tr.

Zigarren (ohne Steueraufschlag)

anerkannt gute alte Qualitäten, solange Vorrat,
zu alten billigsten Preisen.



La Suprema

Nebenstehende Original-8 Pf.-Zigarre mild u. pikant 100 Stück **4.50**

Kl. Mexiko . . . 100 St. M. 2.85	Patricia . . . 100 St. M. 3.75	Exzell. Kraetke II, mild 100 St. M. 5.00
Don Pedro . . . 100 St. 3.50	St. Andre Mexiko . . . 4.25	Frühlingszauber . . . 6.00

Nicht unter 100 St. von einer Sorte, 400 St. franko Deutschl. Nachn., Nichtzusag. nehmen zurück.

Czollek & Geballe, Ziggarr.-Fabrik, Berlin, Neue Promenade 7¹ Tr.
 Engros-Lager. C., vis-a-vis Haupteing. Stadtb. Börsen.

Geöffnet bis 8 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.

Berlin N., Wattstraße 11/12.

Trotz hoher Spirituspreise bleiben unsere billigen Likörpreise
bei unverändert bekannter guter Qualität
 bestehen,
also vorläufig keine Preiserhöhung!

Wir empfehlen, da Preise durch die Steuererhöhung bald höher gehen müssen, den Einkauf von

Alpenkräuter	80 Pf.
Aromatique	110 "
Berliner Getreidekummel	100 "
Berliner Doppelkummel	70 "
Halb und Halb	85 "
Stonsdorfer	75 "
Thorner Lebenstropfen	90 "
Stargardter Tropfen	90 "
Meyer's Magenbitter	100 "
Sämtliche süßen Liköre	100 "
Deutscher Cognac-Verschnitt	100 "
Rum-Verschnitt	100 "
Nordhäuser	60, 75 und 110 "
Schlesischer	80 und 110 "
Tafel-Aquavit	90 "

sowie unsere feineren Fabrikate, welche die teuer bezahlten ausländischen Liköre in der
 Qualität übertreffen. 97/8*

Käuflich in allen Geschäften, welche unsere Waren führen. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Blumen- und Kranzbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Straße 2.

Blumen- u. Kranzbinderei
Aug. Krause,
 Wiener Straße 7,
 liefert Vereinskranze usw. billigst.

Wenn Sie von hartnäckigem
Hautjucken
 befallen sind, so daß Sie, durch den
 übermäßigen Reiz gereizt, Krätze
 und Peitsch mit den Händen bearbeiten
 müssen und keinen Schlaf finden,
 verschafft Ihnen

Dr. Kochs Kühlalbe
 sofort Erleichterung. Zapf a 3 Markt
 Berlin O.: Reichsadler-Apoth., Große
 Frankfurter Str. 134; W.: Kronen-
 Apoth., Friedrichstr. 180; SW.: Ele-
 fanten-Apothek, Leipziger Str. 74.

Wild, Geflügel und Fische!

Berlin NO. **Otto Grimm, Landsberger Allee 28.**
 Empfehle zum Beginn der Saison meine anerkannt besten **Warte-
 brücher Mastgänse** zu den billigsten Preisen.
 Gänsefleisch Pfd. 90 Pf. Gänsefüßchenfleisch Pfd. 65 Pf. Vieseln 1.,
 Däbner, Tauben, Enten billigst. Prima Hirschfleisch pfundweise v. 35 Pf. an.
Fluß- und Seefische.

Streichhölzer, Bad 10, Glüh-
 strümpfe 20, 25, 30 Pf., 100 Stk.
 6 Pf.-Zigarr. 4.50, 100 Stk. 8 Pf.
 Zigarr. 6.50, 100 Stk. 10 Pf. Zigarr.
 8.50, echt Mercur-Stognat Bl. 3 Pf.
 Behältergläser, gr. 30, fl. 20, all. and.
 billig. Schweben gebe nur 11. Duant.
 ab. **Frauß**, Banfons, Wolfenstr. 73.

Möbel

auf Teilzahlung
 (geringe Anzahlung)
M. Goldstaub
 Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.
 Ecke Gneisenaustraße.
 Kein Abzahlungsgeschäft!

Anerkannt
 größte Rücksicht
 bei
 Arbeitslosigkeit
 und
 Krankheit.

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen

Herren-Garderoben **Anfertigung Konfirmanden-
 Anzüge** : fertig und :
 : nach Maß. : nach Maß. :

Julius Fabian, Schneider-
 meister, **Gr. Frankfurter Str. 37 II**, Eingang Straus-
 burger Platz. **II. Geschäft: Turmstr. 18** nur 1. Etage,
 kein Laden.

erhalten, bei 7/10 nur 1/10, Alter, bei 7/10 höchstens 2/100, Alter und bei 1/2 Alter kaum mehr als 1/10. Man mache nur einmal die Probe, lege die flache Hand auf das wie üblich gefüllte Glas, stülpe es um, den Boden nach oben, und man wird sich wundern, wie wenig Bier in dem nun unten befindlichen weiteren Raum und wie hoch der Bierleere Raum am Boden des ungefüllten Glases ist.

So ist der Bierpreis in den Gastwirtschaften, besonders allerdings in den Sälen, im Laufe der Jahre gestiegen, direkt und indirekt, veranlaßt durch die Ueberproduktion an Gastwirtschaften, veranlaßt durch die Preistreiber mit den Gastwirtschaften, veranlaßt durch die kolossalen Preistreigerungen seitens der Hauswirtschaft. Und jede weitere Steigerung des Bierpreises dort, wo der

Verkaufspreis mit dem Einkaufspreis in gar keinem Verhältnis steht, wo der Preisausschlag schon jetzt 100 bis 300 Proz. und darüber beträgt, gibt wieder nur Anlaß, daß die Wirtschaften noch mehr zu den beliebtesten Spekulationsobjekten werden, wie der „Vorwärts“ in Nr. 208 vom 4. September richtig schrieb. Es folgt wieder eine Aera der Preistreiber mit Wirtschaften, der Preistreigerungen, die Konsumenten zahlen die Kosten derselben; nach einigen Jahren steht die Allgemeinheit der Gastwirte wieder auf demselben Fleck, sie brauchen wieder höhere Bierpreise, Zingergüte als Waage und so fort.

In einer in Schwelm (Westfalen) abgehaltenen, von der Gewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung wurde eine Entschließung des Inhalts angenommen, daß die Arbeiterschaft sich bis auf weiteres jeden Biergenusses enthält oder nur solche Lokale besucht, die für 10 Pf. ein Viertelliter Bier verabreichen.

Eine Sitzung des Gewerkschafts-Komitees in Straßburg im Elsass mit den Vorständen der Gewerkschaften beschloß Mittwochabend, eine Kommission von 10 Mitgliedern mit dem Vornamenverbande zu ernennen, um die Angelegenheit der Bierpreise zu untersuchen. Wenn es bis Montag nicht zur Einigung kommt, soll der Boykott sofort proklamiert werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 18. September.
Anfang 7 Uhr.
Sgl. Opernhaus. Die Walküre.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sgl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.
Neues Sgl. Opernhaus. Der Paragaphen-Schust.
Deutsches Haus.
Kammerstücke. Die Sünde.
Anfang 8 Uhr.
Metropol. Halloh!! — Die große Revue.

Anfang 8 Uhr.
Festung. Zwischenspiel.
Berliner. Einer von unsrer Leut.
Rolfsober. La Traviata.
Neues Schauspielhaus. Mit Duddelad.
Neues. Das Urbild des Tartuffe.
Thalia. Prinz Duff.
Komische Oper. Der Wüßhäh.
Reichens. Gretchen.
Seddel. Hanna Jopert.
Trianon. Pariser Stümen.
Schauspielhaus. Im Klubfessel.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Weiten. Der fidele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die von Hochsattel.
Schiller-Charlottenburg. Die Ehre.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Das Herz auf der Hand.
Pulsen. Die Herren Söhne.
Bernhard Hölle. Die Jägermeisterin.
Volles Kaprice. Kollaborierung. Der gemißte Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Herrfeld-Theater. Frau Elstams Friseur. Meine-Deine Tochter.
Gastspiel. Ungerade Tage. Der Deserteur. Die kausche ToINETTE. Cousin Pamponette. Anf. 8 1/2 Uhr.
Palast. Großstadtbauer. Spezialitäten.
Neues Theater. Ein Sohn des Volkes.
Wahne. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haberland-Theater. Spezialitäten.

Casino. Entel Sohn.
Prater. Einer von unsrer Leut.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.
Eternawort. Fußballstr. 67/68.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Zwischenspiel.
Sonntag, 8 Uhr: Die Gefährtin.
Gleis: Hannes Himmelst. Montag, 8 Uhr: Der König.

Berliner Theater.
Gente 8 Uhr:
Einer von unsrer Leut.
Morgen: Einer von unsrer Leut.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Urbild des Tartuffe.
Morgen und folgende Tage:
Das Urbild des Tartuffe.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Der fidele Bauer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Neues Operetten-Theater.
Schauspielhaus, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 18. September, 8 Uhr:
Das Herz auf der Hand.
Schwan in 3 Akten v. B. B. Falck u. Louis A. Varler, überf. von Franz Wolfshurn-Freund.
8 Sonntag nachm. 3 Uhr: Orsella.
Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
„Gretchen.“
Grotte in 3 Akten von Davis und Wipshöh.
Morgen und folgende Tage:
Die fidele ToINETTE. — Cousin Pamponette.

Gastspiel-Theater
Adenauer Straße 67/68.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Ungerade Tage.
Der Deserteur.
Die kausche ToINETTE. — Cousin Pamponette.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

BOLOGNISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubfessel.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Anfang 8 Uhr.

La Traviata.
Anfang 8 Uhr.

Die Herren Söhne.
Vollständ. in 3 Akten von Wallfer und L. Stein.
Sonntag 8 Uhr: Maria Stuart.
8 Uhr: Der Mann mit der eisernen Maske.
Montag: Gefallene Engel.
Voranzeige. Am 23. September erste Opernaufführung: Die weiße Dame.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Jägermeisterin.
Vollständ. nach dem Dänischen in vier Akten von Charlotte Eberhard.
Sonntag: Die Jägermeisterin.
Nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: Die Grille.

Apollo Theater
8 Uhr: Die vollständig neuen Spezialitäten.
9 Uhr 15: Séverin
in Conscience, Fantomime in 4 Akten.
Wurde 600 mal in Paris, 2 Jahre lang in Amerika, Monate hindurch in Wien ujm. mit beispiellosem Erfolg aufgeführt.

Metropol-Theater.
Sonnabend, d. 18. September
Zum erstenmal:
Halloh!!
Die große Revue!!
Humorist.-satir. Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Willy Bishop.
Madge Lessing. Fritz Massary.
Jos. Giampietro. Guido Thielscher.
K. Pianna. M. Kettner.
Ida Perry. W. Bishop usw.
Beginn präzise 7 1/2 Uhr.
Sämtliche Plätze sind vergriffen.

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. U. 4. 5083.
Die erfolgreichsten Sach-Komödien. Zum 75. Male:
Meine-Deine-Tochter
Zum 50. Male:
Frau Elstams Friseur
mit Anton und Donat Fernschel.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Waldbergsweg 19-20, Rosent. Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen September-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Lustspiel in 3 Akten von Leo Waller Stein und Ludwig Heller.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Montag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165 (Pechorpalast).
Ohne Extra-Entree! „Kio!“ Das japanische Rätsel.
Täglich 7 1/2 Uhr abends x Sonntags 2 Vorstellungen.
Humoristische Künstler-Abende.
Signor Arturo, Entfesselungskünstler.
Arturos Zauberland.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Deute Sonnabend: 2. Elitetag.
Gratis-Verlosung von 6 Damen- und Herrenbüchern.
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Großer Jubel und Trubel.
Festveranstaltung des rühmlichst bekannten Schorlich Ehrengrubers mit seiner Truppe aus Wländen.
Extra stark gebraut. Bier v. d. 25 bayer. Maß in fern. Anf. 6 U. Saison. hab. v. Gältigkeit. Entree 50 Pf.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Wieder die ersten.
Union-U. T. Theater
Alexand.-Platz. Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänzend rezensiert.
Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Zirkus Busch.

XV. Saison!
Sonnab. 18. Sept. abds. 7 1/2 U.
Gr. Gala-Vorstellung!
Vorführung der althistorischen isländ. Sportspiele und Künste der Selbstverteidigung (Glima).
Ferner Hr. Georg Burckhardt-Football, Schirolter, auf dem nordr. isländ. Wallach „Boy“, 4 Gebr. Karolla, ung. Reikunstl. Signor Alfonso. Die Omatos. Clown François als Kunstreit. Fr. Wardia Beketow, Schulreit. Herr E. Schumann, Nordr. und das große Gala-Programm.
Sonntag: 2 gr. Galavorstellungen, nachm. 4 U. u. abends 7 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Entel Sohn
Cohn Sohn
Entel Sohn
Cohn Sohn
Entel Sohn
Cohn Sohn
Sonntag 4 Uhr: Familie Stinkert.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenfelder Tor.
Große Extra-Vorstellung!
Ein Sohn des Volkes.
Vorher: G. Reich, Vermandl-Kunstl.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.
Sonntag nachm. 4 1/2: Inker Leopold.

Königstadt-Kasino.
Dagmarstraße 72.
Tägl. Theater u. Spezial-Vorst.
Wiederholung von Franz Sobanski.
Neu! Hedy Bramieu, Froy Salband, Ernst Kleinert, Mstr. Ledini, der Bluffe Ledinsow, Roth Roffy u. Familie Schmidt.
Originalposse in einem Akt.

Volksgarten-Theater
Badstr. 8, Gesundbr., Bollermannstr.
Nur noch einige Tage!
Gente Sonnabend ringen:
Peterson gegen Legomeo.
Schwarz gegen Laurent le Roucher.
Michailoff gegen Schiblski.
Entscheidungskampf:
Apollon la Colasse gegen Peterson.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Der Verschwender.
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wandt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorzugskarten haben nachmittags Gältigkeit.
Entree 15 Pf.

A. B. Koch
Kohlen-Brickgroßhandlung
Gegründet 1893.
Hauptkontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(gegenüber Warschauer Straße).
Fernspr. Amt 7 Rr. 3040 u. 3005.

Fagerplätze u. Verkaufsstellen
I. O. 34. Ostb. Güterbahnhof, Ring, Mühlendörfer Str. 71.
fr. Ostbahnhaf.
II. O. 17. Ostb. Güterbahnhof, Prandstr. 13.
III. Weihenstr. Güterbahnhof, Greifswalder Straße 80a.
IV. N. 58. Weidenstraße 28-34, Ecke Schivelbeiner Straße.
V. N. 65. Antonstraße 36-41, Ecke Mühlendörferstraße.
Preise für nur 1a Marken ab Platz von 10 Str. an:
Primo Halbheine
Ferdinand Str. 88 Pf.
Halbheine Elm. Str. 95 Pf.
Ferdinand-Weil. Str. 90 Pf.
Anna und Waldmännchen Str. 97 Pf.
Pflaumerstraße Str. 99 Pf.
In Diamant-Bazon gleichmäßig schneit (fr. Str. 110-120 Str.) Str. 105 Pf.
Tüte u. Inhalt.
Kohlenwerke Str. 105 Pf.
In Anthrazit-Cade Str. 230
Kohle, Holz, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- u. Konventionenpreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalmarken und größeren Abgängen bestanden Sie meine Spezial-Offerte.

3 M. auf Kredit
1 Kleiderschrank, 1 Vertiko,
1 Bettstelle mit Matratze,
1 Sofa, 1 Waschtisch,
1 Kommode, 1 Kleiderschrank.
Von 8 M. Anzahlung an:
1 einfache Zimmer-Einricht.
Von 15 M. Anzahlung an:
1 Wohnzimmer mit Küche.
Von 20 M. Anzahlung an:
1 komplette Einrichtung.
Spezialität:
Schlafzimmer, Wohnzimm., kompl. Küchen.
Kleines An- und Abzahlungen.

M. Glogau
Alte Jakobstr. 73
Ecke Rodstraße und Dresdenstr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Aufstreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Von der Waisenbrücke.
Am Sonntag, den 19. September 1909:
Auf vielseitigen Wunsch

nach **Neu-Zittau**. Abfahrt: 10 Uhr vormittags.
Fahrpreis hin und zurück 75 Pf., Kinder 40 Pf.
Reederei Kahnt & Hertzner.

Blitz-Schnell kommt man zu Weingarten,
Gitschiner Straße 72,
im Hause der Hochbahn-Station Pringens-Strasse.
Empfehlen **Riesenauswahl** durch kolossal billig. Einkauf:
Anzüge von 10, 12, 15, 18, 20 M., prima, Ersatz für Maß.
Winterpaletots u. 8, 10, 12, 15, 18, 20, 22 M., prima, Ersatz f. Maß.
Winterjoppen von 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22 M., prima.
Hosen von 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22 M., prima.
Abteilung in Monats-Garderoben.
Jeder Käufer erhält bei Einkauf eines Kleidungsstücks 5% Rabatt.
Fahrgeld wird vergütet! nur Gitschiner Str. 72, Laden!
Bitte auf Hausnummer zu achten!

**Paul Drenke Nachfolger
Otto Berlett**
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfehlen sein großes Lager in
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse
des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules
tragen.



Unverwundbar
Leistungsfähigkeit.
Allein-Vorkauf.
Sehr starkes Leder
mit Zwirnketten in
grauen und braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Band aus
einem Stück
gearbeitet, wodurch
besondere Haltbarkeit
bedingt ist. Sehr feste
Kappnähte mit
starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Mannes-Größe
4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 11
Or. Frankfurtstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis u. franko.
Nachdr. verboten

**Auf
Kredit**

Herren-Anzüge
Paletots, Ulster
nur mod. Fassons
in jeder Preislage.
Anzahlung **5** Mark
von **5** an
Damen-Konfektion
Kostüme, Paletots
Röcke und Blusen
— nur Neuheiten —
in größter Auswahl
Anzahlung **3** Mark
von **3** an
erhält jedermann
bei **M. Wocher**
nur bei

**M.
Glogau**
Alte Jakobstr. 73
Ecke Ross- und
Dresdener Str.

Achtung!
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen des Stiftungsfestes werden heute auf allen Jahreshellen die
Beiträge von 7-9 Uhr entgegengenommen.

Bekanntmachung.
Orts-Krankenkasse
für den Amtsbezirk
Tegel
mit Ausschluß von Pflanzsee.
Außerordentliche
General-Versammlung
wird anberaumt auf
Montag, den 27. September 1909,
abends 8 Uhr,
nach dem Trappchen Scale (Zah.
Ganzen), Bahnhofsstraße 1/2.

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über Verrückung
des § 31 des Statuts betreffend
Erhöhung der wöchentlichen
Beiträge von 84 auf 4 Proz. des
jährlichen Tagelohns.
2. Beschlußfassung über Verrückung
des § 42 des Statuts betreffend
eine Aufschüßung an die Vorstands-
mitglieder.
3. Vorlegung des vom Vorstande
mit dem Herrn Dr. med. Fischer,
Wellen, Viktorstr. 1a, abgeschlossenen
Vertrages bezügl. Anstellung als
Kassenarzt und Genehmigung des-
selben gemäß § 57, Ziffer 8 des
Statuts.
Die geehrten Herren Vertreter
werden hiermit ergebenst eingeladen.
Tegel, den 14. September 1909.
Der Vorstand.
(Geg.) Oswald Witt,
Vorstand.
(Geg.) Wilh. Pahlow,
Schriftführer. 277/17

Von der Reise zurück
Dr. med. Paula Rosenthal,
Calvinstr. 23. 103/10

Achtung!
Zu der Vermählung
unserer Genossen und Be-
zirksführers
Ernst Großmann
die besten Glückwünsche.
Die Genossen des 343. Bezirks.
Unsere Freunde und Genossen
Emil
zu seinem 30. Geburtstag ein drei-
fach domnendes Hoch!
Mensch' gehite taufe?

Allen Bekannten die traurige
Nachricht, daß mein lieber Mann und
guter Pflegevater, der Steinträger
Ludwig Kohlstädt
nach langem, schwerem Leiden am
15. d. Mts. sanft entschlafen ist.
Mit stiller Teilnahme bitten
Frau **Klara Kohlstädt**,
Max Balzer und **Familie**.
Die Beerdigung findet heute,
nachm. 4 Uhr, auf dem Zentral-
Friedhofe, Friedrichsstraße, statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und Vaters sagen wir
allen, besonders den Kollegen der
A. G. O., Schlegel- und Uferstraße,
sowie der Sportlichen Verbindung
„Teutonia“ meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Klara Hübcher und Sohn.

Dankfagung.
Allen Freunden, Bekannten, Ge-
nossen, sowie dem Wohlvorstand und
den Vertretern der Armen-Kom-
missionen sprechen wir hiermit für
die rege Beteiligung und Kranz-
spenden unseren herzlichsten Dank aus.
Familie Frank.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Wilmsdorf.**
Am Dienstag verschied nach
langer, schwerer Krankheit unser
Mitglied, der Genosse
Ernst Grix.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. d. Mts., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedrichs-Friedhofes, Berliner
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
203/5

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Former
Anton Jenicke
am 16. d. Mts. an Lungenerleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 20. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedrichs-Friedhofes in
der Müllerstraße, Ecke Seefstraße,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
123/1 Die Ortsverwaltung.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer Verein.**
Mitgl. des Reichs-Radfahrerbundes
„Solidarität“.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse der 10. Mts.
Georg Glockemeier
Röhlfenstr. 72
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. September,
nachmittags 5 Uhr, auf dem An-
dreas-Kirchhof in Wilhelmshagen
statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.
11/19

Tischler-Verein zu Berlin
E. M. No. 80.
Hierdurch die traurige Nachricht,
daß unser Mitglied, der Tischler
Friedrich Ring
Brandenburgstr. 65 wohnhaft, am
15. September im Alter von
63 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen und Jerusalem-
Kirchhofes, Bergmannstr. 45/47,
aus statt.
199/7
Der Vorstand.

**Zentral-Verband
der Steinarbeiter.**
Filiale Berlin.
Am 16. September starb unser
Kollege
Adam Knecht
nach fast 1 1/2-jähriger Erwerbs-
unfähigkeit im Alter von 83 Jahren
an der Brustkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. September,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Waldhofs-
Kirchhofes, Südende, Marienbühl,
aus statt.
172/9
Häufige Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-
verein der Schmiede und ver-
wandten Gewerbe Deutschlands.**
Zahlstelle Charlottenburg.
Donnerstag vormittags starb
nach langen, schweren Leiden unser
langjähriges Mitglied
Gustav Preuß.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. September,
nachmittags 2 1/4 Uhr, vom Süd-
west-Kirchhof (Stahnsdorf) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
288/12 Die Ortsverwaltung.
Treffpunkt 2 1/2 Uhr bei Schulz,
Kaiser-Friedrichstr. 69.

**Verband der Maler,
Fotierer, Anstreicher usw.**
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Maler
Paul Fix
am 15. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. d. Mts., nachmittags
2 1/4 Uhr, vom Trauerhaus,
Pringens-Allee 3, nach dem Fried-
hof in der Bornigstraße statt.
129/14 Die Ortsverwaltung.

Persil
Das Beste und vollkommenste selbsttätige
Waschmittel
von hoher Unverwundbarkeit, geradem, wunderbarem Wasch- und
Reinheitskraft. Wäscht die Wäsche von selbst in
starkem bis einhaltendigem Kochen, macht sie rein und
bleich weiß, frisch und duftig wie von der Sonne
gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und
Soda sind entbehrlich, daher ganz enorme Ersparnis
an Zeit, Arbeit und Geld. Garantiert unschädlich
bei jeglicher Anwendung. Pakete à 15 und 65 Pfg.

Dixin
Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichtes
Seifenpulver. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von
Säure und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen,
da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die
Wäsche wird schneeweiß und erhält den frischen Geruch der
Raschlichte. Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleich-Soda
In Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester
Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einweichen oder Einweichen der
Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengeschirr und
Holzgeräten etc.
Oben genannte 3 Artikel in allen ein-
schlägigen Geschäften zu erhalten.
Kleinige Fabrikanten: Henkel & Co. Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.**

**Herrenzimmer 100 Musterzimmer Salon und
Speisezimmer Schlafzimmer**
Katalog gratis stehen zur gefälligen Ansicht ohne Kaufzwang
bereit im **Fabriklager** des Tischlermeisters **Julius Kiwy, Chausseestrasse 59.**
Katalog gratis



König-Strasse 25-26
Ecke Kloster-Strasse

Eröffnung: Heute Sonnabend

Die Firma STILLER beehrt sich, die Errichtung dieser neuen 5. Verkaufsstelle ihrer weit und breit bekannten Schuhwaren hierdurch ergeb. anzuzeigen. In diesem neuen Zweiggeschäfte werden die allgemein gewürdigten Vorzüge der STILLER'schen Geschäfte selbstverständlich auch anzutreffen sein. Diese neue Verkaufsstelle ist

das grösste Schuhwaren-Etablissement Deutschlands

und zeichnet sich durch die Zweckmässigkeit seiner Einrichtungen, die der Bequemlichkeit für die geschätzte Kundschaft dienen, ganz besonders aus. Die Leistungsfähigkeit von STILLER'S Schuhwarenhaus, als dem bedeutendsten Geschäft dieser Art in Deutschland, wird auch ferner unübertroffen bleiben.

Stiller



SW., Jerusalemerstr. 38-39
W., Friedrichstrasse 75
□ Gegründet 1867 □

W., Potsdamer Strasse 2
W., Taubentzenstrasse 19a
□ Gegründet 1867 □

Partei-Angelegenheiten.

Borghagen - Rummelsburg. Am Sonntag, den 19. Sept., findet eine Agitation nach Rittersdorf-Kollberge statt.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 19. September, findet eine Flugblattverbreitung im Landagitationsbezirk statt.

Frederdsdorf-Petersdörfen. Sonntag, den 19. d. Mts.: Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich 8 Uhr im Lokal von Max Gize, Frederdsdorf, zu sein.

Schneidendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonntag, den 19. September, feiert der Wahlverein sein Volksfest im Lokale von Pösch unter Mitwirkung der „Freien Sänger“ von Königs-Wusterhausen.

Rittersdorf-Kollberge. Am Sonntag, den 19. Sept., findet im „Gasthaus zur Linde“ (Zsh. Grewe), Heintzstr. 19, eine Volksversammlung statt.

Schöneiche und Umgegend. Am heutigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im Waldschloß Schöneiche die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 19. d. Mts., findet eine Flugblattverbreitung in den Außenbezirken statt.

Berliner Nachrichten.

Schwindelkrankenkassen.

Trotz wiederholter Warnungen vor Schwindelkrankenkassen erhalten wir fortgesetzt Beschwerden über die Geschäftspraxis dieser Kassen, die dahin geht, sich durch alle möglichen Ausreden den Unterstützungsverpflichtungen zu entziehen.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Polizeibehörden dieser Betrügergesellschaft mehr, als sie das schon ohnehin tut, auf die Finger sehen wollten; andererseits aber sollte auch das Publikum vorsichtiger mit dem Beitritt zu solchen Schwindelkassen sein.

Vom Polizeihund werden die wunderbarsten Dinge berichtet. Namentlich eine Woge vergeht, ohne daß ein selbstiger Ermittlungsfall in denjenigen Mittern steht, welche zu polizeilichen Kreisen enge Beziehungen unterhalten.

„Die Neue Zeit“ ist gestern nicht erschienen. Voraussichtlich wird dieselbe heute im Laufe des Tages in der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe gelangen.

Enblich. Der Magistrat von Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, für die Werktattdarbeiter der städtischen Wasserwerke vom 1. Oktober dieses Jahres ab die neunstündige Arbeitszeit an Stelle der zehnstündigen einzuführen.

Wider die Geldspielautomaten. Nach amtlicher Bekanntmachung werden die Anlagenebetenden in Zukunft alle diejenigen Spielautomaten als Glücksspiele behandelt, an denen sich mehrere Gewinnfächer befinden, die in der Reihenfolge der Verlustfächer abwechseln, sofern die Möglichkeit besteht,

daß das Wurfgeschöß beim Verfehlen eines Gewinnfaches durch Anprall an Stifte usw. abgelenkt und dadurch in ein anderes Gewinnfach geleitet wird, also denjenigen Gewinn, den es vermöge Geschicklichkeit des Spielers nicht einbrachte, durch den Zufall einbringen kann.

Ein Gläubiger. Es wird berichtet: Am vergangenen Sonntag zwischen 12 und 1 Uhr nachmittags erschien ein unbekannter Mann im Krankenhaus Bethanien mit einem kleinen Knaben und bat um dessen Aufnahme.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich in der vergangenen Nacht auf dem Bülowplatz zugetragen. Der Kaufmann Ernst Kalowski, Bankstr. 40 wohnhaft, hatte einen Wagen des Straßenbahnringes 5 benutz, um nach Schöneberg zu fahren.

Der Abschiedsbrief einer Lebensmüden. Aus dem Zogeler See wurde gestern die Leiche einer Selbstmörderin gelandet, in der man die 24jährige Krankenpflegerin Anna Kessel aus der Liesenstr. 13 ermittelte.

Befestigung wurde gestern wieder einmal ein alter Zinten-spritzer, der Arbeiter Friedrich Kreyfuss, der mit seiner Frau in der Charlottenstraße in Behrensee wohnt.

Bei einem Selbstmordversuch wurde eine Einbrecherbande. Ein Einbrecher Wilhelm Fidenwirt hatte nachts mit Spiegeleisen im „Elysium“ in der Kommandantenstraße „ein Ding gelehrt“.

Der Drahtkutschker, welcher Donnerstag nachts 12 1/2 Uhr zwei Personen vom Kottbusser Damm nach dem Mariendorfer Weg gefahren hat und statt einer Mark ein Zwanzigmarkstück erhielt, wird gebeten, da es einen Arbeiter trifft, den Reisetrag beim Restaurateur C. Siefel, Mariendorfer Weg, Ede Germania-Straße gegen Belohnung abzugeben.

Zeugen gesucht. Personen, die Zeugen des Unfalls waren, der sich am 10. Juni d. J. abends zwischen 6 und 7 Uhr auf der Treppe des Bahnhofs Landberger Allee ereignete, wobei ein Arbeiter neben anderen Verletzungen einen Armbruch erlitt, werden gebeten, ihre Adresse an August Hunsche, Bankstr. 85, Portal III, 3 Treppen rechts, zu senden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtvorordnetenversammlung. Am Donnerstag fand die erste Sitzung nach den Ferien statt. Stadtvorordnetenvorsteher Sander begrüßte die Versammlung und widmete darauf dem verstorbenen Stadtvorordneten Genossen Ostermann einen die Verdienste des Verstorbenen hervorhebenden Nachruf.

Zu dem am 20. und 21. d. M. hier stattfindenden Brandenburgischen Städtetage werden delegiert die beiden Vorsteher Sander und Wögele sowie die Stadtv. Rosenow und Wögele (Sog.).

Die Veränderung von Baufluchtlinien in der Barthelstraße am Barthelplatz wurde genehmigt, ebenso die Regulierung der projektierten Straße 12c (verlängerte Finowstraße).

Ueber die gegen die Richtigkeit der Stadtvorordnetenwählerliste erhobenen Einwendungen referierte namens des Wahlausschusses Stadtv. Koye: 43 Beschwerdeführer sind, weil irrtümlich fortgelassen, ohne weiteres nachzutragen; 12 Einsprüche sind unbegründet, weil die betreffenden Wähler in der Liste enthalten sind, nur daß sie am Tage einer inzwischen verlassenen Wohnung ständen; 68 Personen müssen abgewiesen werden, weil wegen Steuern fruchtlos gepfändet, dergleichen einige aus diversen Gründen.

Mariendorf-Südende.

Am Dienstag, 28. September, mittags 12-7 Uhr findet die Ersatzwahl eines Gemeindeverordneten für die dritte Wählerklasse statt.

„Was fordern wir von der Gemeinde?“ lautete das Thema, über das Gemeindevorsteher Genosse Reichardt in der letzten Wahlvereinsversammlung referierte.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion ergänzte der Gemeindevorsteher Genosse Weber die Ausführungen des Referenten. Genosse Friedrich Günther wurde als Kandidat für die dritte Wählerklasse aufgestellt.

Rummelsburg.

Berlin wider Rummelsburg.

Am hundert Mark halber soll die Gemeinde Rummelsburg vom 1. Oktober d. J. ab den bereits seit 1865 innehabenden sehr beliebten großen Spiel- und Erholungsplatz an der Schlachtallee und Prinz-Albertstraße verlieren. Die Stadt Berlin, der dieses Gelände gehört, verlangt von der Gemeinde Rummelsburg als Pachtzins statt der bisher gezahlten 500 Mk. den für dieses Terrain jetzweilig zu zahlenden, der Grundwertsteuer gleichkommenden Betrag (zurzeit 1888 Mk.) als Pachtzins.

die sonstigen notwendigen Einrichtungen, welche die Gemeinde selbst geschaffen hat, allein für die Gemeinde einen Wert von mehreren tausend Mark ausmacht, so kann und darf für den Gemeindevorstand die Hundert Mark mehr betragende Pacht nicht ausschlaggebend sein.

Stralsund.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde nach einem Bericht des Genossen Kischendorf über die letzte Kreisgeneralversammlung Genosse Wessel als Kandidat für die Gemeindevertreterwahl in Vorschlag gebracht. Das Sommerfest hat einen Ueberschuß von 174,80 Mark ergeben.

Ober-Schönheide.

Gemeindevertreterwahl. Die höhere Mädchenschule ist als Lehranstalt der Verordnung des Jahres 1908 erachtet und unter die Aufsicht des Provinzialschulkollegiums gestellt worden. Den Lehrkräften am Realgymnasium sind in den Anstellungsverträgen die Gehaltsbezüge der staatlichen Lehrkräfte zugesichert; in Verfolg der Aufbesserung der letzteren werden ab April 1908 ihre Dienstbezüge entsprechend aufgehoben. Ein Antrag unserer Genossen, die Festsetzung des erhöhten Lohnzuschusses bis zur Beratung der beantragten Neuordnung der Bezüge der Volksschullehrerschaft zu verlagern, wurde abgelehnt und die Erhöhung um 100 M. nach dem Vorschlage des Kuratoriums beschlossen. Genosse Grunow rügte, daß der Schulvorstand zu den Anträgen der Volksschullehrer und Lehrerinnen noch keine Stellung genommen habe, trotzdem dieselben schon geraume Zeit vorliegen. Die Abrechnung des Hauses für die 4. Gemeindegemeinschaft lag vor. Nach derselben sind für den Bau inklusive Grunderwerb und innerer Einrichtung 352 088,67 M. aufgewendet worden. Gegen den Voranschlag ist eine Ersparnis von 63 633,93 M. eingetreten. Wenn auch die Realisation etwas reichlich gewesen sein mag, dürfte zu einem guten Teile der Umstand mit dazu beigetragen haben, daß sämtliche Arbeiten in Einzellosen von der Gemeinde direkt an die einzelnen Unternehmer vergeben wurden, wodurch ein gut Teil Unternehmergewinn absorbiert wurde. Für Verbesserung des Feueralarmwesens werden 4200 M. gefordert. Nachdem von mehreren Seiten die Unzulänglichkeit der geplanten Aenderung bemängelt wurde, stellte man die Angelegenheit bis zu der in Aussicht stehenden Einführung des Nachsprechbetriebes zurück. Um den Kindern, welchen ein erhebliches Ansehen der häuslichen Schularbeiten infolge schlechter Wohnungsverhältnisse oder aus anderen Gründen nicht möglich ist, unter Aufsicht von Lehrpersonen in gut durchdachten Räumen dazu Gelegenheit zu geben, sollen in der neu erbauten Schule an der Frischenstraße Räume täglich 2-3 Stunden bereitgestellt werden. Die dabei tätigen Lehrpersonen erhalten die für den Unterricht an der Fortbildungsschule maßgebende Entschädigung, zwei Mark pro Stunde. Die Mittel hierzu wurden bewilligt. — Die Befestigung der verlängerten Frischenstraße um die evangelische Kirche wurde beschlossen. Wegen des Kostenbeitrages der Kirchengemeinde bestehen Differenzen, welche jedenfalls im Prozeßwege erledigt werden müssen. Genosse Grunow brachte hierbei zur Sprache, daß das Fortfallen der Bürgersteige an den Straßen und die katholische Kirche eine Unterlassung sei, welche geeignet ist, eventuell Unglücksfälle herbeizuführen. Vom Bauamt wurde erklärt, daß der Kirchengemeinde leider das Recht zustünde, mit den Schmutzanlagen bis an die Straße heranzugehen. — In gemeinsamer Sitzung wurde einem Verträge mit der Benzinlagerungsgesellschaft betr. Verkauf von Gemeindegut zugestimmt. — Dem Gemeindevorstand wurde gegen eine starke Minorität eine Bauprämie von 1000 Mark zugesprochen.

Hoffen.

Am heutigen Abend veranstaltete die „Freie Turnerschaft“ im Lokale von R. Kurzner ihre diesjährige Rekrutenabschiedsfeier. Das Programm der Feier ist ein reichhaltiges, weshalb den Parteigenossen anheimgestellt wird, den Turnverein, der zu Arbeiterfestlichkeiten stets mitgewirkt hat, durch ihren Besuch zu unterstützen.

Königs-Wusterhausen.

Die Gemeindevertreterwahl vom Dienstag wählte in die Vorschlagskommission die Herren Brunner, Grünler, Partel, Staedt und Wehler; als Vertreter: Bergmann, Dr. Deuß, Rasche, E. Schatte und Schiede. Die Stelle des Nachwärters für Neue Wähle muß ausgefüllt werden, da die Gemeinde Niederlehme einer gemeinsamen Bestellung eines Wärters für beide Orte nicht zustimmte. Das jährliche Gehalt beträgt 600 M., wozu noch 100 M. für andere Dienste kommen. Das Gehalt des Nachwärters beträgt also gerade so viel, wie die jährliche Gehaltszulage des Gemeindevorstehers. — Ferner wurde bekannt gegeben, daß die zweite Brücke über den Rottekanal (Kosten 42 000 M.) genehmigt sei und die Eisenbahnverwaltung sich bereit erklärt habe, 750 M. zu den Kanalisationskosten beizusteuern, wofür die Gemeinde das unter dem Tunnel sich sammelnde Regenwasser aufnehmen muß. Die Gemeinde forderte circa 2000 M. Eine Abstimmung darüber erfolgte nicht.

Bernau.

Ein Automobilunglück ereignete sich vor einigen Tagen auf der Eberwalder Chaussee. Der Automobilingenieur Aug. Schmidt aus Berlin befand sich mit seiner Ehefrau auf einer Fahrt nach Pommeren, als plötzlich auf der Chaussee hinter Bernau aus einem Walde ein Reh unmittelbar vor den Kraftwagen sprang. Schmidt, welcher den Wagen führte, wollte das Tier nicht überfahren, bog in den neben der Chaussee laufenden Sommerweg und fuhr dabei mit solcher Wucht gegen einen Chausseebaum, daß sich der Kraftwagen überschlug. Frau Schmidt wurde in einem großen Bogen in ein Kartoffelfeld geschleudert, während der Herrmann Schmidt unter den Wagen zu liegen kam. Beide Verunglückte wurden nach Bernau gebracht, wo ein sofort hinzugerufener Arzt Quetschungen, Muskelzerrungen und einige Schnittwunden der Eheleute feststellte. Das Automobil wurde gänzlich zertrümmert.

Der Bildungsausschuß veranstaltet einen Vortragszyklus über: „Geschichte der neueren Zeit“ im großen Saale des Schützenhauses. Der erste Vortrag beginnt am Dienstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr. Vortragender ist Genosse Dr. Max Schütte. Karten für die ganze Serie sind bei den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären zu haben. Es wird ersucht, für recht rege Agitation Sorge zu tragen. Der Bildungsausschuß.

Reinickendorf-Ost.

Wir machen die Parteigenossen und Genossinnen darauf aufmerksam, daß heute, Sonnabend, abends 8 Uhr beim Genossen Gründer, Poppestr. 24, eine Jugendversammlung stattfindet, zu der auch Gäste herzlich willkommen sind. Wir bitten alle proletarischen Eltern, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter zur Teilnahme an dieser Versammlung zu veranlassen. Der Jugendauschuß.

Tegel.

Der Arbeiter-Schwimmverein Tegel hält am morgigen Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Pieperschen Badeanstalt eine Schwimmvorführung ab. Freunde des Sports sind willkommen.

Notawales.

Die Abnahme der Jahresrechnung der Gemeindegasse für das Jahr 1907 fand in der letzten Gemeindevertreterwahl statt. Wie der Redner hervorhob, haben unter den Einnahmen die Baugebühren ein Plus von 3087 M. gegenüber dem Voranschlag ergeben. Der Titel Gewinnanteile von Erwerbsgesellschaften verzeichnet ein Soll von 8000 M. und ein Ut von 7533 M. Von den Charlottenburger Wasserwerken hat die Gemeinde 1068 M. d. h. ein Mehr von 400 M. erhalten, welche Summe sich in den nächsten Jahren durch die Kanalisation noch steigern wird. Die Erträge aus dem Gemeindegarten haben ein Mehr von 4048 M. bei der

Abnahme der Jahresrechnung der Gemeindegasse für das Jahr 1907 fand in der letzten Gemeindevertreterwahl statt. Wie der Redner hervorhob, haben unter den Einnahmen die Baugebühren ein Plus von 3087 M. gegenüber dem Voranschlag ergeben. Der Titel Gewinnanteile von Erwerbsgesellschaften verzeichnet ein Soll von 8000 M. und ein Ut von 7533 M. Von den Charlottenburger Wasserwerken hat die Gemeinde 1068 M. d. h. ein Mehr von 400 M. erhalten, welche Summe sich in den nächsten Jahren durch die Kanalisation noch steigern wird. Die Erträge aus dem Gemeindegarten haben ein Mehr von 4048 M. bei der

Spandau.

Gewerbegericht. Der Kürber Kamisch klagt gegen den Inhaber einer künstlichen Blumenfabrik Steinhoff wegen circa 800 M. Kläger war beim Beklagten gegen einen Wochenlohn von 40 M. beschäftigt und außerdem soll ihm noch 1/2 Proz. des Jahresumsatzes versprochen sein. Der Beklagte ist durch seine Buchhalterin vertreten, die einwendet, daß ihm 1/2 Proz. nur versprochen sei, wenn er bis zum Jahre 1917 im Geschäft bleibe. Das Geld sollte aus der Sparkasse angelegt sein. Da Kläger weiter keine Beweise für seine Abmachung hatte, so schob er dem Beklagten den Eid zu. Dieser wurde angenommen und soll in der nächsten Sitzung geleistet werden. Die übrigen Sachen sind von geringerem Interesse. Eigentümlich berührte es, daß der Arbeitgeberbesitzer, Köpfermeister Kuhlmeß, das Wort zu führen schien. Dies geschah dann mitunter in einer derartig fortdalen Art und Weise, daß man gar nicht glaubte, sich in einer Gewerbegerichtsverhandlung zu befinden.

Der Turnverein Freie Turnerschaft hat am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokale von Gottwald sein Winter-Inturnen. Gäste können demselben ohne Eintrittsgeld beizuwohnen. Ferner feiert derselbe Verein am Sonnabend, den 25. d. M., im Lokal von Goldorf, Seeburger Str. 26, sein 6. Stiftungsfest verbunden mit Rekrutenabschiedsball.

Gerichts-Zeitung.

Ein ungetreuer Nachlasspfleger

Mußte sich gestern in der Person des früheren Gerichtsssekretärs Wilhelm Börnide unter der Anklage der Untreue vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II verantworten. — Am 15. November 1903 verstarb die in Schönberg wohnhaft gewesene Rentiere Behtmann unter Hinterlassung eines etwa 120 000 M. betragenden Vermögens, welches zum größten Teil in Wertpapieren angelegt war. Zum Nachlasspfleger wurde von dem Amtsgericht Schönberg der jegliche Angeklagte verpflichtet. Auf eine Anfrage des Rechtsvertreters der Erben, erwiderte der Angeklagte nach längerer Zeit, daß er von dem hinterlassenen Kapital die Summe von 10 800 M. für den Erbschaftsteuerstempel entnommen und in mündelsicheren Papieren angelegt habe. Im Januar d. J. wurde B. von dem Erbschaftssteueramt aufgefordert, den Stempel zu bezahlen. Er reagierte jedoch nicht auf diese Aufforderung, so daß die Steuerbehörde gegen ihn, da er als Nachlasspfleger haftpflichtig war, die zwangsweise Beitreibung einleitete. Die bei B. vorgenommene Zwangsvollstreckung blieb fruchtlos. Runneher nahm die Staatsanwaltschaft die Sache in die Hand und leitete das jegliche Strafverfahren gegen B. ein. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte den Stempelbetrag von 10 800 M. zu seinem Nutzen verwendet hatte. Börnide wurde verhaftet und sah mehrere Monate in Untersuchungshaft. Er behauptete von Anfang an, daß er durch unglückliche Familienverhältnisse in große Verwirrung geraten sei und sich völlig dem Trunk ergeben habe. Hierdurch sei er in einen Zustand geraten, in dem er nicht mehr gewußt habe, was er tue. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Max Kantorowicz wurde B. zur Untersuchung seines Geisteszustandes der Irrenanstalt Dalldorf überwiesen. Der als Gutachter geladene Professor Dr. Liebmann bekundete vor Gericht, daß man sehr im Zweifel sein könne, ob der Angeklagte nicht in einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit gehandelt habe. Der Verteidiger hielt nach diesem Gutachten die Freisprechung des Angeklagten für geboten, da nach einer Reichsgerichtsentcheidung der bloße Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit eines Angeklagten eine Verurteilung ausschliesse. Das Gericht setzte sich jedoch in Gegensatz zu dem Gutachten des Sachverständigen und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten, die aber durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.

Einen nächtlichen Kampf mit einem Einbrecher

hatte der Buchhalter Alois Wagner zu bestehen, der gestern als Zeuge in einer Strafsache gegen den Schlosser Wilhelm Raujock vor der Strafkammer erschien. Wagner hatte am Abend des 14. Juni d. J. an einer Vereinsfestlichkeit teilgenommen und langte erst gegen 2 Uhr nachts wieder in seiner am Halleschen Tor gelegenen Junggelellenenwohnung an. Es fiel ihm nicht weiter auf, daß die Korridortür, die er vorher ordnungsmäßig verschlossen hatte, nicht mehr zugeschlössen war. Während er sich auskleidete, vernahm er plötzlich ein Geräusch. Im nächsten Augenblick stürzte ein Mann auf ihn zu, der sich bis dahin hinter den Fenstervorhängen versteckt gehalten hatte. Wagner wurde von dem Einbrecher, der mit einem Stemmisen auf ihn losstürzte, in ein weißes Handgemenge verwickelt. Der Kampf dauerte mehrere Minuten lang, wobei es B. gelang, dem Eindringlichen die Finger in die Augen zu stoßen, so daß dieser geknickt war. Inzwischen

waren durch die Hilferufe des B. und das durch den Kampf verursachte Geräusch Hausbewohner wach geworden. Diese mußten erst die Türöffnung einbringen, um zu den immer noch kämpfenden zu gelangen. Der Einbrecher wurde überwältigt und festgenommen. Auf der Polizeiwache wurde der Verhaftete als der vielfach vorbestrafte jegige Angeklagte Raujock festgestellt. Mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten und sein überaus gewalttätiges Vorgehen erkannte die Strafkammer auf drei Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Verfammlungen.

Die städtischen Parlarbeiter

hielten am Donnerstagabend eine Protestversammlung im „Englischen Garten“ ab. Sie sind entrüstet über die zahlreichen Entlassungen von Gärtnern und Arbeitern in der Parkverwaltung; sie fürchten weitere Entlassungen, die besonders die alten Leute treffen. Diese klagen über Günstlingswirtschaft in verschiedenen Revieren, über die Willkür der Obergärtner und über die Rücksichtslosigkeit, mit der sie behandelt werden. Der Lohn der Parlarbeiter ist sehr niedrig; die meisten erhalten die niedrigen Sätze von 3 M. bis 3,50 M. pro Tag; selten werden 4-5 M., die höchsten Sätze, die erst nach langjähriger Tätigkeit erreicht werden können, bezahlt. Der Stadtverordnete Gottfried Schulz erklärte in einer Ansprache an die Versammlung, daß er wiederholt über die Lage der Parlarbeiter mit dem Dezenten der Parkverwaltung, Bürgermeister Dr. Reide, gesprochen habe. Dieser habe ebenfalls die schlechte Lage der Arbeiter bedauert, aber erklärt, daß es an Mitteln fehle, Parlarbeiter vorzunehmen; immerhin versprach er, für die Bewilligung von Mitteln eintreten zu wollen. Schulz wies darauf hin, wie die Parlarbeiter als Stiefkinder der Verwaltung gelten, weil sie nach der engherzigen Auffassung vieler „Stadtväter“ nichts einbringen, sondern nur Geld kosten. Der gesundheitliche Wert und der Schmutz der Stadt durch die Parlarbeiter gilt solchen Stadtvätern nichts. Von der Stadt Berlin könne man auch verlangen, daß sie als Arbeitgeber vorbildlich sein sollte für jeden privaten Unternehmer. Statt dessen gibt man der städtischen Arbeiterschaft außerordentlich viele Gründe zu klagen. Schulz verbot, daß der geringe Einfluß, den unsere Genossen in der Stadtverwaltung haben, stets im Interesse der Arbeiter ausgebeutet werde, aber leider finde man nur selten ein Entgegenkommen bei den anderen Parteien.

In der Diskussion brachten die Arbeiter noch manche Beschwerden vor und beklagten sich bitter, daß es bei den hohen Beamten auf einige Tausend Mark Zulage im Gehalt jährlich nicht ankomme, bei ihnen aber jeder Pfennig genau berechnet werde, und wenn sie auch mit ihrem kärglichen Einkommen nicht zufrieden sein können, so sollten sie doch vor der plötzlichen Entlassung geschützt sein, denn vielen bleibt kein anderer Ausweg, als die Armenverwaltung um Unterstützung anzugehen.

Die folgende Resolution wurde von den Versammelten angenommen:

„Die heute, am 18. September 1909, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a, versammelten Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren auf das Schärffste gegen die in der letzten Zeit erfolgten, umfangreichen Arbeiterentlassungen. Die Versammelten bedauern, daß ihren wiederholten Anträgen:

„In Berücksichtigung der noch immer wirkenden Krise von Arbeiterentlassungen abgesehen,“

nicht stattgegeben wurde. Die Versammelten appellieren an das soziale Empfinden der städtischen Körperschaften, nicht angesichts des Winters Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen, die während des Frühlings und Sommers ihre Arbeitskraft der Stadtverwaltung widmeten, auf die Straße zu werfen und damit dem Hunger und Elend preiszugeben. Sie erwarten, daß die schon erfolgten Entlassungen rückgängig gemacht werden, oder die entlassenen Arbeiter in anderen städtischen Betrieben beschäftigt werden.

Die Versammelten beauftragen den Arbeiterausschuß, die vorliegende Resolution der Deputation der städtischen Garten- und Parkanlagen, sowie dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu überreichen.“

Vermischtes.

Zwölf Personen getötet. Aus Reggio di Calabria wird berichtet: In Biace ist in einer Werkstatt, in welcher heimlichweise Feuerwerkskörper hergestellt wurden, eine Bombe explodiert. Drei Häuser sind eingestürzt. Zwölf Personen wurden getötet und zwei verletzt. Die Behörden haben sich an den Schauplatz des Unglücks begeben.

Attentat auf einen Personenzug. Einer Meldung aus Kallutta zufolge wurde 57 Meilen von Kallutta auf einen Personenzug eine Bombe geschleudert. Das Dach des Postwagens wurde abgerissen, Personen wurden nicht verletzt.

Eine Explosion. Wie eine Meldung aus Wodslaw besagt, explodierte vorgestern Abend ein mit Kohöl gefülltes Erdreservoir der galizischen Kohöltransportgesellschaft. Das brennende Kohöl ergoß sich nach dem Dorfe Bania Kotowla und zerscherte 160 Hütten ein. Mehrere Personen erlitten Brandwunden. Der Brand wurde in der Nacht lokalisiert.

Brand eines Erdreservoirs.

Lemberg, 17. September. Der Brand des Erdreservoirs bei dem Dorfe Bania Kotowla (Lemberg) ist wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit entstanden. Im Dorfe sind nicht 160, sondern nur 12 Bauernhütten abgebrannt. Menschopfer sind nicht zu beklagen. Eine Abteilung Pioniere aus Przemysl wirft Erdwälle auf, um eine Ausbreitung des Feuers zu verhüten.

In großes Gefahr.

Aus Toulon wird gemeldet: Als der Schlepptanker „Jean d'Agreer“, der den Postdienst zwischen den Inseln d'Hyeres und Toulon (Mitteländisches Meer) versieht, auf der Rückfahrt nach Toulon begriffen war, schlugen wenige Meter von ihm entfernt mehrere Geschosse ins Wasser, die von den Panzerschiffen „Patrie“ und „Republique“, die gerade Schießübungen auf den Rüstendampfer „Juminant“ abhielten, abgeschossen worden waren. An Bord des Schlepptankers, der sich schnell entfernen konnte, entstand eine große Panik. Der Dampfer hatte sich außerhalb der Gefahrene befunden. Der „Jean d'Agreer“ ist vor kurzer Zeit schon einmal von Geschossen getroffen worden. Bei den Marinestellen ist Beschwerde erhoben worden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

	am	seit		am	seit
Wasserstand	16. 9. 15. 9.	16. 9. 15. 9.	Wasserstand	16. 9. 15. 9.	16. 9. 15. 9.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	10	-2	Saale, Grodau	90	-4
Regel, Ansternburg	31	-1	Saale, Spanbau	33	+3
Weiße, Thora	28	+6	Saale, Rathenow	17	0
Oder, Rathbor	94	+4	Spre, Spremberg	64	+2
„Krossen	48	-1	„Dessau	34	0
„Frankfurt	62	+2	„Erfurt, Ründen	-92	+2
„Sachsen	2	+2	„Ründen	-17	+1
„Landberg	-32	-1	„Rhein, Magdalenbau	418	-2
„Rege, Vorbaum	-27	+3	„Reuß	190	0
„Eide, Leitmeritz	-32	-9	„Rhein	178	0
„Dresden	-167	-6	„Reckar, Heilbronn	33	-10
„Dobry	52	-2	„Rhein, Weiskel	91	-5
„Magdeburg	63	+6	„Rhein, Trier	61	-8

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18

Veteranenstr. 1-2

Ein Waggon Emaille

Ein Waggon Steingut und Porzellan

Emaille

Eimer prima Ware, 28 cm	68, 85, 95	Pf.
Ovale Wannen prima Ware, 28 cm	1.45 1.95 2.85	
Löffelbleche mit 3 Löffeln	1.35	
Toiletteneimer mit Deckel	95	Pf.
Ovale Waschbecken mit Seifennapf . . . 32 cm	35, 48	Pf.
Kaffeekannen neublau, zirka 2 Liter Inhalt . . . 4 Liter	40, 60	Pf.
Seifennäpfe zum Anhängen . . . Stück	10	Pf.
Milchkannen mit Bügel, zirka 2 1/2 Liter Inhalt . . .	42	Pf.
Essenträger	24, 32	Pf.
Maschinentöpfe mit Ring, 20 cm	35	Pf.
Schmortöpfe neublau oder grau . . .	45, 62, 87	Pf.
Mülleimer grau oder neublau . . .	75, 98	Pf.
Waschgarnituren dekoriert, neue Form . . .	2.75 3.25 4.75	
Topfdeckel neublau oder grau . . .	5, 8, 10	Pf.
Waschtöpfe Emaille . . .	1.85, 2.10	

Wirtschafts-Artikel

Kaffeemühlen geschmiedetes Mahlwerk . . .	78, 98	Pf.	1.10
Reibemaschinen grob und fein mahlend . . .	1.10 1.65 1.95		
Küchenwagen mit Regulierschraube . . .	1.45 1.95		
Spiritus-, Gaskocher	38, 58, 98	Pf.	
Verzinkt. Waschtöpfe mit Ring . . .	2.50 2.95 3.45		
Zinkwannen mit Holzboden, extra stark . . .	5.65		
Zinkwannen ohne Holzboden, extra stark . . .	3.25 4.25 4.95		
Küchenlampen . . .	32, 58, 78	Pf.	
Tischlampen . . .	1.25 2.75 3.25		
Putz- und Wichskästen extra stark . . .	48, 65	Pf.	
Putzkommoden mit 3 Schubkästen . . .	1.95 2.65		
Garderobenleisten . . .	40, 68, 98	Pf.	
Eiserne Storesstangen verstellbar, 140 cm ausziehbar . . .	48	Pf.	
Scheibengardinenstangen verstellbar . . . Stück	4	Pf.	
Gardinen-Rosetten mit Schrauben . . .	8, 12, 15	Pf.	
Stehleitern 4 Stufen . . .	1.20		

1 Posten Ausschuss-Kochgeschirre
nach Gewicht
Pfund . . . 20, 25, 30 Pf.

Steingut

Waschservice dekoriert . . .	95	Pf.	1.95
Waschservice steilig, neue Form . . .	2.45 2.95		
Grosse Wasserkannen vom Service, Cremefarbe . . .	42, 78, 95	Pf.	
Nachtgeschirre crem oder bunt . . .	38, 45	Pf.	
Salz- oder Mehlresten blau Zwiebelmuster oder bunt . . .	38, 65	Pf.	
Essig- oder Oelflaschen blau Zwiebelmuster oder bunt . . .	25	Pf.	
Vorratstonnen bunt . . .	28	Pf.	
Teller weiss, tief oder flach . . . 6 Pf. bunt	9	Pf.	
Satz Salatieren 4 Stück . . .	60	Pf.	
Kompottschüsseln weiss . . . Stück	3	Pf.	
Kartoffelnäpfe weiss . . .	18, 24, 35	Pf.	
Bayerische Bierkrüge 1 Liter . . .	19, 16	Pf.	
Tafelservice dekoriert, neue Form, 23 teilig . . .	6.75		

Porzellan

Kaffeesevice dekoriert, für 2 Personen, 3 teilig . . .	98	Pf.	
Kaffeesevice dekoriert, für 4 Personen, 7 teilig . . .	1.45		
Kaffeesevice dekoriert, für 6 Personen, 9 teilig . . .	2.45 2.95		
Satz Milchtöpfe Streu Blumen, 3 teilig . . .	45	Pf.	
Satz Milchtöpfe Gold-Dekor. oder Delfin . . .	98	Pf. bis	1.25
Tassen bunt oder Goldrand . . .	15, 20, 24	Pf.	
Portionstassen weiss . . .	18	Pf.	
Kompottieren mit 6 passenden Kompottschüsseln, reich dekoriert . . .	1.20		
Kartoffelnäpfe mit Deckel . . .	42	Pf.	
Teller weiss, tief oder flach . . .	16	Pf.	
Teller Dessert . . .	12	Pf.	
Teller Dessert, bunt . . . 6 Stück	80	Pf.	
Kompott-Teller bunt . . . 6 Stück	65	Pf.	
Bratenplatten massiv . . .	25, 48, 98	Pf.	
Speise-Teller massiv . . .	16, 19	Pf.	
Kaffeekannen weiss . . .	38, 48, 65	Pf.	
Suppen-Terrinen ovale Form . . .	65, 85, 95	Pf.	

Glühkörper
prima Ware . . . Stück 17 Pf., 6 Stück 98 Pf.
Grätzhängelicht
Stück 30 Pf.

Zur Einsegnung!



Anzüge aus fein geripptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbaren Cheviotstoffen. sauberste Ausführung von M. 12.50 an

Anzüge aus prima tiefschwarz-Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten eleganter Sitz, von . . . M. 17.50 an

Anzüge nach Maß Garantie für gutes Passen von . . . M. 24.00 an

M. Schulmeister

Schneidemeister
am Kottbuser Tor **Dresdener Str. 4** am Kottbuser Tor

Gänse! Täglich frisch! Gänse!

sowie sämtliche Gänse-Artikel, als Gänseklein, Gänsefleisch usw. Prima Schlack- und Salami-Wurst a Pfd. 1.10 empfiehlt

Hermann Leissner, Berlin C.,

102/113 Klosterstr. 93/95, Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Wohlfahrts-

Lotterie Ziehung 13. und 14. Oktober 1908. Gesamtbetrag der Gewinne 1. W. v. Mark

85 000

Hauptgewinn M.

30 000, 20 000

10 000, 5 000 etc.

Losse à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfennig extra, zu haben in allen Lotterie- und Zigarren-Geschäften sowie beim Omeraldobit Paul Steinberg & Co., G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin C. Rosenthaler Str. 11-12.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116

(Kolo Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Horrenhüte v. 1.50-6.00 Stoffs Herrenhüte v. 2.00-7.00
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Vom Arbeiter

zum Handwerker, zum kleinen Beamten, zum Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Neuhäres hält, wird für billiges Geld wirklich aussehende, tadellose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht

zum Millionär

werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Cavalieren nur wenig getragene, in den ersten Werksstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Halbdarstellung unübertroffene

Serie I Serie II Serie III

Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.

Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurter Straße 93.

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Streng reelles christl. Geschäft. Keine Fiktalen am Plage.

Abteilung II Neue Garderoben.

